

G 2766 EX



# MAGAZIN

ZEITSCHRIFT FÜR ZIVILSCHUTZ, KATASTROPHENSCHUTZ UND SELBSTSCHUTZ

**1'78** Januar



# MOBILE FUNKLEITZENTRALE

Die Berufsfeuerwehr Kassel hat einen luftgefederten Omnibus als mobile Katastrophen-Einsatzleitstelle erhalten. Sie ist im Falle von Waldbränden, Talsperren-Brüchen, Großfeuern oder noch Schlimmerem

auch als Befehlsstelle für den Hauptverwaltungsbeamten vorgesehen. Im vorderen Fahrzeugteil befindet sich die gesamte Funk- und Telefoneinrichtung. Im mittleren Bereich sind der Lage- und Bespre-

chungsraum mit Video-Anlage, Lagekarten und Projektionswand untergebracht. Hinten, im Versorgungsraum, gibt es Kochgelegenheit, Kühlschrank und Waschbecken. Außen lassen sich ein Anbauzelt als Auf-

fangraum für Verletzte anbringen und ein mitgeführtes Stromaggregat aufstellen. Die Leistung des im Heck des Fahrzeugs untergebrachten Dieselmotors (6-Zylinder-V-Motor) beträgt 176 PS (130 kW).



## STELLENAUSSCHREIBUNG

Beim Bundesverband für den Selbstschutz, bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts (Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern), sind alsbald zwei Planstellen des gehobenen Dienstes zu besetzen:

### 1. Bei der BVS-Landesstelle Rheinland-Pfalz in Mainz

#### 1 Verwaltungsamtmann

– Bes.-Gr. A 11 BBesO –

Aufgabengebiet: Sachgebietsleiter I 2 / I 3 (Personal- und Haushaltsangelegenheiten)

### 2. Bei der BVS-Bundeshauptstelle in Köln

#### 1 Verwaltungsoberinspektor

– Bes.-Gr. A 10 BBesO – mit Aufstiegsmöglichkeiten

Aufgabengebiet: Sachbearbeiter im Referat I 2 (Personalangelegenheiten)

Anforderungen: Befähigung für die Laufbahn des gehobenen nichttechnischen Dienstes in der allgemeinen und inneren Verwaltung des Bundes, gute Kenntnisse und Erfahrungen im Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen sowie in der Personalverwaltung.

Trennungsgeld und Umzugskostenvergütung werden entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen gewährt.

Bewerbungen mit ausgefülltem Personalbogen, handgeschriebenen Lebenslauf, Lichtbild aus neuester Zeit sowie beglaubigten Ausbildungs- und Befähigungsnachweisen sind bis zum **28. Februar 1978** zu richten an den

#### Bundesverband für den Selbstschutz

– Bundeshauptstelle –  
Eupener Straße 74 – 5000 Köln 41

Personalbogen wird auf schriftliche Anforderung übersandt.

## STELLENAUSSCHREIBUNG

Im Dienstbereich des Bundesamtes für Zivildienst, Bonn-Bad Godesberg, ist beim

### Landesbeauftragten für Hessen in Frankfurt der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk

die Stelle eines

#### Sachbearbeiters

(männlich oder weiblich) kurzfristig mit einem Angestellten neu zu besetzen.

Die Stelle bietet einem Angestellten Eingruppierungsmöglichkeiten bis Vergütungsgruppe V b (fünf b) BAT.

Der Sachbearbeiter unterstützt den Sachgebietsleiter Verwaltung bei der Bearbeitung von Personal-, Haushalts- und Kassenangelegenheiten. Zum Aufgabengebiet gehört ferner die Bearbeitung von Liegenschaftsangelegenheiten, die Verwaltung der Ausstattung und eine Prüftätigkeit im Rahmen der Vermögensverwaltung sowie Kassenprüfungen bei den Ortsverbänden der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk.

Gesucht wird ein Mitarbeiter mit erfolgreich abgeschlossener zweiter Verwaltungsprüfung. Organisationstalent, Erfahrungen in der Personalbearbeitung und Kenntnisse im Haushaltsrecht sowie Bereitschaft für den in einer technisch-humanitären Hilfsorganisation den jeweiligen Gegebenheiten angepaßten abwechslungsreichen Dienst werden vorausgesetzt.

Bewerbungen, mit Lebenslauf, tabellarischer Übersicht über den Ausbildungs- und beruflichen Werdegang, Zeugnisabschriften (Fotokopien) und Lichtbild werden bis zum **30. Januar 1978** unter Angabe der **Kennzahl 380** erbeten an das

Bundesamt für Zivildienst  
Postfach 850  
5300 Bonn-Bad Godesberg 1



# MAGAZIN

1/78



## Impressum

Herausgegeben im Auftrag des Bundesministeriums des Innern vom Bundesverband für den Selbstschutz Eupener Straße 74, 5 Köln 41  
Telefon: (02 21) 4 98 81

## Verlag:

Bundesverband für den Selbstschutz  
Das „ZS-MAGAZIN“ erscheint monatlich

## Chefredakteur:

O. Ulrich Weidner

## Redaktion:

Jochen von Arnim  
Helmut Freutel  
Erich W. van gen Hassend  
Dr. Evelyn Henselder

## Grafik und Layout:

Jan Peter Lichtenford  
4020 Mettmann

## Druck, Herstellung und Vertrieb:

A. Bernecker,  
Postfach 140, 3508 Melsungen  
Tel.: (0 56 61) 8 86-8 88, Telex: 09-9960

## Anschrift der Redaktion:

Eupener Straße 74, 5 Köln 41  
Postfach: 450 247, Ruf (02 21) 4 98 81

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasser wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis je Heft DM 2,80.  
Abonnement vierteljährlich DM 8,40,  
jährlich DM 33,60.

Im Bezugspreis von DM 2,80 je Heft sind 6 Prozent Mehrwertsteuer enthalten. Die Kündigung eines Abonnements kann nur zum Schluß eines Kalender-vierteljahres erfolgen. Sie muß bis spätestens an dessen erstem Tag beim Vertrieb eingehen. Bestellungen beim Vertrieb.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.

## Inhalt

„Die Bergwacht“ 5  
Hilfe und Rettung bei Unfällen in den Bergen

„Deutsche humanitäre Hilfe im Ausland im Jahre 1977“ 12

„Für ein zusammenfassendes Gesetz der zivilen Verteidigung“ 13  
Anhörung der Hilfsorganisationen durch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

„Funkübungsanlage – Eine bessere Möglichkeit für die Sprechfunkausbildung“ 18

„KatSG NW berücksichtigt die Erfahrungen der Vergangenheit“ 21  
Neues Katastrophenschutzgesetz in Nordrhein-Westfalen.

„Hilfskrankenhaus alarmmäßig in Betrieb genommen“ 23  
Großangelegte Übung in Lüneburg.

„Kulturgüter – im Ernstfall verloren?“ 25  
Schutz von Kulturgut ist notwendig und möglich.

„In 24 Stunden einsatzbereit“ 27  
JUH und Diakonisches Werk rüsten sich auch für Einsätze im Ausland.

Welchen Schutz bieten Altbauten?“ 29  
Modell Straubing soll gesicherte Erkenntnisse bringen.

„Die Schutzmaßnahme Explosionsunterdrückung“ 32

„Das Minimagazin“ U 3  
In diesem Monat: Unser Blut.



UMSCHAU

### Abkommen über gegenseitige Katastrophenhilfe mit Luxemburg angestrebt

In der neuesten Ausgabe der Zeitschrift für den Zivilschutz des Großherzogtums Luxemburg schreibt der Direktor des Service National de la Protection Civile, Léon Jung, zum Stand der Verhandlungen über ein bilaterales Abkommen über gegenseitige Katastrophenhilfe mit der Bundesrepublik Deutschland:

„... Auch der Zivilschutz kann seine Aufgaben in Katastrophen- und Krisenhilfe zielstrebig und nachhaltiger lösen, wenn er „grenzüberschrei-

tend“ wird. Wenn Menschen in Not sind, vergessen sie alle nationalistic gefärbten Überlegungen und Empfindungen – so weit noch vorhanden – und sie sind nur noch dankbar für eine möglichst rasche und wirksame Intervention von Helfern und Rettern. Die Verantwortlichen für Zivilschutzfragen und die Regierungen haben hier die Aufgabe, den Katastrophenschutz über Grenzen hinweg in normalen Zeiten gesetzlich und organisatorisch vorzusehen und entsprechende Abkommen auf internationaler Ebene rechtzeitig in Kraft zu setzen.

Unser Land hat bereits seit der Reorganisation der Protection Civile mit Frankreich ein Abkommen, das gegenseitige Hilfe in Krisenzeiten ermöglicht, und auch mit Belgien wurde eine zwischenstaatliche Regelung getroffen, um Hilfsaktionen größeren Stils – die bei Gelegenheit der Martelinger Katastrophe einwandfrei funktionierten, wenn auch auf pragmatischer Basis – juristisch und organisatorisch abzusichern.

Mit unserem östlichen Nachbarn, der Bundesrepublik Deutschland,

hatten wir bisher kein ausdrückliches Zivilschutzabkommen. Eine Lücke, die in einem Notfall ohne Zweifel trotzdem durch nachbarliche Hilfe und Freundschaft zwischen zwei Nationen überbrückt worden wäre. Immerhin ist die Tatsache zu begrüßen, daß Vorbesprechungen und Verhandlungen zum Abschluß eines Vertrages auf Zivilschutzgebiet, bei welchen der bundesdeutsche Gesandte in Luxemburg, Herr Doktor Meyer-Lohse, viel Wohlwollen und Entgegenkommen zeigte, in ein Stadium aktiver Realisation getreten sind. Das Sicherungssystem mit unseren drei Nachbarländern wird demnach als zuverlässige Kette vervollständigt; national und regional wird unser Land in einen größeren Zivilschutzbereich integriert, der unsere bescheidenen Mittel in gewünschter und notwendiger Weise erweitert und verbessert. Seien wir ehrlich: Bei größeren Katastrophen à la Seveso wäre Luxemburg eindeutig überfordert, durch die bilateralen Abkommen mit befreundeten Nachbarstaaten hingegen werden Know-how und praktische Interventionen vielfältiger und breiter gestaffelt und auf eine neue Grundlage gestellt. Das ist für den Abschluß eines Arbeitsjahres kein schlechter Punkt und für zukünftige Perspektiven auf europäischer Grundlage ein guter Anfang! Wir sind unseren größeren Nachbarn für ihr Entgegenkommen zu Dank verpflichtet!“

### Dienst im Katastrophenschutz und das Problem der Wehrgerechtigkeit

Der Bundestagsabgeordnete Biehle (CDU/CSU) hat in einer mündlichen Anfrage die Bundesregierung gefragt: „Ist der Bundesregierung bekannt, daß sich die Fälle häufen, nach denen Helfer der verschiedensten Hilfsorganisationen, die sich gem. § 8 Abs. 2 des Katastrophenschutzgesetzes auf eine mindestens zehnjährige Dienstzeit verpflichtet hatten, vorzeitig um Rücknahme ihrer Verpflichtung ersuchen, zudem sie eine Einberufung zur Bundeswehr nach der Entpflichtung wegen Erreichung der Altersgrenze (28 Jahre) oder wegen Verheiratung nicht mehr zu befürchten haben, und was gedenkt die Bundesregierung dagegen zu tun, um die Wehrgerechtigkeit weitgehendst aufrechtzuerhalten?“

### Grußwort des Bundesinnenministers

Liebe Helferinnen und Helfer im Katastrophenschutz!

Ihnen allen wünsche ich alles Gute zum neuen Jahr.

Im zurückliegenden Jahr ist unser Land von Großkatastrophen verschont geblieben. Dafür sind wir alle dankbar. Es blieben genug akute Notfälle kleineren Ausmaßes, in denen Sie mit aufopferndem Einsatz und gleichbleibender Hilfsbereitschaft zahlreichen Menschen helfen konnten. Hierfür wie für Ihren unermüdlchen Übungseinsatz und für die unzähligen Stunden an Bereitschaftsdienst möchte ich Ihnen anläßlich der Jahreswende meinen herzlichen Dank im Namen aller unserer Mitbürger sagen.

Katastrophenschutz bewährt sich nur, wenn Bürgersinn und Verantwortungsbereitschaft für den Nächsten in unserem Lande lebendig bleiben. Bund, Länder und Gemeinden können ihrerseits nur den Rahmen schaffen und im Bereich des möglichen materielle Vorsorge leisten. Sie, die Helferinnen und Helfer unserer verschiedenen Einrichtungen des Katastrophenschutzes haben durch Ihren

beispielhaften persönlichen Einsatz und Ihre Opferbereitschaft entscheidend dazu beigetragen, daß der Geist der Hilfsbereitschaft in unserem Lande lebendig geblieben ist und zahlreiche heranwachsende Mitbürger in seinen Bann geschlagen hat.

Hilfe zu bringen, wo Menschen in Not sind, ist in unserer enger zusammengerückten Welt eine Aufgabe, die an den Landesgrenzen nicht halt macht. Viele unserer Helferinnen und Helfer standen bereit, wenn es galt, bei Naturkatastrophen, wie bei von Menschenhand verursachten Notlagen Hilfe zu bringen. Allen daran Beteiligten gilt mein besonderer Dank.

Die Aufgaben für den Katastrophenschutz werden in einer technisch immer enger verflochtenen und komplizierter werdenden Umwelt steigen. Sie menschenwürdig zu bewältigen ist unser aller Pflicht.

Ich zähle auf Ihre loyale Mitarbeit auch im Jahre 1978.

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, Baum (F.D.P.), beantwortete diese Frage in der Bundestagsitzung am 25. November 1977:

„Der Bundesregierung ist durchaus bekannt, daß es Helfer von Katastrophenschutzorganisationen gibt, die sich zu einer mindestens zehnjährigen ehrenamtlichen Mitwirkung im Katastrophenschutz verpflichtet haben, diese Mitwirkung aber vorzeitig beenden oder beenden möchten. Daß sich solche Fälle häufen, ist den Berichten der zuständigen obersten Landesbehörden und des Bundesamtes für Zivilschutz allerdings nicht zu entnehmen.

Das Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes vom 9. Juli 1968 und damit die Wehrdienstausnahme nach § 8 Abs. 2 für Helfer im Katastrophenschutz sind vor neun Jahren beschlossen und in Kraft getreten. Es mag daher im Einzelfall verständlich sein, daß Katastrophenschutz Helfer, die sich alsbald nach Inkrafttreten des Gesetzes bei einer Hilfsorganisation zur zehnjährigen Mitwirkung verpflichtet haben, aus beruflichen oder persönlichen Gründen ihren Dienst im Katastrophenschutz nunmehr vorzeitig zu beenden suchen. Grundsätzlich ist ein solches Verhalten indessen zu mißbilligen. Jedem einzelnen Katastrophenschutz Helfer sollte die Bedeutung der von ihm freiwillig übernommenen Aufgabe, aber auch der innere Zusammenhang zwischen Wehrdienst und Mitwirkung im Katastrophenschutz als Dienst für die Gemeinschaft klar sein.

Die Wehrdienstausnahme nach § 8 Abs. 2 des Katastrophenschutzgesetzes gilt nur, solange die nach dieser Vorschrift freigestellten Helfer tatsächlich im Katastrophenschutz mitwirken. Wehrpflichtige, die vorzeitig aus dem Dienst im Katastrophenschutz ausscheiden, sollten daher nicht damit rechnen, daß sie nicht zum Wehrdienst herangezogen werden. Die Hauptverwaltungsbeamten der Kreise und kreisfreien Städte sind gesetzlich verpflichtet, den Wegfall der Voraussetzungen für die Nichteranziehung zum Wehrdienst dem jeweils zuständigen Kreiswehrersatzamt anzuzeigen. Die Bundesminister des Innern und der Verteidigung stehen in dieser Frage in engem Kontakt. Der Bundesminister des Innern erwägt darüber hinaus, weitere Schritte zu unternehmen, nicht zu-

letzt auch unter dem von Ihnen, Herr Kollege, angesprochenen Gesichtspunkt der Wehrgerechtigkeit.“

### IFSSEC 78 in London

Die 5. internationale Brandschutz-, Sicherheits- und Gesundheitsausstellung IFSSEC 1978 findet vom 24. bis 28. April im Londoner „Olympia“ statt. Dazu werden über 250 Aussteller einschlägiger Produkte – hauptsächlich aus Großbritannien – erwartet. Die Ausstellung wird von einem Kongreß zum gleichen Thema begleitet, auf dem internationale Fachleute zu Wort kommen. Einzelheiten vermittelt die Quentin Bell Organisation Ltd., Hesketh House, Portman Square, London W. 1.

### Staatsminister Wischniewski wurde „Feuerwehmann der Nation“

Zu unerwarteten Ehren kam Staatsminister Hans-Jürgen Wischniewski am 23. Dezember 1977 in Stommeln bei Köln: Wegen seines „löschtechnisch richtigen Verhaltens bei brennenden Problemen“ wurde der Politiker von der Freiwilligen Feuerwehr des Ortes zum „Feuerwehmann der Nation“ ernannt und mit dem Deutschen Feuerwehr-Ehrenkreuz in Silber ausgezeichnet.



Wischniewski war für Bundeskanzler Helmut Schmidt nach Stommeln gekommen, dem die Feuerwehr die traditionelle Ehrenbrandmeisterschaft angetragen hatte. Vor Schmidt waren bereits der CDU-Politiker Kurt Biedenkopf, der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Heinz Kühn und der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Joseph Höffner, zu Ehrenbrandmeistern ernannt worden. Als Revanche für die Ehrung, an der der Kanzler aus Termingründen nicht teilnehmen konnte, hat Schmidt die Feuerwehrmänner nach Bonn eingeladen.

Unser Bild zeigt Staatsminister Hans-Jürgen Wischniewski als „Feuerwehmann der Nation“, links Oberbrandmeister Dünnwald, der die Auszeichnung überreichte.

### „Koexistenz“ im Rettungswesen

Notarztwagen (NAW) und Rettungshubschrauber (RTH) schließen sich keineswegs gegenseitig aus. Das zeigt sich an der Zunahme der NAW in der Nachbarschaft der RTH. Die höchste Dichte an NAW verzeichnet der Raum Frankfurt, dort sind 33 mit Notärzten besetzte Rettungswagen in der Reichweite von „Christoph 2“ stationiert. Dennoch steigt seit 1972 die Zahl der Rettungsflüge von Jahr zu Jahr an. Besonders gute Voraussetzungen für eine partnerschaftliche Koexistenz von RTH und NAW liegen in Frankfurt auch in der Tatsache begründet, daß ein großer Anteil des NAW-Dienstes in der Hand der Rettungsleitstelle der Frankfurter Berufsfeuerwehr liegt, die auch den RTH-Einsatz steuert. Bei anderen Stationen, z. B. München und Köln, hat sich die Koordinierung von RTH und NAW ebenfalls gut eingespielt. Daß sich das Vorhandensein von NAW auch nicht auf die Zahl der RTH-Patiententransporte auswirkt, läßt sich durch die Einsatzstatistik eindeutig belegen. Bis Oktober 1977 steht einer Zunahme bei den Rettungsflügen der elf RTH-Stationen um durchschnittlich 10,7 % eine Steigerung der Patiententransporte um 25,5 % gegenüber.

### Investitionsprogramm „Trinkwasser-Notversorgung“ zügig angelaufen

Das Investitionsprogramm „Trinkwasser-Notversorgung“ ist zügig angelaufen. Das Programm – ein wichtiger Teilbereich des Zukunftsinvestitionsprogramms der Bundesregierung – sieht bis zum Jahre 1979 Investitionen in Höhe von 100 Mio. DM für Anlagen zur Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser in Notzeiten und Katastrophenfällen vor. Bis jetzt sind bereits Aufträge für rd. 70 Mio. DM vergeben worden. Mit diesen Mitteln wird der Bau von Einzelbrunnen als Trinkwasser-Notbrunnen in verschiedenen Teilen des Bundesgebiets – vornehmlich in Ballungs- und Industriegebieten – gefördert. Seit

1968 sind vom Bund bereits 107 Mio. DM für ca. 2400 Einzelbrunnen bereitgestellt worden, wodurch – unabhängig vom zentralen Wasserversorgungsnetz – rd. 23 % der Bevölkerung in Not- und Katastrophenfällen mit Trinkwasser versorgt werden können.

Der Schwerpunkt des neuen Investitionsprogramms liegt darüber hinaus auf dem Bau von Verbundleitungen zwischen verschiedenen Städten/Gemeinden oder zwischen eigenständigen Wasserversorgungsverbänden, um im Bedarfsfall Trink- und Löschwasser von einem Versorgungsgebiet in einen Bereich befördern zu können, dem Trink- und Löschwasser nicht in ausreichender Menge zur Verfügung steht. Durch diese Maßnahme wird in erster Linie für den Verteidigungsfall Vorsorge getroffen; gleichzeitig stehen die Einrichtungen jedoch auch in allen anderen Notfällen, also in Friedenszeiten, der Wasserversorgung zur Verfügung. Mit dem ersten Betrag von 70 Mio. DM wurden ca. 49 Verbundleitungen, 7000 m Schnellkupplungsrohre und 107 Trinkwasser-Notbrunnen (Einzelbrunnen) in Auftrag gegeben.

### **Steuerlich absetzbare Höchstbeträge für Schutzraumbauten erhöht**

Im Bundesgesetzblatt wurde die „Fünfte Verordnung zur Änderung der Höchstbetragsverordnung“ vom 7. Dezember 1977 veröffentlicht. Dadurch werden diejenigen Beträge, die nach der Errichtung eines Schutzraumes erhöht von den Steuern abgesetzt werden können, der Bau- und Preisentwicklung entsprechend erhöht. Die neuen Beträge gelten für Schutzräume, die seit dem 1. Januar 1977 fertiggestellt wurden oder werden.

Die jetzt geltenden Beträge bewegen sich bei Schutzraumneubauten als Innenbauten zwischen 18 050 DM für 7 Schutzplätze und 36 250 DM für 50 Schutzplätze. Bei Außenbauten bewegen sich die Sätze zwischen 37 500 DM und 70 100 DM, und bei nachträglich in bestehenden Gebäuden eingebaute Schutzräume zwischen 27 800 DM und 53 550 DM.

Diese Beträge können ohne besonderen Nachweis entsprechend der Vorschriften von den Steuern abgesetzt werden.

### **80 Millionen für Schutzraumbau**

In den Jahren 1979 bis 1981 will der Bund 80 Millionen Mark für den Bau und die Instandsetzung von Schutzräumen ausgeben. Mit Zuschüssen wird der Schutzraumbau in unterirdischen Verkehrsanlagen, in öffentlichen Gebäuden und in Wohnhäusern gefördert. Dieses vom Bundeskabinett gebilligte Konzept sieht einen „maßvollen Ausbau von Schutzbauten“ vor. Neue Schutzräume sollen künftig nach einem vereinfachten Verfahren gebaut werden. Eine Verpflichtung zum Einbau von Schutzräumen in Wohnhäuser ist nicht vorgesehen. Das Bundeskabinett beschloß, 1979 für den Schutzraumbau 15 Millionen DM, 1980 30 Millionen DM und 1981 35 Millionen DM bereitzustellen.

### **UNO will über Einsatz „grausamer“ Waffen debattieren**

Die UNO-Vollversammlung hat beschlossen, in zwei Jahren über die begrenzte Anwendung von „grausamen“ konventionellen Waffen wie Landminen, Minenfallen, Napalm- und Splitterbomben zu debattieren. Die Beratungen sollen im nächsten Jahr vorbereitet werden. In einer Resolution heißt es, Ziel der Beratungen soll die Ächtung oder Begrenzung des Einsatzes von bestimmten konventionellen Waffen sein, die zu erheblichen Verletzungen führen oder diskriminierende Auswirkungen haben können.

### **Rotkreuz-Abkommen mit Vorbehalt unterzeichnet**

Mit einem ausdrücklichen Vorbehalt hat die Bundesrepublik die beiden Zusatzprotokolle zu den Genfer Rotkreuz-Abkommen von 1949 durch Botschafter Ulrich Lebsanft in Bern unterzeichnet. Nach dem Vorbehalt bedarf es wegen nicht immer eindeutiger Formulierungen der sorgfältigen Prüfung, ob und inwieweit das erste Zusatzprotokoll die in der UNO-Charta zugestandene Fähigkeit zur individuellen und kollektiven Selbstverteidigung einschränke. Die Bundesregierung hat damit den Bedenken Rechnung getragen, die sie selbst und die Opposition wegen der Auswirkungen des Protokolls auf die innere und äußere Sicherheit

hat. Anlaß ist wohl die Sorge, daß unklare Formulierungen einiger Bestimmungen auf dem Wege des politischen Drucks die Fähigkeit der Bundesrepublik und der NATO zur Aufrechterhaltung einer angemessenen atomaren Abschreckung in Frage stellen könne. Die beiden Zusatzprotokolle, die nach mehrjährigen Verhandlungen im Vorjahr fertiggestellt wurden, müssen vom Bundestag ratifiziert werden.

### **2000 Helfer übten in Oberbayern und Schwaben**

Am 29. Oktober und 5. November 1977 fanden in den Regierungsbezirken Oberbayern und Schwaben größere Katastrophenschutzübungen statt. Die Übungen standen unter der Oberleitung der jeweiligen Bezirksregierungen, die zu diesem Zweck ihre Katastropheneinsatzleitungen und Beraterstäbe eingesetzt hatten. An beiden Übungen nahmen etwa 2000 Helfer des friedensmäßigen und erweiterten Katastrophenschutzes teil. Der Schwerpunkt der Übung in Oberbayern lag vor allem in der Bekämpfung eines Waldbrandes in schwer zugänglichem Gelände, während die Übung in Schwaben in erster Linie der Erprobung des Sanitäts- und Betreuungsdienstes des Katastrophenschutzes bei Massenansturm von Verletzten und zu Evakuierenden diente. Der für beide Übungen angenommene Spannungsfall war für den Übungsablauf von nachhaltigem Einfluß.



Unser Foto zeigt den bayerischen Ministerpräsidenten Dr. h. c. Alfons Goppel und den Bayerischen Staatsminister des Innern Dr. Alfred Seidl (Hintergrund Mitte) als interessierte Beobachter.

## DIE BERGWACHT

Hilfe und Rettung bei Unfällen in den Bergen

„Wir machen Urlaub in den Bergen!“ Dieser Satz hat einen guten Klang. Immer mehr erholungsuchende Menschen streben Jahr für Jahr in die wunderschöne Welt der Berge, um Entspannung und neue Kraft zu finden, um die Schönheit der Natur zu genießen, wo sie noch unverdorben ist, oder um sportliche Leistungen zu vollbringen. Ob im Sommer oder im Winter, wer sonnengebräunt und abgehärtet aus dem Bergurlaub in die Großstadt zurückkehrt, wird von Kollegen, Freunden und Bekannten oft beneidet.

Bergsteigen, Bergwandern, Wintersport – einst nur ein mutiges Privileg weniger, ist heute schon zum Volkssport geworden.

Leider drohen aber auch im Bergurlaub mannigfaltige Gefahren für die Gesundheit. Das Bergsteigen bringt zwar Freude an der harten körperlichen Betätigung und die beglückende Genußnutzung über die eigene sportliche Leistung, ganz abgesehen von dem Erleben einer Natur in ihrer Ursprünglichkeit, doch die Bedingungen der Bergwelt fordern auch ihren Tribut.

Wer aus Sensationslust oder Renommiersucht Bergtouren unternimmt, wer ohne ausreichendes körperliches Training ist, wer sich leichtsinnig zu Exkursionen verleiten läßt, deren Strapazen er nicht vorher richtig einschätzen kann und denen er dann nicht gewachsen ist, wer sich nicht auch geistig mit seinem Vorhaben genügend auseinandergesetzt hat, der wird versagen und sich und andere in Gefahr bringen.

Allein in den bayerischen Wintersportgebieten müssen Jahr für Jahr Tausende



Die Bergwacht im Bayerischen Roten Kreuz, die mit überwiegendem Schwerpunkt in Bayern rd. 400 Dienst- und Rettungsstationen unterhält, führt als Symbol ihrer segensreichen Tätigkeit das Rote Kreuz in einem Edelweiß in ihrem Emblem.



Eine verletzte und schon versorgte Skiläuferin wird auf einen Akja gelegt. Das ist eine Art bootsförmiger Rettungsschlitten mit je zwei starr befestigten Metalldeichseln. Mit Kunststoff überzogene Schaumgummimatten sorgen für eine bessere Lagerung. Ein speziell entwickelter Thermosack dient als Kälteschutz.

verunglückte Skiläufer von der Bergwacht abtransportiert werden. Einige Fälle enden sogar tödlich. Auch hier gilt, daß Anfänger, Untrainierte und ältere Leute besonders gefährdet sind.

Aus Ärztekreisen verläutet, daß sich mit dem Wandel des Laufstils auch die Art der Unfälle verändert hat. Die heute üblichen Skistiefel schützen das Fußgelenk so sicher, daß Knöchelbrüche, die früher an erster Stelle unter den Skiverletzungen standen, nunmehr vergleichsweise selten vorkommen. Dagegen nehmen Meniskusquetschungen, Innenbandverletzungen des Kniegelenks, weitgehend bedingt durch die heute übliche Wedeltechnik, und Kreuzbandrisse zu. 76 Prozent aller Unfälle betreffen die Gegend zwischen Knöchel und Knie, nur sechs Prozent Rumpf, Oberschenkel und Becken. Die restlichen 18 Prozent verteilen sich auf das Schulter-, Arm- und Kopfgebiet.

Zwar vermag auch die beste und teuerste Ausrüstung nicht Übung und gute Kondition zu ersetzen, doch wenn man Unglücksfällen und Erkrankungen in der Bergwelt auf den Grund geht, die zu Lasten einer ungünstigen, unzureichenden oder vernachlässigten Ausrüstung gehen, so kommt man zu erstaunlichen Ergebnissen. Weite Berggebiete sind für die zunehmende Zahl von Bergsportbegeisterten durch Bergbahnen und Lifte erschlossen worden. So bequem und begrüßenswert diese Einrichtungen sind, auch sie bringen neue Arten von Gefahren mit sich. Eine dieser Gefahren, in die sich Touristen immer wieder begeben, liegt in der Verlockung, untrainiert und



Der Akja ist als Rettungsschlitten in allen Gelände- und Schneearten verwendbar. Beim Transport von Verletzten im winterlichen Gelände müssen sich die Retter grundsätzlich mit einer Sicherungsleine (Reepschnur) mit dem Akja verbinden. Zum Transport im Steilgelände ist der Akja mit einer Bremskette ausgerüstet. Bei starken Vereisungen werden zusätzlich Eiskrallen angebracht.



Diese Gebirgstrage ist das meistgebrauchte Abtransportgerät im Sommer und in schneefreiem Gelände. Mit ihr kann der Verletzte aus steilstem Felsgelände abgeseilt werden. Bei nicht zu steilem Gelände wird die Trage bei entsprechender Sicherung auf die Schleifkufen gesetzt und wie ein Schlitten gefahren.

unerfahren, in völlig unzureichender Bekleidung, etwa auf Sandalen oder hochhackigen Pumps mal eben auf einen nahen Gipfel hinaufzufahren, um sich später zu Hause mit Fotos von „der Bezwingung eines Dreitausenders“ brüsten zu können. Neben Unfällen kommt es dann oft zu krankhaften Reaktionen durch Einwirkung des veränderten Luftdrucks, durch Kälte, Nässe oder Strahlung. Skilifte sind hervorragende Einrichtungen, um zu Beginn einer höher hinaufführenden Bergtour Kraft und Energie zu sparen. Doch wenn morgens der Skilift

das Heer der Skifahrer nach endlos scheinendem Schlangestehen auf die glasharte Piste spuckt, sind Unfälle schon vorprogrammiert. Ein Skiläufer ist einfach noch nicht in der richtigen Form, wenn er ausgekühlt und mit verkrampten Muskeln den Lift verläßt. Die noch harte, nur ruhedurchblutete Muskulatur reagiert bei der Abfahrt auf alle Stöße durch Bodenwellen weniger elastisch. Die abzufangenden Stöße übertragen sich auf die Knochen und den Bandapparat der Gelenke. Die Folge sind Verletzungen und Brüche.

Es sei an dieser Stelle auch auf die Lawinengefahr hingewiesen. Wer sich auf gesperrte Abfahrten wagt, begibt sich in Lebensgefahr. Auch Gruppen unter angeblich erfahrener Führung sollten bei unsicheren Schneebedingungen nie ohne den Rat Ortskundiger eine Tour unternehmen. Bei Lawinengefahr sollte man die schützende Hütte auch dann nicht verlassen, wenn der Aufenthalt Tage dauert. Man soll auch keineswegs glauben, daß trotz der modernsten und guten Skiausrüstung alle Unfallmöglichkeiten ausgeschlossen sind.

Sicherheitsbindungen müssen richtig eingestellt und immer wieder nachkontrolliert werden, wenn sie sich automatisch beim Sturz oder beim Stoß gegen ein Hindernis lösen sollten. Skibremser oder Fangriemen sollten obligatorisch sein. Neben ungenügendem Training und dem Verstoß gegen die in Bergregionen gültigen Regeln spielen Leichtsinns, Unkenntnis der Gelände- und Schneebedingungen und das Pistengewimmel eine große Rolle. Hier kann der Alptraum zum Alptraum werden. Dr. med. Gottfried Neureuther, Landesarzt der Berg-



Links: Je nach Geländebeschaffenheit kann die Gebirgstrage auch mit einem Einrad versehen werden, was sich z. B. auf schmalen Pfaden als sehr kräftesparend auswirkt. – Rechts: Nächtliche Bergung in schwer zugänglichem Gebiet. Eine solche Aufgabe ist auch für die Männer der Bergwacht eine Strapaze, zumal die Arbeit oft durch Höhengneeschnee und lockeren Neuschnee auf glatter Altschneeunterlage beeinträchtigt wird.





Links: Eine Lawine ist heruntergegangen. Mit Lawinensonden suchen die Männer der Bergwacht nach Opfern. Eile ist geboten, denn, so weiß man aus Erfahrung, nach Ablauf von zwei Stunden lebt von zehn Verschütteten nur noch einer. – Rechts: Tragbare Sprechfunkgeräte gehören heute zum unentbehrlichen Gerät der Bergwacht. Sie werden ergänzt durch Geräte in Fahrzeugen und in Feststationen.



Im Gebirge, also in einem Terrain, das nur begangen, beklettert oder mit Skiern befahren werden kann, gelten für den Rettungsdienst auch hinsichtlich der Ausrüstung ganz andere Maßstäbe. Unser Bild zeigt einen Aufstieg unter Verwendung von Haken und Seilen.

Der Schweizer Flugrettungspionier und „Gletscherflieger“ Hermann Geiger war der erste, der mit einem Flugzeug am Berg landete, um verletzten Bergsteigern zu helfen. Heute ist der Hubschrauber zum Standardflugzeug der alpinen Rettung geworden.

wacht im Bayerischen Roten Kreuz, hat einmal den Satz geprägt: „Der Unfallort im Gebirge unterscheidet sich von dem im Flachland dadurch, daß er zwar viel schöner ist, aber höher liegt, zu heiß, zu kalt oder zu naß ist; ein Arzt kann nicht gerufen werden, das Sanitätsauto nicht vorfahren.“ Dieser treffende Satz zeigt zugleich die ganze Problematik der Hilfe in den Bergen auf. Weil es aber dennoch in den Bergen Hilfe gibt und weil Helfer und Retter auf große Erfolge zurückblicken können, gilt das Interesse dieses Beitrags einer Organisation, die seit über 50 Jahren besteht: der Bergwacht.

### Entstehung und Entwicklung

Das ursprüngliche Motiv der Gründer der Bergwacht war nicht, wie man annehmen sollte, die Bergrettung, es war vielmehr der Schutz der Tier- und Pflanzenwelt. Als nämlich nach dem Ersten Weltkrieg immer mehr erholungssuchende Menschen Berge, Wälder und Gewässer aufsuchten, um Entspannung und Erholung zu finden, verursachten sie in diesen Zonen nicht nur Schäden an Schutzhütten, sondern beeinträchtigten durch ihr Verhalten auch die Tier- und Pflanzenwelt.

Fritz Berger, der 1920 zu-

sammen mit Bergsteigern und Naturfreunden die Deutsche Bergwacht gründete, der sich bald Gesinnungsfreunde im Schwarzwald, Fichtelgebirge, Frankenjura und Bayerischen Wald anschlossen, war im Grunde ein Umweltschützer, ein Begriff, der damals noch nicht geläufig war. Das ursprüngliche Motiv erforderte mit dem steigenden Zustrom von Bergsteigern, Bergwanderern und Wintersportlern eine Ausweitung der Aufgaben in Richtung alpiner Rettungsdienst für in Not geratene Menschen. Nach Bayern entstanden in Württemberg und Hessen zunächst Bergwacht-Landesverbände, die sich bald

den jeweiligen Landesverbänden des Deutschen Roten Kreuzes anschlossen. Im Jahre 1955 wurde die „Arbeitsgemeinschaft Bergwacht“ gegründet und die Bayerische Bergwacht wurde in die Internationale Kommission für Alpines Rettungswesen (IKAR) berufen. Weitere Landesverbände entstanden, unter denen die „Bergwacht Schwarzwald“ eine Sonderstellung einnimmt. Sie ist ein selbständiger Verein und führt in ihrem Emblem das Grüne Kreuz anstelle des Roten Kreuzes. Von der Aufgabenstellung her ist sie jedoch eng mit den anderen Bergwacht-Einheiten verbunden.



Links: Ein Angehöriger der Bergwacht. Im Dienst tragen die freiwilligen ehrenamtlichen Bergwachtmänner einen orangefarbenen Anorak mit der Bergwacht-Armbinde oder dem Bergwacht-Emblem auf dem linken Ärmel sowie einen Helm in der gleichen Farbe.

Rechts: Eine der wichtigsten Voraussetzungen für den Einsatz in den Bergen ist ein eigenes Konditionstraining.

Links: Durch den Einsatz von Hubschraubern haben sich die Chancen der Bergrettung vervielfacht. Da es selbst in steilem Gelände möglich ist, z. B. durch Ab- und Aufseilen Rettungsaktionen zu unterstützen, konnte schon vielen schwerverletzten und erschöpften Bergsteigern schnell geholfen werden.

Rechts: Geländewagen dieser Art erleichtern den An- und Abtransport von Mannschaften und Gerät und tragen viel zur schnellen Hilfe bei. Die Geldmittel für viele dieser Gefährte werden durch zweckgebundene Spenden aufgebracht.



Oft handelt es sich bei Unfällen in den Bergen um Knochenbrüche oder um Verletzungen, die eine Stilllegung der Gliedmaßen und des Rumpfes verlangen. Hier leistet die Vacuum-Matratze, auf der der Patient wie im Gipsbett liegt, gute Dienste.

Hatte sich die Bergwacht schon bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges ständig fortentwickelt und sich Hochachtung und Anerkennung erworben, so bestand erst recht in den Jahren des wirtschaftlichen Aufstiegs nach dem Kriege die Notwendigkeit für eine Organisation, die Hilfe und Rettung bei Unfällen in den Bergen bringen konnte. Die dem Bayerischen Roten Kreuz angeschlossene

Bergwacht nimmt nach wie vor folgende Aufgaben wahr: Sie rettet Menschen aus Bergnot, leistet Verletzten Erste Hilfe und sorgt für die Bergung und den Abtransport der Verletzten bis zur Übernahme durch den Krankentransport. Die Bergwacht ist damit ein spezialisierter Teil des Rettungsdienstes, in dessen Rettungskette sie sich organisch einfügt. Um diese Aufgabe erfüllen zu können,

bildet die Bergwacht hierzu Helfer in der Ersten Hilfe und im Sanitätswesen aus unter Berücksichtigung bergspezifischer Besonderheiten, wie Bergkrankheiten und Kälteschäden. Zu der Ausbildung in der Felsbergungstechnik und im Rettungsskilauf kommt die Vermittlung von Kenntnissen für die Verwendung spezieller Rettungsgeräte, darunter Hubschrauber und Sprechfunk.

Die Mitwirkung im praktischen Naturschutzdienst gehört ebenfalls zu den Aufgaben der Bergwacht. Dabei richtet sie sich nach den Weisungen der Obersten Naturschutzbehörde. Diese Naturschutzaktivität der Bergwacht wird nicht als eine zufällige Aufgabe angesehen, sondern als unmittelbarer Dienst am Menschen, weil der Mensch nur in einer unzerstörten Natur und Kulturlandschaft er selber sein und bleiben kann.

Fragt man, wer die Männer sind, die sich zum Dienst in der Bergwacht bereithalten, stellt man fest, daß es in erster Linie Freiwillige sind, die diese schweren Aufgaben ehrenamtlich auf sich nehmen.

Das Emblem der Bergwacht, das Rote Kreuz im Edelweiß, ist diesen Männern ein verpflichtendes Zeichen zu mutigem Einsatz, opferbereitem Handeln und beherztem Zugreifen, wenn Menschen in Not geraten sind.

Für die Öffentlichkeit sind die freiwilligen Helfer der Bergwacht schon zu einer Selbstverständlichkeit geworden. Viele Bergfreunde vergessen jedoch nur zu gern, daß die Bergwachtmänner ihre Freizeit opfern, nicht selten sogar Leben und Gesundheit aufs Spiel setzen, um Unbekannten zu helfen, ohne nach Schuld und Ursache zu fragen. Sie folgen dabei lediglich dem schlichten

# Bayerisches Rotes Kreuz Bergwacht

Tätigkeitsnachweis für die Zeit vom 1. 1. 1976 bis 31. 12. 1976

	Allgäu	Bayernwald	Chiemgau	Fichtelgebirge	Frankenjura	Hochland	Rhön	Gesamt:
<b>Bereitschaftsangehörige</b>	796	853	591	529	489	2002	113	<b>5373</b>
davon:								
Aktive BW-Männer	637	649	498	459	444	1708	62	<b>4457</b>
Aktive BW-Anwärter	159	204	93	70	45	294	51	<b>916</b>
Aktive BW-Arzte	20	26	16	10	13	38	2	<b>125</b>
Aktive BW-Ausbilder	44	34	27	32	59	90	6	<b>292</b>
Lawinenhundeführer	14	—	15	—	—	17	—	<b>46</b>
<b>Förderer</b>	<b>1139</b>	<b>1365</b>	<b>660</b>	<b>682</b>	<b>120</b>	<b>1006</b>	<b>20</b>	<b>4994</b>

## RETTUNGSDIENST

### Bergunfälle

Erste Hilfeleistungen	269	236	259	297	145	793	36	<b>2035</b>
Bergungen	85	17	64	14	9	149	—	<b>338</b>
Krankentransporte mit Kfz	20	15	22	16	2	86	—	<b>161</b>
Rettung aus Bergnot	12	1	20	—	—	22	—	<b>55</b>
Totenbergungen	7	2	17	3	—	24	—	<b>53</b>
Hubschraubereinsätze	41	—	32	—	1	53	—	<b>127</b>

### Skiunfälle

Erste Hilfeleistungen	1366	861	345	207	47	3161	125	<b>6112</b>
Ski-Abtransporte	935	391	313	73	22	1131	36	<b>2629</b>
Krankentransporte mit Kfz	14	106	18	24	—	138	—	<b>300</b>
Totenbergungen	2	—	1	1	—	4	—	<b>8</b>
Lawinenglücke	2	—	3	—	—	4	—	<b>9</b>
Hubschraubereinsätze	17	—	12	—	—	32	—	<b>61</b>
Dienst bei Sportveranstaltungen	207	117	111	94	90	346	13	<b>978</b>

### Vermißensuchen

Nachforschungen	78	10	34	1	3	37	1	<b>164</b>
Blinde Alarmer	89	20	49	12	—	109	9	<b>288</b>

### Naturschutz

Durchgeführte Naturschutzstreifen	1279	345	842	570	369	1272	262	<b>4939</b>
Beanstandungen	96	76	176	127	162	639	1418	<b>2694</b>

### Gesamtstundenzahl der Bergwachteinsätze

	202 230	97 633	90 127	56 164	69 280	331 055	10 454	<b>856 943</b>
Zahl der Hilfs- und Meldestellen	62	63	78	21	28	159	3	<b>414</b>



Spezialgerät für die Bergrettung muß zum Teil als Sonderanfertigung hergestellt werden. Die sogenannte Bergwachtstreck-schiene, die hier in einer bergwachteigenen Werkstatt hergestellt wird, dient der Schienung von gebrochenen Beinen. Die Gurte sind fest angebracht. Sie läßt sich zum Transport zusammenschieben. Die im oberen Drittel angebrachten Rändelschrauben ermöglichen durch Drehung eine mechanische Streckung der unteren Extremitäten.

Gebot uneigennützig und spontaner Hilfe, wie sie dem Grundprinzip des Roten Kreuzes entspricht. Eine Gesamtstundenzahl der Bergwachteinsätze im Jahre 1976 von 856 943 spricht dabei eine beredte Sprache.

## Wachen, Fahrzeuge, Funkanlagen

Jede Bergrettung ist ein neues Unternehmen mit neuen Unwägbarkeiten.

Immer wird ein Einsatz unter besonderen Voraussetzungen gefordert. Dazu gehört neben der persönlichen Opferbereitschaft und der qualifizierten Ausbildung auch ausgezeichnetes technisches Gerät und ein organisatorischer Unterbau.

Hier besitzt die Bergwacht schon ein solides Fundament, das Dank der Unterstützung von Behörden und privaten Spendern erweitert wird. Mit überwiegendem Schwerpunkt in Bayern gibt es im Bereich der Bergwacht:

394 Dienst- und Rettungsstationen

98 Kraftfahrzeuge (Mannschaftskraftwagen, Geländefahrzeuge und Krankentransportwagen) sowie eine Reihe von Spezialanhängern und Schneeraupen

1 Relaisstation  
12 ortsfeste Sprechfunkanlagen

397 bewegliche Sprechfunkanlagen

67 Funkweckanlagen.

Die Funkanlagen arbeiten auf dem 2-m- und 4-m-Band und auf den vom Bundesinnenministerium zugewiesenen Frequenzen. Diese Anlagen sind als integrierter Teil des DRK-Funknetzes mit z. Z. rund 6900 Funkanlagen anzusehen.

## Hubschrauber und Rettungsdienst

Seit 1974 hat der Freistaat Bayern ein Gesetz über den Rettungsdienst. Im

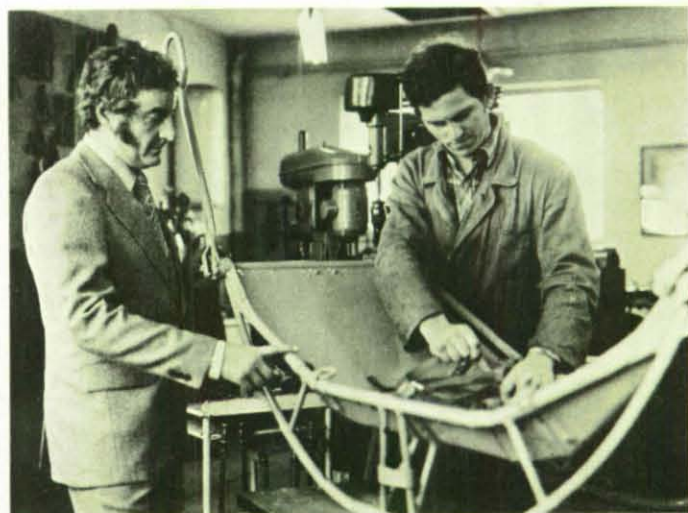
Artikel 4 dieses Gesetzes wird u. a. auch der Bergrettungsdienst erwähnt, der damit zu einem der für Bayern besonders bedeutungsvollen Dienste zum Rettungsdienst im Sinne des Gesetzes gehört. Soll der Rettungsdienst allen modernen Anforderungen entsprechen, kann auf den Luftrettungsdienst nicht verzichtet werden. Hier ist es insbesondere der Rettungshubschrauber, der in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen hat. Man darf zwar den Rettungshubschrauber nicht als Allheilmittel zur Verbesserung des Rettungswesens ansehen, da er z. B. den bodengebundenen Rettungsdienst nicht zu ersetzen vermag, aber er ist auch gerade wegen seiner spezifischen Vorzüge – Schnelligkeit, Reichweite, Landemöglichkeit oft auch in unwegsamem Gelände, erschütterungsfreier Flug – nicht mehr wegzudenken. Für die Bergwacht ist die Bereitstellung eines Hubschraubers bei einigermaßen günstiger Witterung eine große Hilfe. Mit dem Bergwachtmann an Bord kann z. B. eine Vermißensuche ungemein erleichtert werden. Auch können sich Bergwachtmänner, wenn der Hubschrauber im Hochgebirge nicht landen kann, zu den Verunglückten abseilen oder aus zwei bis drei Metern Höhe aus dem Hubschrauber abspringen.

188 Hubschraubereinsätze im Jahre 1976 zeugen von der Bedeutung dieses Mediums.

Im Bereich der Hochgebirgs-Abschnitte hat die Bundesluftwaffe mit ihrem SAR-Kommando auf dem Fliegerhorst Penzing bei Landsberg die Hubschrauber-Einsätze zur Rettung verunglückter Bergsteiger übernommen. Die fortschreitende Verbesserung der Hubschrauber und ihrer Einrichtungen, z. B. der Seilwinde, brachte es mit sich, daß heutzutage Ret-



Demonstration einer Schienung. Mit dieser vorgefertigten Schiene, die behelfsmäßig auch mit Skistöcken hergestellt werden kann, sowie mit unter- und oberhalb des Bruchs befestigten Bändern oder Tüchern wird das Bein fixiert. Der Fuß wird durch eine Achtertour des Gurts am Steigbügel befestigt. Der gepolsterte Halbring dient als Gegenlager unter dem Gesäßknochen. Es ist immer darauf zu achten, daß die Kniekehle unterpolstert wird, damit das Kniegelenk leicht gebeugt wird.



Auch die zerlegbare Gebirgstrage ist eine Sonderanfertigung und wird in einer eigenen Bergwachtwerkstätte gebaut. Das Referat Bergwacht im Bayerischen Roten Kreuz wird von Helmut Adelsberger (links im Bild) geleitet.

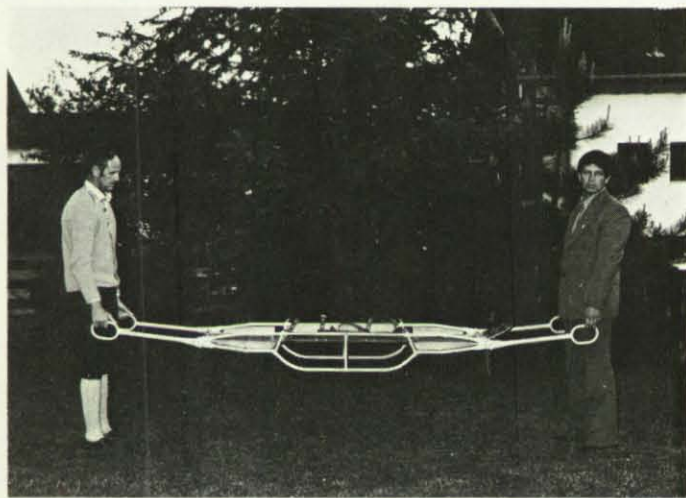
Links: Die Bergwachtstretkschiene hat sich schon sehr bewährt. Die Verletzten loben die eintretende Schmerzllinderung bei angelegter Schiene. Dies ist ein Zeichen dafür, daß auch bei längerem Transport die Bruchstellen ruhiggestellt sind.



Zu den Aufgaben der Bergwacht gehört auch die Weiterentwicklung von Bergrettungsgeräten. Unser Bild zeigt die Neuentwicklung einer Gebirgstrege. Sie ist dreiteilig zum Zwecke der besseren Gewichtsverteilung beim Tragen.



In dieser Stellung wird die Bergtrage, von der es bisher nur diesen Prototyp gibt, zum Abseilen im Steilgelände benutzt. Der Verletzte wird dabei in Semiflexion gelagert.



Für Transporte in Bergrettungsfahrzeugen und auch bei Wirbelsäulen- und Beckenverletzungen kann dieser neue Typ durch Einsetzen des Ober- und Unterteils in entgegengesetzter Richtung vollkommen flach wie eine normale Trage verwandt werden.

tungen selbst aus steilem Gelände möglich sind. Natürlich macht die Bergrettung mit Hilfe von Flugzeugen eine zusätzliche Ausbildung der Bergwachtmänner notwendig, weil nur dadurch eine gute und erfolgreiche Zusammenarbeit mit dem Flugpersonal gewährleistet wird. Man kann sich leicht vorstellen, daß es für einen Bergwachtmann, ganz gleich wie lange er schon dieses Amt ausübt, nicht selbstverständlich ist, sich von einem in der Luft, vielleicht dicht vor einer Felswand „stehenden“ Hubschrauber abzuseilen, den Verletzten in Zeitnot mit Erster Hilfe zu versorgen, ihn anzuschlappen und für seine Übernahme durch den Hubschrauber zu sorgen. Viele Bergretter haben sich auf diesem Gebiet inzwischen zu wahren Meistern ihres Fachs entwickelt.

### Mitwirkung im Katastrophenschutz

Das Bayerische Rote Kreuz (BRK), im Gegensatz zum Deutschen Roten Kreuz und anderen Rotkreuz-Landesverbänden kein e. V., sondern eine Körperschaft des öffentlichen Rechts, ist als weitgehend selbständige Rotkreuz-Organisation der Katastrophenhilfe verpflichtet. Die Bergwacht im Bayerischen Roten Kreuz ist somit in diese Katastrophenhilfe eingebunden.

Sie erhält vom Bayerischen Staatsministerium des Innern Geldmittel zur Beschaffung von Bergrettungsgeräten für überörtliche Einsätze. Die sogenannten Bergwacht-K-Züge können bei großen Lawinenunfällen, Muren, Überschwemmungen durch Wildbäche, bei Gruppenunfällen, ausgedehnten Suchaktionen und ähnlichen Katastrophen eingesetzt werden. Sie haben ihre Standorte in Sonthofen, Garmisch-Partenkirchen, Schliersee, Berchtesgaden und München. Im

Ernstfall können sie durch Geländefahrzeuge schnell zum Einsatzort oder in seine Nähe gebracht werden.

### Internationale Zusammenarbeit

Alle Bergrettungsorganisationen im europäischen Raum, also auch die Bergwacht des BRK, darüber hinaus Organisationen aus Kanada und Neuseeland, haben sich zu einer internationalen Arbeitsgemeinschaft (IKAR – Internationale Kommission für alpines Rettungswesen) zusammengeschlossen. Auf den jährlich stattfindenden Kongressen werden Rettungsaktionen und Einsatzgeräte organisatorisch und technisch untereinander abgestimmt.

Von Zeit zu Zeit wird auch der Öffentlichkeit die Gemeinsamkeit der Bergrettungsverbände bei Hilfsaktionen und in Katastrophenfällen demonstriert.

### Ausblick

Es sieht ganz so aus, als würde in den nächsten Jahren die Zahl derjenigen, die in den Bergen Erholung suchen oder die sich dort sportlich betätigen wollen, nicht geringer, sondern größer werden. Das bedeutet aber zwangsläufig mehr Arbeit für die Bergwacht.

Wird sie in der Lage sein, diesen Anforderungen gerecht zu werden? Im Interesse aller, die dieser Hilfe bedürfen, kann man dies nur wünschen. Aber gerade die Betroffenen sollten den Dienst der Bergwacht nicht als etwas Selbstverständliches entgegennehmen, sondern immer bedenken, daß es der auf dem Boden der Opferbereitschaft wachsende Idealismus ist, der den Fortbestand dieser Organisation garantiert.

Bergwachtdienst ist Dienst am Leben und an der Gemeinschaft. Dafür sei jedem einzelnen in dieser Organisation gedankt.

# Deutsche humanitäre Hilfe im Ausland im Jahre 1977

Insgesamt wurden rund 15 Millionen DM  
von der Bundesregierung bereitgestellt

Die Bundesrepublik Deutschland hat – wie in den Vorjahren – auch im Jahre 1977 im Rahmen der humanitären Hilfe durch zahlreiche Hilfsmaßnahmen mit dazu beigetragen, akute Notlagen in anderen Ländern zu beseitigen oder zu lindern. Schwerpunkte waren dabei Hilfsmaßnahmen für die Opfer der Erdbebenkatastrophe in Rumänien, für die Bevölkerung der von Kriegswirren betroffenen Provinz Shaba in Zaire, für Flüchtlinge in Afrika sowie für die Opfer der Naturkatastrophe in Indien, wo durch einen Wirbelsturm insbesondere weite Teile des Staates Andhra Pradesh verwüstet wurden.

## Hilfe für Rumänien

Am 4. März 1977 wurde Rumänien, vor allem die Hauptstadt Bukarest, von einem schweren Erdbeben heimgesucht, das allein in Bukarest mehr als 1500 Opfer forderte. Die Bundesregierung half mit Hilfsgütern, darunter 9 Ambulanzfahrzeuge sowie eine Funkfeststation als Leitstelle für die mit Sprechfunk ausgerüsteten Rettungsfahrzeuge. Ferner wurden der rumänischen Regierung 4 seismologische Stationen für die Früherkennung von Erdbeben zur Verfügung gestellt. Die Hilfsgüter der Bundesregierung wurden ebenso wie die von den privaten Hilfsorganisationen gespendeten Hilfsgüter mit Flugzeugen der Bundeswehr in das Katastrophengebiet geflogen.

## Hilfsgüter für Shaba/Zaire

Zur Versorgung der Bevölkerung in der Provinz Shaba (Zaire) mit Lebensmitteln und Medikamenten stellte die Bundesregierung am 14. April 1977 den Betrag von 5 Mio. DM zur Verfügung. In einer ersten Hilfsphase brachten Charterflugzeuge Medikamente und Lebensmittel aus der Bundesrepublik in die Provinz Shaba; in einer zweiten Phase wurden Decken, Trockenfisch und andere Nahrungsmittel im Nachbarland Kenia beschafft und auf dem Luftwege zu Missionsstationen in Kolwezi, Kamina, Kapanga und Sandoa geflogen. In einer dritten Hilfsphase schließlich wurden Lebensmittel aus Nairobi und Medikamente aus Deutschland in das Katastrophengebiet eingeflogen.

In Shaba half die Bundesregierung darüber hinaus durch Experten beim Aufbau eines leistungsfähigen Verteilernetzes, wodurch eine zügige und geordnete Verteilung der Hilfsgüter im Notstandsgebiet erreicht werden konnte. Insgesamt kamen 500 t Hilfsgüter zur Verteilung.

## Linderung der Flüchtlingsnot

In Afrika bemühte sich die Bundesregierung um Linderung der Flüchtlingsnot, die in verschiedenen Teilen des Kontinents durch die anhaltenden bewaffneten Auseinandersetzungen entstanden ist. So unterstützte sie die aus den von Kriegswirren betroffenen Gebieten im Ogaden geflüchteten

Menschen in Somalia, in Äthiopien und in Djibouti. Ebenso half sie rhodesischen Flüchtlingen in Sambia, Mosambik und Botswana. Die Bundesregierung unterstützte darüber hinaus Hilfsprogramme der caritativen Organisationen zur Flüchtlingsbetreuung in Angola.

## Weitere Hilfsmaßnahmen

Weitere Hilfen leistete die Bundesregierung anlässlich eines Taifuns (15. 6. 1977) in Oman, zur Überwindung medizinischer Unterversorgung in Afghanistan, in Nepal und in Jordanien, zur Linderung der Nahrungsmittelnot im Tschad sowie anlässlich einer Malaria-Epidemie in der Südtürkei.

In Thailand unterstützte die Bundesregierung den Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) bei der Betreuung von Flüchtlingen aus Vietnam, Laos und Kambodscha. In Laos half die Bundesregierung ferner bei der medizinischen Versorgung von Flüchtlingen.

## Soforthilfe für Indien

Für die Opfer der Wirbelsturmkatastrophe, die Indien am 20. November heimsuchte, stellte die Bundesregierung als Soforthilfe 2 Mio. DM zur Verfügung. Hiervon wurde 1 Mio. DM der indischen Regierung als finanzielle Hilfe übermittelt, während die zweite Million zur finanziellen Unterstützung der Hilfsprogramme der deutschen Hilfsorganisationen (Deutsches Rotes Kreuz, Deutscher Caritasverband, Diakonisches Werk) verwendet wurde.

Insgesamt hat die Bundesregierung im Jahre 1977 Mittel in Höhe von rd. 15 Mio. DM für humanitäre Hilfsmaßnahmen im Ausland zur Verfügung gestellt.

## STELLENAUSSCHREIBUNG

Beim BVS ist zum 1. Juni 1978 die Stelle eines

### Leiters der BVS-Landesstelle Rheinland-Pfalz in Mainz

zu besetzen.

#### Der BVS informiert

die Bevölkerung über die Wirkung von Angriffswaffen und über Schutzmöglichkeiten, insbesondere über Maßnahmen des Selbstschutzes.

#### Der BVS unterstützt

die Gemeinden und Landkreise, Behörden und Betriebe bei der Unterrichtung und Ausbildung der Bevölkerung im Selbstschutz.

Wenn Sie glauben, diesen vielfältigen Aufgaben gewachsen zu sein, wenn Sie eine dynamische Persönlichkeit sind, Füh-

rungsqualitäten besitzen und möglichst über umfassende Kenntnisse und Erfahrungen im Katastrophen-, Zivil- und Selbstschutz verfügen, dann sollten Sie sich bewerben. Geboten werden eine Vergütung bis Vergütungsgruppe II a BAT sowie die im öffentlichen Dienst üblichen Sozialleistungen.

Bewerbungen sind mit allen erforderlichen Unterlagen (Personalbogen, Lebenslauf, Lichtbild, Ausbildungs- und Befähigungsnachweise) bis zum **15. März 1978** an untenstehende Adresse zu richten.

Auf Ihre schriftliche Anfrage wird Ihnen ein Personalbogen zugesandt.

#### Bundesverband für den Selbstschutz

– Bundeshauptstelle –  
Eupener Straße 74 – 5000 Köln 41

# Für ein zusammenfassendes Gesetz der zivilen Verteidigung

MdB Dr. Miltner sieht Junktum zwischen Gesetzesänderungen und Stärkung des Haushalts der ZV

## CDU-Hearing

Wie in ZS-MAGAZIN 12/77, Seite 6 ff, bereits ausführlich berichtet, fand am 21. November 1977 im Bundeshaus in Bonn eine Anhörung der Organisationen im Zivil-, Katastrophen- und Selbstschutz durch die Arbeitsgruppe „Gesamtverteidigung“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion statt.

In Anwesenheit des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, Dr. Alfred Dregger, wurden grundsätzliche Fragen und Probleme erörtert.

Im zweiten Teil des Berichtes geht es hauptsächlich um Fragen des Sanitätswesens und um die zivil-militärische Zusammensetzung. Ferner werden Auszüge aus der allgemeinen Diskussion veröffentlicht.

Dr. Otto, Vorsitzender des Arbeitskreises „Ärzte in Bundeswehr und Zivilschutz“ des Hartmannbundes:

„Dieses Gesundheitssicherstellungsgesetz, an dem uns so viel gelegen ist, der Gesamtärzteschaft so viel gelegen ist, und das auch in der letzten Zeit so eindringlich von dem Inspekteur für das Sanitäts- und Gesundheitswesen der Bundeswehr gefordert wird, ist deshalb notwendig, weil die gesundheitliche Versorgung in einem Verteidigungsraum, der gleichzeitig die Heimat ist, zwischen der Bevölkerung und zwischen den Streitkräften nicht zu trennen ist; und bei der im Katastrophenfalle auch die zivil-militärische Zusammenarbeit erforderlich ist. Früher, vor einigen Jahren noch, da hatte man auch im Bundesverteidigungsministerium den Eindruck, bei der Bundeswehr funktioniert das alles sehr gut; aber es muß ja die Versorgung der Gesamtbevölkerung, sowohl Streitkräfte als auch Zivil, auf zwei Beinen stehen, auf dem militärischen Bein und auf dem zivilen Bein, und das zivile Bein ist zu schwach, mit dem kann man nichts anfangen und mit dem können wir gemeinsam nicht marschieren ...“

## Keine neuen Organisationsformen

Es kann gar nicht Rede davon sein, daß die zivile Seite der ärztlichen und gesundheitlichen Versorgung zu schwach ist.



Hearing der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in Bonn: stellvertretender Fraktionsvorsitzender Dr. Alfred Dregger, die Bundestagsabgeordneten Paul Gerlach und Alfred Biehle (von rechts).

Im Gegenteil, es sind genügend Möglichkeiten da; es ist nur notwendig, diese Möglichkeiten zu nutzen und sie zusammenzuführen. Genau wie alle meine Vorredner halte ich nichts von der Schaffung neuer Organisationsformen zum gegenwärtigen Augenblick. Die Erfahrung lehrt, daß Menschen, die sich kennen, in den Verbänden, die sie bereits gebildet haben, und in denen sie zusammenarbeiten, am wirkungsvollsten zusammenarbeiten können; und es besteht gar kein Grund, diese bereits bestehenden Verbände, die sich ja auch hier alle zu Wort gemeldet haben, aufzureißen.

Lassen Sie sich bei den Besprechungen über ein Gesundheitssicherstellungsgesetz überhaupt über ein Katastrophenschutz-Erweiterungsgesetz, bitte nicht dadurch verunsichern, daß gesagt wird, es kann ja gar nichts passieren, es ist ja gar kein genügender Schutzraum vorhanden, was wollt Ihr denn, es fehlt an allen Ecken und Kanten. Das ist allgemein bekannt, aber auch die Schweizer z. B., die uns ja um Ellen voraus sind und wesentlich mehr Schutzräume haben, sind noch keineswegs am Ziel ihrer Wünsche angelangt.

Ich will damit nur sagen, die Tatsache, daß das bei uns noch sehr im Argen liegt, ist absolut kein Gegengrund, im Gegenteil, es verlangt mehr als bisher nach einem Gesundheitssicherstellungsgesetz. Das sehen Sie daran, daß die Warschauer-Pakt-Staaten sich seit Anfang der 70er Jahre, vermehrt seit 1977, ganz energisch um diese Seite ihrer militärischen Vorstellungen kümmern.

## Erfassung des Personals

Die CDU/CSU hat in ihrer Arbeitsgruppe Gesamtverteidigung, die ein parlamentarisches Novum darstellt, soweit ich unterrichtet bin, zwar ein sehr verständiges Novum nach unserer Meinung, Thesen für die innere Sicherheit der Bundesrepublik aufgestellt, und in diesen Thesen auch dieses Gesundheitssicherstellungsgesetz gefordert. Bisher aber, auch in Ihren Thesen erwähnt und nach Meinung des Arbeitskreises des Hartmannbundes unabdingbar, ist die Bereitstellung und die Einübung des zur gesundheitlichen Versorgung notwendigen Personals, Ärzte, Pfl-

gepersonal, medizinische Assistenten. Diese Personengruppen müssen erfaßt werden, müssen aus- und weitergebildet werden. Kalenderführende Datendienststellen müssen feststellen, wer, wo und für was zuständig ist, und es muß in vernünftigen Zeitabständen im Objekt- und/oder im Versorgungsgebiet geübt werden. Dazu fehlt bisher jede Gesetzentwurfsvorlage.

Bei dem Reizwort ‚Erfassung‘ werden sich etlichen unserer Bürger die langen Haare sträuben. Hier muß psychologisch geschickt und ohne neue Ämter vorgegangen werden. Aber geschehen muß es. Die gegenwärtige Erfassung durch die Arbeitsämter ist völlig ungenügend. Das Arbeitssicherstellungsgesetz, was die personellen Möglichkeiten in die Hand geben würde, greift zu spät, weil es erst im Spannungsfall wirksam würde.

Bei dieser Gelegenheit taucht ein zweites Reizwort auf. Und hier möchte ich Ihnen auch sagen, lassen Sie sich bitte in gar keiner Weise verunsichern, und das ist die Frage nach einer Dienstpflicht für Frauen. Ich darf daran erinnern, daß bis zum Ende des 2. Weltkrieges das gesamte Pflegepersonal der Sanitätseinrichtungen der Wehrmacht Freiwillige waren. Und das ist bei den übrigen Bündnispartnern auch heute noch die Regel. In den großen Organisationen der freiwilligen Krankenpflege sind genügend und zum Teil auch ausreichend ausgebildete Freiwillige. Mit Dienstpflichtgedanken für Frauen brauchen Sie sich im Zusammenhang mit dem Gesundheitssicherstellungsgesetz nicht zu belasten und Sie brauchen sich auch damit nicht verunsichern zu lassen; das scheint mir sehr wichtig, denn es kommt ja nicht nur auf Sie an, sondern es kommt ja auch auf die Bevölkerung an, wie so etwas wirkt.

### Zivil-militärische Zusammenarbeit

In den Rahmen des Gesetzes gehört auch die zivil-militärische Zusammenarbeit. Sie muß in drei Ebenen stattfinden: auf der der Erstversorgung, das ist die Transportfähigmachung, auf der der Sichtung und Verteilung und zuletzt in der Endversorgung . . . Entscheidend für die zivil-militärische Zusammenarbeit ist die mittlere Stufe; die mittlere Stufe ist das, was jetzt nach dem Rettungsdienstgesetz des Bundes die Rettungsleitstellen darstellen. Die haben den Bettennachweis in der Region, die haben also die Möglichkeit, den Anteil der Verletzten oder Kranken zu steuern nach der Möglichkeit der freien Betten.

Die Situation ist für mich so: Es muß eine vergleichsweise Organisation wie bei der Bundeswehr geschaffen werden, und darüber ist man bereit nachzudenken, die allerdings mobil sein muß, denn Sie können sich ja vorstellen, beim Vor- und Zurückschwenken einer Verteidigungslinie wird sich das Militär bewegen, aber das Zivil, auch hier die Rettungsleitstellen, die Endversorgung, Krankenhäuser, Spezialkliniken usw., die werden am Ort bleiben, denn dort geht das Leben ja weiter.

Die dritte Stufe ist die Endversorgung, das ist die schnellstmögliche Versorgung am richtigen Platz. Es ist völlig undenkbar bei einem Kriegsfall, wie wir ihn jetzt uns vorstellen, daß ein Verwundeter aus der vorderen Linie nur auf dem militärischen Versorgungs- und Transportstrang, meinetwegen bis zu einer Reservelazarettgruppe irgendwo im Raum von Stuttgart gebracht wird, vorbei an den zivilen Hauptkrankenhäusern, die ihm eine mindestens genauso gute Versorgung bieten. Außerdem ist zu bedenken, daß die zu erwar-

Dr. Groeschel, Hartmannbund:

„Es bleibt mir noch, darauf hinzuweisen, daß das novellierte Zivilschutzgesetz von 1976, das von Hilfskrankenhäusern spricht, nur durchführbar ist, wenn das Gesundheitssicherstellungsgesetz die personelle Grundlage schafft. Der Innenminister hat das erkannt und darauf hingewiesen. Da die Federführung aber beim Gesundheitsministerium liegt, dürfte es inzwischen Zeit sein, daß sowohl der Verteidigungsausschuß wie der Innenausschuß nun endlich das federführende Ministerium zwingt,



Oben: MdB Heinz Schwarz – der frühere Innenminister von Rheinland-Pfalz –, THW-Bundessprecher Peter Merck, THW-Direktor Hermann Ahrens und DFV-Präsident Albert Bürger (von links).



Links: DFV-Präsident Albert Bürger, DFV-Bundesgeschäftsführer Reinhard Voßmeier, sowie vom BVS Ausbildungssprecher Gerd Herbst, Präsident Heinz-Robert Kuhn und Direktor Artur Franke (von links). Ganz rechts Generalmajor Ulrich Hantel.

tende Verstopfung der Straßen einen solchen Transport auf weiten Strecken unmöglich macht. Es muß also, das ist unsere Vorstellung, die Endversorgung aus der zweiten Stufe der Zusammenarbeit heraus gesteuert werden. Dabei kann, das scheint mir außerordentlich wichtig, genau wie bei den Hilfsorganisationen, und soll die Selbständigkeit der Bundeswehr als solche ebenso wie die der zivilen Einrichtungen, Krankenhäuser usw. völlig erhalten bleiben, das ist ohne weiteres möglich.

Notwendig aber ist, daß hier von unten nach oben und nicht umgekehrt organisiert wird; daß man den gewachsenen Boden erhält, koordiniert und nicht kommandiert . . .“

hier Farbe zu bekennen, damit die Länder arbeiten können. Wir wissen, daß einzelne Länder versuchen, aus der Not eine Tugend zu machen und für sich nach Wegen suchen, um die personelle Erfassung und Gestaltung zu bringen. Sie arbeiten dann je nach Initiative und nach Verständnis der Vorgesetzten und Partner mit Schwierigkeiten, weil eben dieses Gesetz noch fehlt . . .“

### Die psychologische Belastung der Soldaten

Oberst Vollant, Deutscher Bundeswehr-Verband:

„Auf dem Gebiet der Verteidigung haben wir Unterlassungen zu beklagen. Auch



wir, der Deutsche Bundeswehr-Verband als die Interessenvertretung der aktiven Soldaten, aber auch der ehemaligen Soldaten, auch besonders auf dem Gebiet der Zivilverteidigung. Herr Dregger hat hier bei der Begrüßung etwas sehr Bedeutsames gesagt, und ich möchte das etwas anders formulieren. Wie muß es um die psychologische Belastung eines Soldaten bestellt sein, der im Verteidigungsfall Pflichten erfüllen muß, wenn er weiß, daß für seine nächsten Angehörigen keine Vorkehrungen oder keine ausreichenden Vorkehrungen getroffen sind? Allein die Aufforderung, die jetzt Gültigkeit hat, ‚bleibt zu Hause‘, ist zu wenig, zumal sehr wenig Schutz hier vorbereitet ist. Übrigens, und ich darf das sehr kritisch anmerken, im Gegensatz zu dem Schutz für Regierung und Notparlament. Wenn hier ein Informations- und Meinungsaustausch über Angelegenheiten des Katastrophenschutzes und des zivilen Bevölkerungsschutzes erfolgt, scheint es mir wichtig zu sein, auch dieses insgesamt in eine Gesamtverteidigung einzuordnen. Hier fehlt doch jegliche Führungskonzeption in der Bundesrepublik, obwohl doch gerade eine Gesamtverteidigungskonzeption Kriege verhindert, Abschreckung glaubhaft und das Risiko unkalkulierbar machen kann. Bleiben Sie deshalb bitte bei Ihren Überlegungen nicht stecken in Neuordnungen des Katastrophenschutzes, des Warnendienstes, des Schutzraumbaus oder der Lebensmittelbevorratung, sondern folgen Sie vielleicht unseren Anregungen, doch gemeinschaftlich eine Konzeption zur Gesamtverteidigung zu erstellen. Diese Anhörung und die Bildung von Arbeitsgruppen ‚Gesamtverteidigung‘ in den Fraktionen sind mit Sicherheit ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

### Ein Konzept der Gesamtverteidigung

In einer Gesamtverteidigungskonzeption sollten folgende Aspekte berücksichtigt sein:

1. Zwischen den Bundesstellen sowie zwischen Bund, Ländern und Gemeinden müssen klare und überschaubare Zuständigkeiten, ja vielleicht auch Verzahnungen hergestellt werden.
2. Eine gemeinsame Planungs- und Führungskonzeption, über die man zwar gelegentlich hinweisend nur lesen kann, muß aber im Frieden und erst recht doch im Verteidigungsfall nicht erst entwickelt werden, sondern bestehen.
3. Im Rahmen eines ausgewogenen Gesamtverteidigungsprogrammes sind die Belange der Landesverteidigung, und wir sagen das als Soldaten, insbesondere des Zivilschutzes, zu berücksichtigen.

Hierzu gehört wieder

- a) der Schutz von Leben und Gesundheit – ich bin sehr dankbar, daß in diesem Kreis hier diesem Thema große Aufmerksamkeit zugewandt worden ist – der gesamten Zivilbevölkerung, sowie

- b) die Versorgung der Bevölkerung und, lassen Sie mich noch hinzufügen, auch der Streitkräfte mit Lebensmittelgütern der gewerblichen Wirtschaft und der Energie . . .

- c) die Instandhaltung lebens- und verteidigungswichtiger Objekte und

- d) die unmittelbare Unterstützung eben der Streitkräfte.

4. Zu dieser Gesamtverteidigungskonzeption gehört die verfassungs- und gesetzmäßige Ausbildung aller zivilen und militärischen Organisationen für den Katastrophenfall sowie für den äußersten Fall eines inneren und äußeren Notstandes. Hierfür gibt es selbst im Bereich der Bundeswehr

nicht die geringsten Vorbereitungen oder Ausbildungsgänge.

Ich darf Ihre Aufmerksamkeit aber noch auf eine wichtige Frage richten: Wie steht die Bevölkerung zu allen unseren Diskussionen hier, zur Verteidigung, und inwieweit ist sie bereit, dafür etwas zu tun? Wir sollten uns nicht nur auf Information und Aufklärung beschränken, sondern ernsthafte Anstrengungen machen, jeden Staatsbürger hierfür zu motivieren. Der erste Schritt muß sein, die politische Bildung zu verbessern, um das Defizit an Bereitschaft, an Verteidigungsbereitschaft abzubauen und gleichzeitig gemeinschaftlich ein Konzept einer Gesamtverteidigung zu erstellen."



Oben: Die Vertreter des DRK: Roderich Lüttgen, Abteilungsleiter Katastrophenschutz, DRK-Generalsekretär Dr. Jürgen Schilling, sowie Dr. Groeschel und Dr. Otto vom Hartmannbund (von links).



Links: MHD-Abteilungsleiter Mario Nowak, JUH-Referent Wilfried Voigt und JUH-Präsident Wolf von Zawadzky (von links).

## Ein zusammenfassendes Gesetz für die ZV?

Dr. Miltner, MdB:

„Die Beiträge haben gezeigt, daß eine gewisse Zurückhaltung besteht bezüglich einer Neuordnung des Katastrophenschutzes und daß man sehr das Mißtrauen hegt gegen eine Novellierung des Gesetzes. Nun, ich bin mit Ihnen der Meinung, daß natürlich die Katastrophenschutzverbände und -einrichtungen in ihrer jetzigen Konsistenz eingebaut werden müssen wie bisher in die Zivilverteidigung; die Frage entsteht, auch für uns als Opposition, wenn ein solches Gesetz auf uns zukommt, ob wir nicht darauf hinwirken sollten, ein generelles Gesetz zu erreichen, wo eben die ge-



Die Bundestagsabgeordneten Dr. Karl Miltner und Dr. Manfred Wörner, Vorsitzender des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages (rechts).

samte Zivilverteidigung zusammengefaßt wird. Ich erlebe in vielen Diskussionen draußen auch, daß der Laie überhaupt gar keinen Überblick hat über die Lage auf dem Gebiet der Zivilverteidigung, wer zuständig ist und welche Gesetzesgrundlagen überhaupt bestehen, so daß ich gerne Ihr Votum dazu hätte, wenn wir dafür einträten, daß wir ein solches zusammenfassendes Gesetz für die Zivilverteidigung bekommen sollten; ohne daß wir natürlich hier Ihre Stellung im Katastrophenschutz da etwas beeinträchtigen, sondern nur dafür darf dieses Gesetz sein, einen größeren, klareren Überblick über die gesamte Zivilverteidigung zu geben.“

Lüttgen, DRK:

„Es wäre gut, wenn das überschaubarer wäre, wenn nicht nebeneinander verschiedene Leistungsgesetze ständen; unsere Bitte wäre, dann darauf hinzuwirken, daß dieser Part – die Erweiterung des Katastrophenschutzes – in gleicher Konsistenz erhalten bleibt.“

## Das Problem der Abgrenzung

Alfred Biehle, MdB:

„Ich bin erfreut, daß von Ihnen nicht die Neuordnung des Katastrophenschutzes gefordert worden ist, weil ich meine, daß ein neues Gesetz nicht notwendig ist. Ich habe andererseits aber auch mit Genugtuung gehört, daß – und ich denke dabei an die Bemerkung des Vertreters der Feuerwehren – man von sich aus bemüht ist, gewisse Abgrenzungen vorzunehmen, weil es sicherlich in der Praxis, wie ich auch höre und selbst feststellen kann, da gewisse Schwierigkeiten gibt, wenn ich z. B. an die Bergungseinheiten denke, Abgrenzung zwischen Feuerwehr und THW. Jeder hat eine Rettungsschere unter

ten z. B. Ich habe selbst eine Katastropheneinheit, die ich leite, und sehe, daß jeder Pfennig fünfmal über verschiedene Behörden abgerechnet werden muß. Da fehlt es auch an der Flexibilität hinsichtlich der Umstellungen, wenn ich eben keinen Arbeitsschutzanzug brauche, sondern ein Ersatzteil für ein Fahrzeug, dann muß eben dies her. Aber das geht im Moment nicht, weil dies einfach so eingeplant ist. Ich glaube, daß auch in dieser Richtung einiges getan werden muß.

Eine letzte Bemerkung; Gesundheitssicherungsgesetz. Ich komme noch einmal auf das zurück, was Sie gesagt haben, nämlich mehr ehrenamtliche Helfer. Ich persönlich habe das Gefühl, daß wir nicht mehr brauchen, sondern daß wir das, was vorhanden ist, erst einmal in Ordnung bringen müssen; auch von der Ausrüstung und von der Ausstattung her, denn wenn wir noch mehr neue bekämen, wäre ja das Dilemma noch viel größer. Ich sage immer draußen, der Katastrophenschutz ist selbst eine Katastrophe, erst muß diese Katastrophe beseitigt werden. Ich sehe es z. B. bei der Ausbildung der Reserve-schwwestern, Schwesternhelferinnen. Da gibt es ja, und dies soll ein konkretes Beispiel sein, in einem Regierungsbezirk, in jedem Kreisverband 200–300 bereits jetzt ausgebildete Schwesternhelferinnen; im Ernstfall für die Organisation der Hilfskrankenhäuser brauche ich vielleicht aber pro Kreisverband 20 oder 30. Es ist also ein erheblich Mehr vorhanden, und insofern glaube ich ... daß wir nicht nach einem Mehr an Personal drängen, sondern nach einem Mehr an Ausrüstung, Technik und anderer Einrichtungen, um da einmal eine solide Grundlage zu haben, auf der man weiter aufbaut ...“

## Objektbezogene SH-Ausbildung

Dr. Groeschel, Hartmannbund:

„Bisher war es, soweit ich weiß, nicht möglich, die ausgebildeten Schwesternhelferinnen namentlich zu bekommen. Das ist ähnlich wie bei den Hilfskrankenhäusern, da ist der Bedarf nicht genau festgelegt, da würde auf Vorrat ausgebildet, und gerade bei der starken Fluktuation vor allem der weiblichen Hilfskräfte geht es gar nicht anders, als daß ... jedes Jahr auch festgelegt wird, kalendermäßig, wer wo hingehört. Und der Betreffende muß es wissen, er muß einen Zettel haben, bei einem Alarm gehe ich nach X; ohne namentliche Festlegung, nur zahlenmäßig, wie es bisher gemacht wird, schwimmen wir noch die nächsten Jahre, und wertvolle Gelder werden verschleudert. Ich glaube, wir könnten sparen und uns konzentriert der weiteren Ausbildung der Kräfte widmen, wenn man genau wüßte, wer wohin geht, und auch bereit wäre, das über mehrere Jahre zu machen.“

Lüttgen, DRK:

„Die Schwesternhelferinnenausbildung, die Sie, Herr Dr. Groeschel, zum Schluß angesprochen haben, ist in der Form seit 1962. Die veranstaltenden Organisationen,

die hier sitzen, haben von 1962 an darum gebeten, objektbezogen ausbilden zu können. Das ist bis heute nicht möglich gewesen. Das ist einer der schweren Mängel. Heute sagt man, Ihr hättet objektbezogen ausbilden sollen, nun auf einmal geht es anders herum. Das ist das eine. Zum anderen, und hier muß ich noch sagen, ich spreche hier auch nicht das Bundesverteidigungsministerium frei, denn die Forderungen sind immer dahin gerichtet worden aus den Gründen, die Sie eben nannten: Die Frage der Verfügbarmachung der Schwesternhelferinnen, um die es hier geht als Musterbeispiel für andere, ist eine gesetzliche, eine rechtliche Fragestellung, und die muß rechtlich geklärt werden. Um diese Fragen zu klären, im Vorfeld zu klären, haben wir uns mit der entsprechenden Bundeswehrdienststelle direkt in Verbindung gesetzt und machen allerorten Übungen zur vollen Zufriedenheit beider Teile. Noch zu der Frage der Ausbildung: Sollen wir noch ausbilden – ja oder nein? Natürlich müssen wir auch im Bereiche der Ersten Hilfe weiter ausbilden, um neue Leute zu bekommen, weil einfach die Fluktuation in den Helfergemeinschaften so groß ist, daß man das mit auffüllen muß."

### Problem: Personalreserve

Nowak, MHD:

„Über unsere zentrale Datenerfassung haben wir alle Schwesternhelferinnen erfaßt; wir haben also kein Problem, sie namentlich auszuwerten; uns fehlen nur die entsprechenden Angaben, sie dann auch zuzuordnen. Eine einheitliche Gliederung des gesamten Katastrophenschutzes ist gegeben dadurch, daß wir in den vergangenen Jahren die Stärke- und Ausrüstungsnachweise gemeinsam mit den zu-

ständigen Stellen des Bundes und der Länder erstellt haben. Wir sind jetzt gerade in dem Augenblick, wo diese einheitlichen Gliederungsformen auf Aufstellungsformen Platz greifen, wo man dann wieder an Novellierung denkt. Das ist das, was uns mißtrauisch macht gegenüber Regierungen, daß immer dann, wenn eine Sache Fuß faßt, wenn sie zu leben beginnt, wenn man die organisatorischen Grundlagen geschaffen hat, man dann wieder daran denkt, etwas anderes zu machen.

Wir haben kein Mißtrauen gegen Novellierungen, wenn dadurch die Sache besser wird, aber immer nur anders machen, und hier in diesem Falle sogar unter Inkaufnahme erheblichen Substanzverlustes, hier muß man doch sagen, der Bund versucht sich aus seiner Verpflichtung für den erweiterten Katastrophenschutz zurückzuziehen. Er will das Katastrophenschutzgesetz, er kann es aus finanziellen Gründen nicht vollziehen; da müssen wir mißtrauisch sein. Die Hilfsorganisationen, ich glaube, das darf ich sagen, haben in der Vergangenheit unter Beweis gestellt, daß wir nicht nur unsere Helfer zur Verfügung stellen, die Helfer sich selbst, sondern daß wir auch bereit sind, materielle Leistungen zu erbringen, das geht in die Millionenhöhe. Wir haben aus Eigenmitteln, aus Spendenaktionen mehr an Geräten für den Katastrophenschutz beschafft als der Bund es für diese Organisation in der Vergangenheit getan hat, das steht zweifelsfrei fest.

Zur Zahl der Helfer lassen Sie mich noch ausführen: 600 000 ist das vorgesehene Kontingent für den Zivilschutz. Wir müssen aber davon ausgehen, daß eine Einheit innerhalb von 24 Stunden auch einmal abgelöst werden muß. Wir haben bis heute nur die einfache Besetzung, wir haben keine Personalreserve. Wie das über Dauer gehen soll, ist überhaupt gar nicht vorstell-

bar. Deswegen brauchen wir mehr Helfer, aber nicht mehr Helfer zu Lasten der Ausstattung, daß man sagt, wir bauen das Helferpotential stärker aus, dafür nehmen wir die schlechtere materielle Ausstattung in Kauf, so nicht! Bessere materielle Ausstattung, gleichzeitig mehr Helfer in nicht gerätebezogenen Einheiten zur Personalreserve . . ."

### Das Verhältnis 20 : 1

Vossmeier, DFV:

„ . . . In der vergangenen Legislaturperiode haben wir in Regierungserklärungen und anderen Bundestagsdebatten trotz unserer langjährigen Kritik an diesem System herzlich wenig gehört und ich muß hier sagen, auch herzlich wenig gehört von der Opposition. Wir haben in unserer letzten Kritik der vergangenen Zeit sämtliche im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien einbezogen. Nachdem die Bundesregierung also jetzt beabsichtigt, etwas zu tun, ist jetzt auch die Opposition der Meinung, daß hier eine Besserung notwendig ist, daß man also jetzt, Gott sei Dank, die Kritik der im Katastrophenschutz tätigen Hilfsorganisationen aufgreift, und ist man der Meinung, daß dieses im Raum stehende Verhältnis aus dem Weißbuch '72 mit 20:1 notwendig ist? . . ."

### Finanzielle Stärkung notwendig

Dr. Miltner, MdB:

„Ich möchte aus der Vergangenheit berichten, daß wir natürlich Jahr für Jahr in den Beratungen des Innenausschusses zum Haushalt 36 natürlich eine oppositionelle Haltung eingenommen haben, und die Unzulänglichkeit dieses Haushalts als Skandal auch angeprangert haben. Was uns nicht möglich war, das war, diesen Haushalt finanziell zu erweitern. Was die Gesamtverteidigung anlangt, waren wir eigentlich in der CDU/CSU die ersten, die sehr stark in den vergangenen Jahren auf diesen Punkt Gesamtverteidigung losgesteuert sind, weil wir erkannt haben, daß da eben keine Verknüpfung, keine ausreichende Verbindung zwischen Zivilschutz auf der einen Seite und militärischer Verteidigung auf der anderen Seite besteht. Unsere ganze Aktivität im Augenblick ist ausgelöst worden von der Notwendigkeit, daß wir ein Konzept brauchen für Gesamtverteidigung und daß wir nicht nur die Verteidigung begreifen dürfen vom militärischen Bereich her. Die Regierung hat es verstanden, einmal durch Umgruppierungen, Organisationsverschiebungen den Mangel im finanziellen Bereich zu überdecken; ich möchte auch davor warnen, daß wir uns auf Gesetzesänderungen einlassen, ohne daß wir gleichzeitig eine finanzielle Stärkung des Haushalts spürbar machen. Das muß ein Junktim für uns überhaupt in diesem Bereich sein.“



Von rechts: Dr. Alfred Dregger, MdB Paul Gerlach, MdB Alfred Biehle, Arend Rahner (ASB-Referent Katastrophenschutz), DLRG-Vizepräsident Jan Schmitz und der Präsidial-Beisitzer der DLRG, Günter Walter.

## Funkübungsanlage – Eine bessere Möglichkeit für die Sprechfunkausbildung

In Erfahrungsberichten nach Katastropheneinsätzen kann man immer wieder lesen, daß es Probleme mit den Fernmeldemitteln gegeben hat. Dies trifft besonders für den Einsatz von Sprechfunkgeräten zu. Bei Übungen in einem größeren Rahmen sieht es nicht wesentlich besser aus. Diese Tatsachen zeigen unter anderem, daß die Ausbildung an den Sprechfunkgeräten und die Funkbetriebsprache noch intensiver geübt werden müssen.

Durch die Vielzahl von Funkdiensten der BOS (Behörden und Organisationen mit gemeinsamen Sicherheitsaufgaben) ist der Meterwellenbereich stark belastet. Für reine Funkübungskanäle ist kein Platz mehr. Sprechfunkausbildungen und Übungen müssen auf den Einsatzkanälen abgewickelt werden, was zu einer noch stärkeren Belastung führt. Dabei können auch mögliche Störungen durch unsachgemäße Bedienung der Geräte nicht ausgeschlossen werden. Um Störfaktoren auszuschließen und die Sprechfunkausbildung zu intensivieren, hat die Lehrgruppe Fernmeldedienst der Katastrophenschutzschule Bayern ein Konzept für eine Funkübungsanlage entwickelt, das sich in einem ein- einhalbjährigen Einsatz bewährt hat.

Der Grundgedanke war, eine Funkübungsanlage zu schaffen, die alle Funktionen so simuliert, daß der Lehrgangsteilnehmer das Gefühl hat, er arbeitet an einer echten Anlage. Dabei müssen alle Störfaktoren ausgeschaltet sein. Die Geräte mußten äußerlich wie auch in ihrer Funktion

echten Funkgeräten entsprechen. Eine weitere Forderung war, daß die Geräte so eingebaut werden, daß dafür kein eigener Lehrsaal verwendet werden muß. Es müssen andere Ausbildungen in diesem Lehrsaal ohne Beeinträchtigung möglich sein.

### Planung der Anlage

Nachdem die Bedingungen für die Anlage durch die

Zunächst wurde ein Pflichtenheft erarbeitet, in dem alle Funktionen genau beschrieben waren.

### Beschreibung der Funkübungsanlage

#### 1. Funkübungsanlage FÜG 7b

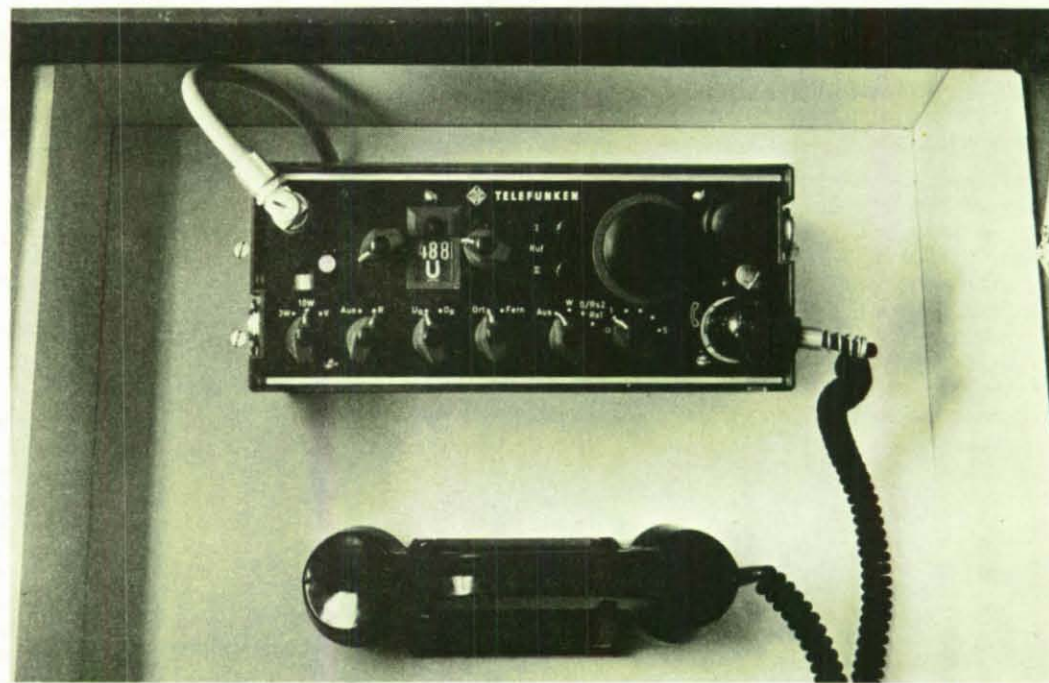
Die Funkübungsanlage FÜG 7b ist eine Simulationsanlage und dient der Ausbildung und Schulung an Sprechfunkgeräten des

ser Außenlautsprecher kann von allen Funkübungsgeräten besprochen werden (2.4).

Der Außenlautsprecher sollte so angebracht sein, daß eine akustische Rückkoppelung vermieden wird.

#### 2. Funkübungsgerät FÜG 7 b

Das Funkübungsgerät FÜG 7b ist in Modultechnik aufgebaut. Alle 16 Module sind auf der Grundplatte steck-



Blick auf das im Tisch eingebaute Funkübungsgerät.

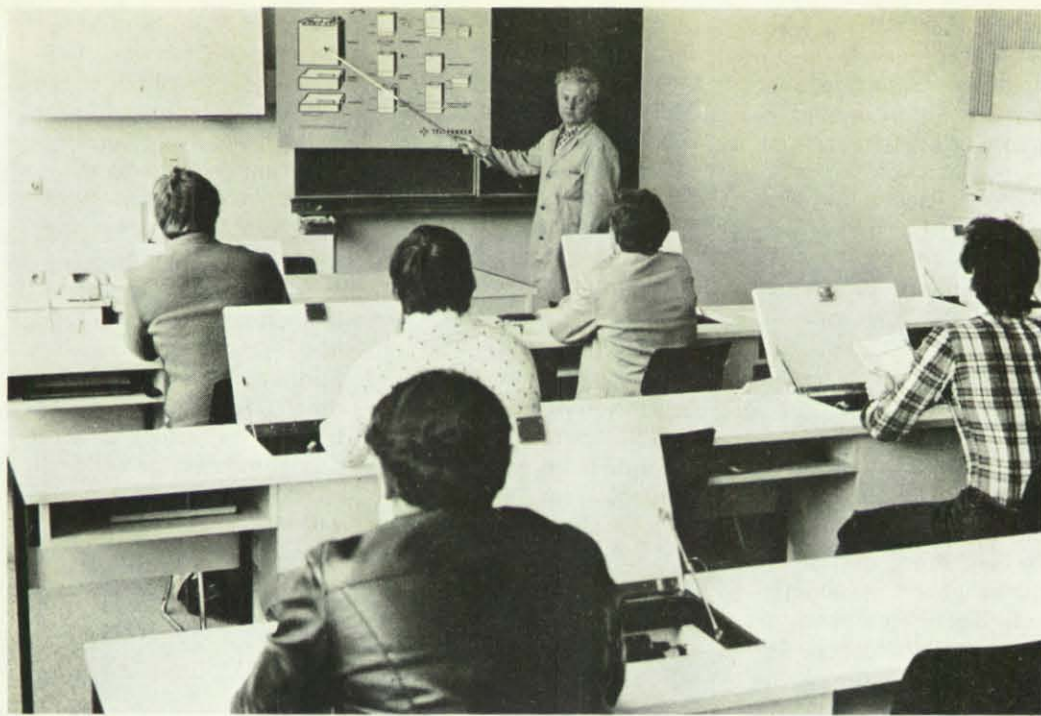
Lehrgruppe Fernmeldedienst erarbeitet waren, ging es an die technische Konzeption. Diese wurde mit der Firma AEG Telefunken und der Firma Bentheimer in Ingolstadt durchgeführt. Die Firma Bentheimer erhielt später auch den Auftrag, die Anlage zu bauen. Der Vorteil war, daß der Projektleiter selbst Helfer im Katastrophenschutz ist und in einer Fernmeldeeinheit als Funktruppführer arbeitet.

Typs FuG 7b. Sie unterliegt nicht den postalischen Bestimmungen. Innerhalb einer Anlage können 3 bis 30 Geräte FÜG 7b zusammengeschaltet werden. Zur Verbindung der einzelnen Geräte untereinander und zur Spannungsversorgung wird ein mehradriges Kabel verwendet. Die Spannungsversorgung besteht aus einem Netzgerät, in dem auch der Kraftverstärker für den Außenlautsprecher untergebracht ist. Die

bar angeordnet. Es können alle wichtigen Bedienfunktionen des FuG 7b nachgebildet werden.

2.1 Am Kanalwahlschalter können insgesamt 5 festgelegte Kanäle bei Gegenverkehr oder 10 Kanäle bei Wechselverkehr geschaltet werden. Dadurch lassen sich 5 bzw. 10 voneinander unabhängige Funkkreise aufbauen.

Bei der Festlegung der Kanäle ist darauf zu achten,



Während des Geräteunterrichts im Lehrsaal.

daß jeder Zehnte- bzw. Einkerkanal nur einmal belegt wird.

**2.2** Funktion des Oberband/Unterbandumschalters, wie beim FuG 7b.

**2.3** Mit dem Betriebsartenschalter lassen sich durch die Schalterstellung „Aus“, „W“, „G/Rs2“ und „Rs1“ dieselben Funktionen wie beim FuG 7b nachbilden.

Anmerkung: Zur Vermeidung von Funkstörungen darf in jedem Funkkreis nur ein Gerät in „Rs1“-Stellung betrieben werden.

**2.4** Der 3 W/10 W/V-Umschalter dient zur Nachahmung schlechter Empfangsverhältnisse. Es wird davon ausgegangen, daß alle Geräte so weit voneinander entfernt sind, daß die Sender, die mit 3 Watt senden, nur noch mit Unterbrechungen empfangen werden können.

Dieses sich wiederholende, kurzzeitige Aussetzen der Sprache läßt sich unterbinden, indem entweder das sendende Gerät auf 10 W geschaltet, oder beim empfangenden Gerät die Rauschsperrung ausgeschaltet wird.

In der Stellung „V“ kann über den gemeinsamen

Kraftverstärker im Netzgerät der Außenlautsprecher besprochen werden. In der Stellung „V“ und „Rs1“ wird ein ankommendes Funkgespräch direkt auf den Außenlautsprecher durchgeschaltet.

**2.5** Durch das Ausschalten der Rauschsperrung kann ein Unterbrechen des Empfanges bei schwachen Sendern (3-W-Stellung) verhindert werden (2.4). Ohne Eingangssignal ist dann ein starkes Rauschen zu hören.

**2.6** Ort-/Fern-Umschalter Da keine Fernbedienung angeschlossen ist, wird das Gerät bei der Schalterstellung „Fern“ abgeschaltet.

**2.7** Die Lautstärke des eingebauten Lautsprechers läßt sich in 5 Stufen umschalten, sowie ganz abschalten.

Die Lautstärke des Handapparates wird dadurch nicht beeinflusst.

**2.8** Über die beiden Ruf-tasten Ruf I und Ruf II können die jeweiligen Ruftöne ausgelöst werden.

**2.9** Das Anzeigeelement zeigt die Betriebsbereitschaft des Gerätes an. Bei Sendertastung ist ein gerin-

ger Anschlag am Instrument zu erkennen.

**2.10** Bei nicht angeschlossenem Antennenstecker ist trotz eingeschaltetem Gerät jede Verbindung zu anderen Geräten unterbrochen.

**2.11** Über die Buchse 2 ist der Handapparat angeschlossen.

**2.12** Buchse 1 ist unbelegt.

### 3. Sonderzubehör

**3.1** Fern-Ausschaltung für jedes einzelne Gerät.

Diese Abschaltung kann z. B. vom Lehrerpult aus erfolgen. Sie ist von den Schalterstellungen am jeweiligen Gerät unabhängig.

**3.2** Funkdrahtvermittlung, zur Überleitung von Funkgesprächen an eine Telefonübungsanlage.

Die Funkdrahtvermittlung kann an jedem Gerät zwischen Buchse 2 und Handapparat angeschlossen werden.

**3.3** Tonbandaufschaltung. Sie dient zur Aufzeichnung aller ankommender und abgehender Gespräche. Die integrierte Sprachsteuerung ist für die Tonbandgeräte UHER 4000; 4400 oder 5000 vorgesehen.

Die Tonbandaufschaltung kann an jedem Gerät zwischen Buchse 2 und Handapparat angeschlossen werden.

### Ausstattung des Lehrsaals

Der Lehrsaal hat eine Größe von 62 m<sup>2</sup>, darin sind 24 Teilnehmerplätze untergebracht. Jeweils in der Mitte von 2 Teilnehmerplätzen ist im Tisch verschließbar das Funkübungsgerät (FuG 7b) eingebaut. Im Fußboden ist ein aufdeckbarer Kabelkanal eingebaut der zu jedem Gerät führt. Jeder Teilnehmerplatz ist zusätzlich auch noch entweder mit einem OB- oder W-Anschluß ausgestattet. Um eine gute Schalldämmung zu erreichen, wurde der Fußboden mit einem Nadelfilzbelag versehen. Zusätzlich wurde noch eine Wand verkleidet. An der Stirnseite des Lehrsaals schließt ein Fernmeldeschaltraum an, der gleichzeitig noch als Lehrmittelraum benutzt wird. An der Rückseite befindet sich ein Filmvorführraum und ein Regieraum.

### Verwendung der Anlage bei der Geräteausbildung

Während der Geräteausbildung können von den Teilnehmern alle Schaltfunktionen sofort ausgeführt werden. Die Teilnehmer bekommen dazu einen Arbeitsbogen, auf dem sie ihre Eintragungen vornehmen müssen. Der Vorteil ist, daß es hier nicht bei der Theorie bleibt; durch praktische Erfahrungen wird das Wissen vertieft. Die Erklärungen über Wechselverkehr, Gegenverkehr und Relaisverkehr werden dadurch wesentlich erleichtert. Um Spielereien während der Erklärungen zu verhindern, werden vom Lehrplatz immer nur die Geräte eingeschaltet, die gerade die Schaltübungen durchführen sollen.

## Verwendung bei Sprechfunkübungen

Bei der ersten Sprechfunkübung wird ein gemeinsamer Funkverkehrskreis von 12 Funkteilnehmern mit einer gemeinsamen Gegenstelle aufgebaut. Alle Teilnehmer arbeiten zunächst nur im Wechselverkehr.

Die Funknachrichten sind vorbereitet. Der Teilnehmer braucht sich nur auf die Betriebsabwicklung zu konzentrieren. Im Verlauf der Übung werden sowohl die Verkehrsformen als auch die Verkehrsarten geändert.

Bei einer weiteren Funkübung können den Teilnehmern Farbdias und Ausschnitte von Filmen gezeigt werden. Diese Aufnahmen zeigen Unglücksfälle und Katastrophen; sie stellen den Teilnehmer mitten in das Geschehen. Auf Grund dieser Informationen sind Funknachrichten zu formulieren und abzusetzen.

Aus dem angrenzenden Regieraum können Geräusche und Lautsprecherdurchsagen eingespielt werden, die ebenfalls in Funknachrichten umzusetzen sind. Die Sprechfunkübung wird dadurch ab-

wechslungsreich; es werden die Anforderungen nachgestellt, die im Einsatz auf den Sprechfunker zukommen. Für die Lehrkraft ist es möglich, sofort einzugreifen, falsches Verhalten kann sofort korrigiert werden. Alle Teilnehmer stehen unmittelbar im Geschehen und erleben alles mit.

## Vorteile der Funkübungsanlage

Durch den unmittelbaren Zugriff des Lehrers werden die Leistungen der Teilnehmer erheblich gesteigert. Jeder Teilnehmer wird gleich gefordert. Er erkennt sowohl die eigenen Fehler, als er auch aus denen der anderen lernt. Es entsteht kein Zeitverlust mehr, da alles im Lehrsaal vorhanden ist. Die gesamte Anlage kann von einer Person bedient und überwacht werden. Auch die Kosten sind wesentlich geringer, weil nur noch für einen Übungstag Betriebskosten für Sprechfunkfahrzeuge anfallen. Das Unfallrisiko ist auf ein Minimum reduziert. Auch während eines Gewitters kann die Funk-

übung weiterlaufen. Es wird kein Einsatzkanal belegt. Seit Inbetriebnahme der Anlage sind die durchschnittlichen Leistungen der Helfer erheblich gestiegen, dies kann durch die Prüfungsergebnisse nachgewiesen werden. Die Investitionskosten haben sich somit innerhalb kurzer Zeit amortisiert.

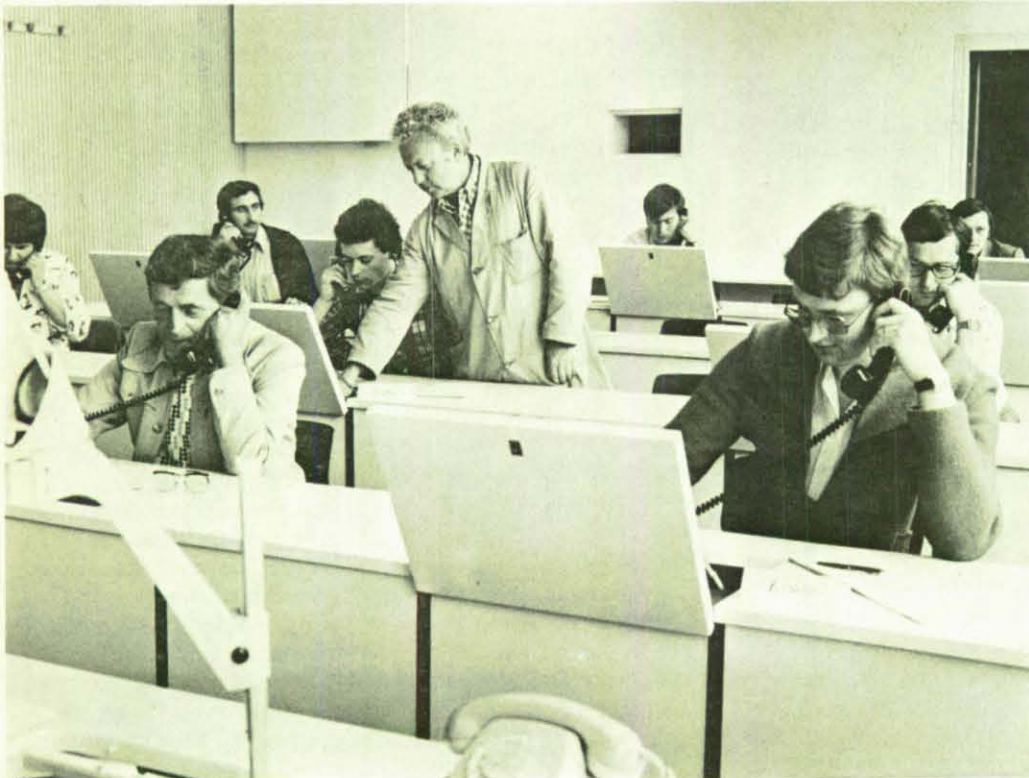
Trotz dieser modernen und bewährten Anlage darf auf eine Sprechfunkübung im Gelände nicht verzichtet werden. Jeder Teilnehmer muß die Gelegenheit be-

kommen, Sprechfunkverbindungen über weite Entfernungen, im ungünstigen Gelände und unter Störungen abzuwickeln. Auch die Wahl der Standorte für Funkstellen kann nicht im Lehrsaal geübt werden.

Nur in der Kombination zwischen Funkübungsanlage und dem Funkfahrzeug in der Praxis ist eine Sprechfunkausbildung optimal. Damit kann die Ausbildung für Sprechfunker den Anforderungen gerecht werden, die an diese gestellt werden.



Oben: Überprüfung während der Sprechfunkübung.



Links: Hilfestellung durch den Lehrer. Im Hintergrund der Film- und der Regieraum.

Peter Eykmann, Mitglied des Landtages von Nordrhein-Westfalen

## Neues Katastrophenschutzgesetz in NRW

# KatSG NW berücksichtigt die Erfahrungen der Vergangenheit

Planungs- und Organisationsprobleme sollen durch das neue Gesetz vom 14. Dezember 1977 besser gelöst werden

### Neues Katastrophenschutzgesetz in NRW

Etwas mehr als anderthalb Jahre benötigten der nordrhein-westfälische Landtag und seine Ausschüsse für innere Verwaltung und für Kommunalpolitik, Wohnungs- und Städtebau sowie für Landesplanung und Verwaltungsreform für die Beratung des Katastrophenschutzgesetzes Nordrhein-Westfalen (KatSG NW). Nachdem der Landtag in seiner 63. Sitzung am 14. Dezember 1977 dem vom nordrhein-westfälischen Innenminister Dr. Burkhard Hirsch (F.D.P.) eingebrachten Gesetzentwurf mit den Stimmen von F.D.P. und SPD zustimmte – die oppositionelle CDU lehnte das Katastrophenschutzgesetz NW ab – konnte es nunmehr am 1. Januar 1978 in Kraft treten.

### Gegen Kompetenzstreitigkeiten

Wesentliches Ziel des neuen KatSG NW ist es, einem möglichen Kompetenzgerangel zwischen den verschiedenen Katastrophenschutzbehörden und den unterschiedlichen Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes vorzubeugen. Nicht zuletzt hat man in Nordrhein-Westfalen aus den Erfahrungen der niedersächsischen Waldbrandkatastrophe gelernt. Um organisatorische Reibungsverluste und Kompetenzstreitigkeiten bei der Katastrophenabwehr zukünftig zu verhindern, wurden unter anderem den Aufsichtsbehörden ein verstärktes Weisungsrecht und im Einsatzfall auch besondere Einsatzbefugnisse zuerkannt. Um der Vielschichtigkeit von Katastrophen sinnvoll begegnen zu können, sieht das KatSG im § 1 vor, daß „Träger des Katastrophenschutzes das Land, die Kreise, die kreisfreien Städte und diejenigen kreisangehörigen Gemeinden sind, denen diese Aufgabe durch Rechtsverordnung übertragen worden ist“. Dieser mehrstufigen Trägerschaft des Katastrophenschutzes entspricht eine mehr-

gliedrige Aufsicht, die für die kreisangehörigen Gemeinden beim Oberkreisdirektor, für die Kreiskatastrophenschutzbehörden beim Regierungspräsidenten und beim Innenminister als oberster Aufsichtsbehörde liegt. Den Aufsichtsbehörden steht sowohl ein allgemeines Weisungsrecht (§ 5 KatSG NW) als auch ein verstärktes Weisungsrecht im Einsatzfall zu. Darüber hinaus gibt das neue KatSG auch die Möglichkeit des Selbsteintritts, das heißt, daß die Aufsichtsbehörde die Befugnisse der ihrer Aufsicht unterstehenden Katastrophenschutzbehörden selbst ausüben kann oder die Ausübung einem anderen übertragen kann, wenn der Hauptverwaltungsbeamte entsprechende Weisungen nicht innerhalb bestimmter Frist bzw. unverzüglich ausführt (§ 7 KatSG).

### 200 000 Helfer in NRW

Sprecher aller drei im Landtag vertretenen Fraktionen würdigten das unermüdete Engagement der mehr als 200 000 im Katastrophenschutz ehrenamtlich tätigen Helfer. Die privaten und öffentlichen Hilfsorganisationen sollen folgende Fachdienste aufstellen: 1. Brandschutzdienst, 2. Bergungsdienst, 3. Instandsetzungsdienst, 4. Sanitätsdienst, 5. ABC-Dienst, 6. Betreuungsdienst, 7. Fernmeldedienst und 8. Versorgungsdienst. Alle privaten Hilfsorganisationen, die auf Grund des Gesetzes über die Erweiterung des Katastrophenschutzes bereits ihre Mitwirkung im Katastrophenschutz erklärt haben, brauchen keine eigene Erklärung nach Landesrecht mehr abzugeben. Hiermit ist auch bereits die Eignung der Organisation dann festgestellt.

Einem Wunsche des Technischen Hilfswerks, es als eigene Organisation im KatSG aufzuführen, konnte der Landesgesetzgeber aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht stattgeben. Die Mitwirkung des Technischen



MdL Peter Eykmann (F.D.P.), Leiter der BVS-Dienststelle Recklinghausen.

Hilfswerks im friedensmäßigen Katastrophenschutz wird durch andere Rechtsvorschriften ermöglicht.

Auch zukünftig wird die Möglichkeit bestehen, Regieeinheiten dann aufzustellen, wenn diese Aufgaben nicht durch die zur öffentlichen Katastrophenhilfe verpflichteten oder durch die privaten Hilfsorganisationen erfüllt werden können (§ 11 KatSG NW).

### Vorbereitungsmaßnahmen gesetzlich festgelegt

Jede Katastrophenabwehr kann nur dann im Ernstfalle funktionieren, wenn rechtzeitig die geeigneten und notwendigen vorbereitenden Maßnahmen getroffen sind. Folgerichtig schreibt das KatSG NW vor, daß eine Katastrophenschutzleitung unter gleichzeitiger Bildung eines Beraterstabes errichtet wird, Katastrophenschutzpläne aufgestellt werden und die Zusammenarbeit zwischen Behörden, Einrichtungen

und Einheiten der im Katastrophenschutz Mitwirkenden erprobt werden. Hierzu gehört auch die Durchführung von Übungen und Ausbildungsveranstaltungen. Die vom Gesetz geforderte Katastrophenschutzleitung tritt mindestens einmal jährlich zusammen, „um insbesondere die Vorbereitungsmaßnahmen zu überprüfen und veränderten Gegebenheiten anzupassen. Sie hat ihre Einsatzbereitschaft durch Ausbildung und Übungen sicherzustellen“ (§ 17 KatSG). Der von den Hauptverwaltungsbeamten zu bildende Stab nach § 7 Abs. 3 des Gesetzes über die Erweiterung des Katastrophenschutzes ist Teil der Katastrophenschutzleitung. Zu den Vorbereitungsmaßnahmen gehört sowohl die Aufstellung von Katastrophenschutzplänen als auch die Erstellung von Sonderschutzplänen für besondere Gefahrenobjekte. Im Einsatzfall werden an der Schadensstelle technische Einsatzleitungen gebildet.

### Keine neuen Kosten erwartet

Sehr lange wurde in den beteiligten Ausschüssen über die Kostenauswirkung des neuen Katastrophenschutzgesetzes diskutiert. Während die Opposition behauptete, daß hierdurch zusätzliche Kosten entstehen würden, wurde von den Koalitionsfraktionen und vom Innenminister der Standpunkt vertreten, daß für die Gemeinden, die bisher ihren Aufgaben im Katastrophenschutz nachgekommen sind, keine zusätzlichen neuen Kosten entstehen.

### Gesetz mit Leben erfüllen

Der Katastrophenschutz in Nordrhein-Westfalen hat mit diesem

Gesetz eine eigenständige gesetzliche Grundlage erhalten. Erfahrungen in der Vergangenheit haben ihren Niederschlag in diesem Gesetz gefunden und zu Verbesserungen im organisatorischen Bereich beigetragen. Dieses Planungs- und Organisationsgesetz wird jedoch nur dann lebendige Wirklichkeit werden, wenn nach wie vor die Bereitschaft der Bürger zur Mitar-

beit an öffentlichen Aufgaben besteht. Dieses Gesetz mit Leben zu erfüllen, wird wesentlich an den beteiligten Organisationen und Helferinnen und Helfern liegen. Das Katastrophenschutzgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen wird dazu beitragen, Planungs- und Organisationsprobleme im Katastrophenschutz besser als in der Vergangenheit zu lösen.

## Großes Verdienstkreuz für den 1. Vorsitzenden des Landesfeuerwehrverbandes NRW

Innenminister Dr. Burkhard Hirsch überreichte am Montag, dem 16. Januar 1978, in Düsseldorf dem 1. Vorsitzenden des Landesfeuerwehrverbandes Nordrhein-Westfalen, Bezirksbrandmeister a. D. und Oberbaurat a. D. Willi Real aus Ennigerloh, das ihm vom Bundespräsidenten verliehene Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland.

Als herausragende Leistung Reals wertete Minister Dr. Hirsch vor allem den Zusammenschluß der beiden bis 1974 bestehenden Verbände der Freiwilligen Feuerwehr (Feuerwehrverband Nordrhein e. V. und Westfälisch-Lippischer Feuerwehrverband) zu einem gemeinsamen „Landesfeuerwehrverband Nordrhein-Westfalen e. V.“ mit derzeit rund 80 000 Mitgliedern. Seit 1975 ist Willi Real 1. Vorsitzender des Verbandes.

Der Innenminister wies anläßlich der Ordensverleihung erneut auf die Bedeutung des Katastrophenschutzgesetzes und des Gesetzes über den Feuerschutz und die Hilfeleistung bei Unglücksfällen und öffentlichen Notständen hin, durch die für die Feuerwehr in den letzten Jahren ein ausgezeichnetes gesetzliches Instrumentarium geschaffen wurde, um den Gefahren des Alltags bis hin zur Eskalation dieser Gefahren, der Katastrophe, wirksam begegnen zu können. Welch große Bedeutung der Arbeit der Feuerwehrmänner in Nordrhein-Westfalen zukommt, unterstrich Dr. Hirsch mit Zahlen: So wurden bei-

spielsweise im vorletzten Jahr (jüngere Zahlen liegen noch nicht vor) 49 000 Brände bekämpft, rund 56 000 technische Hilfeleistungen und über eine Million Einsätze im Krankentransport und Rettungsdienst durchgeführt. Bei allen Einsätzen haben die Feuerwehren nach Ansicht des Innenministers bewiesen, daß dem Land NRW das entscheidende Potential zur Abwehr von Gefahren zur Verfügung steht.

Unser Foto von der Verleihung der Auszeichnung an Willi Real zeigt von rechts nach links: Innenminister Dr. Hirsch, Willi Real, Ministerialdirigent Knop, Dr. Mingenbach (Vors. der Werkfeuerwehren), Dr. Dr. Bach (Vors. AGBF).



## STELLENAUSSCHREIBUNG

Im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten ist im Referat „Ernährungsvorsorge“ die Stelle eines

### Sachbearbeiters

zu besetzen.

**Aufgabengebiet:** Bearbeitung von Angelegenheiten der Alarmplanung, insbesondere Erstellen von ergänzenden fachlichen Erläuterungen zu Alarmmaßnahmen aus dem Bereich des BML, Mitwirkung bei NATO-Angelegenheiten, Vorbereitung von und Mitwirkung bei Übungen und Planspielen.

**Anforderungen:** Prüfung für die Laufbahn des gehobenen technischen Dienstes in der allgemeinen und inneren Verwaltung oder einer gleichwertigen Laufbahn; Angestellte mit entsprechenden Fähigkeiten und Erfahrungen. Kenntnisse auf dem Gebiet der zivilen Verteidigung möglichst im Bereich der Alarmplanung.

Gute englische Sprachkenntnisse sind erforderlich; französische Sprachkenntnisse sind erwünscht.

**Bewertung:** Laufbahngruppe des gehobenen Dienstes (möglichst Eingangsamts) bzw. erfolgreicher Einarbeitung Vergütungsgruppe IVa BAT.

Bei gleicher Eignung wird Schwerbehinderten der Vorzug gegeben. Bewerbung mit Lebenslauf, beglaubigten Zeugnisunterlagen und Lichtbild sind bis zum **10. März 1978** unter Kenn-Nr. 283 an das

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten  
Postfach 14 02 70,  
5300 BONN 1,

zu richten.

Persönliche Vorstellung nur nach vorheriger Vereinbarung.



Hans Peter Kaufner

Nach Jumbo-Absturz

## Hilfskrankenhaus alarmmäßig in Betrieb genommen

Großangelegte Übung in Lüneburg

Am 4. November lag noch in den späten Vormittagsstunden dichter Nebel über Lüneburg. Der Turm der altherwürdigen Johanniskirche war nicht erkennbar, als kurz vor zwölf Uhr dumpfes Dröhnen von Düsenmotoren eines Flugzeuges und wenig später darauf eine starke Explosion zu hören waren. Aus der Richtung des Güterbahnhofes sah man durch den Nebel Flammen lodern.

Die einige Minuten später aufheulenden Sirenen schreckten die Bürger aus ihrer Ruhe auf; das Sirensignal „Katastrophenalarm“ rief den Katastrophenschutz der Stadt und des Landkreises Lüneburg zum Einsatz.

### 200 Verletzte

Im Einsatzstab des Oberkreisdirektors erfuhr man den Grund dieses Alarmes: Man wollte im Rahmen einer Übung das vor einem Jahr im Ortsteil Oedeme fertiggestellte unterirdische Hilfskrankenhaus unter ernstfallähnlichen Be-

in der Umgebung voll belegt. Die Inanspruchnahme des für einen möglichen Verteidigungsfall geschaffenen Hilfskrankenhauses in Oedeme mit seinen 400 Patientenbetten wurde deshalb erforderlich.

Und nun wurde für die Helferinnen und Helfer der Katastrophenschutzorganisationen die Übungsannahme zum Prüfstein des Könnens. Nun konnten sie beweisen, daß sich ihre in unzähligen freiwilligen Ausbildungsstunden erworbenen Fachkenntnisse auch in die Praxis umsetzen lassen, daß es sich gelohnt hat, diese Kenntnisse zu erwerben.

### Unter einsatzmäßigen Bedingungen

Der Leiter der Katastrophenschutzbehörde, Oberkreisdirektor Harries, koordinierte den Einsatz aller ihm zur Verfügung stehenden Einsatzinheiten und -kräfte und konnte dabei auch die Funktion seines Einsatzstabes erproben.

Pausenlos lieferten die Fahrzeuge der Hilfsorganisationen die „Verletzten“ – über 200! – vor dem Hilfskrankenhaus in Lüneburg-Oedeme ab.



dingungen in Betrieb nehmen. Die Übungslage ging von dem Absturz eines Jumbo-Jets aus. Dabei waren mehr als 200 Menschen so schwer verletzt worden, daß die stationäre Aufnahme dieser Opfer in Krankenhäusern erforderlich wurde. Als Folge einer Grippe-Epidemie waren jedoch alle Krankenhäuser in Lüneburg sowie

Die Aufgabe für die Katastrophenschutzorganisationen bestand darin, an der Absturzstelle Menschen aus den Trümmern zu bergen, verletzte Personen an zwei Sammelstellen notärztlich zu versorgen und den Transport in das Hilfskrankenhaus zu veranlassen. Schwerverletzte wurden mit Hubschraubern befördert; nicht geh-

fähige Verletzte wurden im pausenlosen Einsatz mit Hilfe von Krankenwagen dem Hilfskrankenhaus zugeführt. Es wurde mit Blaulicht und Martinshorn quer durch die Stadt gefahren. So konnte man auch den Verletzten-transport unter erschwerten Bedingungen erproben, das Verhalten der übrigen Verkehrsteilnehmer testen und daraus für die Verkehrslenkung entsprechende Schlüsse ziehen.

### Schnell betriebsbereit

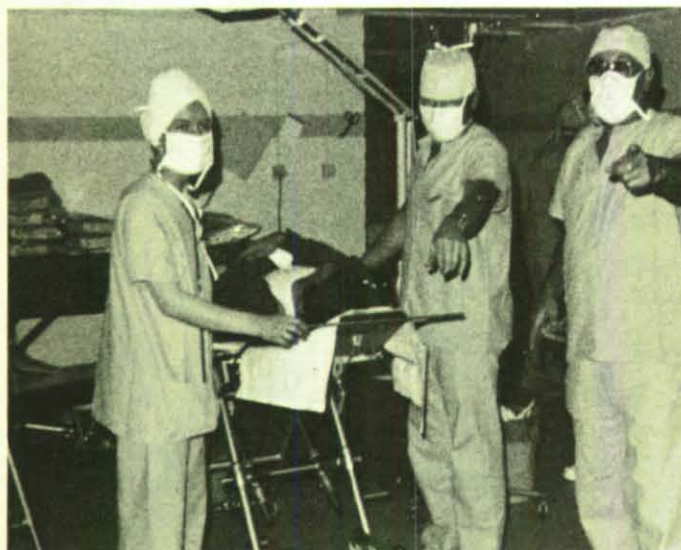
Im Hilfskrankenhaus selbst liefen die vorher in Alarmplänen festgelegten Arbeiten nach anfänglichen Schwierigkeiten reibungslos ab. Die in Kisten „eingemotteten“ Einrichtungsgegenstände sowie die ärztlichen Gerätschaften waren in kürzester Zeit betriebsbereit. Chefarzt Dr. Kricke stellte mit seinem Ärzteteam und den ihm zur Seite stehenden Schwestern und Schwesternhelferinnen in kürzester Zeit die Funktionsfähigkeit des Krankenhauses her. Als die ersten Verletzten eingeliefert wurden, konnten sie sofort fachgerecht behandelt werden.

### Kritische Beobachter

Die Übung fand unter den Augen zahlreicher Beobachter aus den Bundesländern, der niedersächsischen Landesregierung sowie aus Regierungsbezirken, Landkreisen und Städten statt. Der Leiter der Abteilung Zivilverteidigung im Bundesinnenministerium, Ministerialdirektor Peter Menke-Glückert, bezeichnete die Bunkeranlage unter dem Schulzentrum Oedeme mit ihrer 400-Betten-Kapazität, moderner medizinisch-technischer Ausrüstung als „optimal auf diesem Sektor“. Er forderte nachdrücklich eine bessere Einordnung des Zivilschutzes (einschließlich des Katastrophenschutzes) in den Gesamtrahmen der Zivilverteidigung und würdigte dabei die oft verkannte freiwillige Mitarbeit der Helfer, deren persönliches Engagement auch bei dieser Übung unter Beweis gestellt wurde.



Die „Verletzten“ der Jumbo-Katastrophe wurden in der Aufnahmeschleuse des Hilfskrankenhauses registriert und zur Behandlung weitergeleitet.



Die schweren „Fälle“ kamen unverzüglich in einen der OP des Hilfskrankenhauses, die ebenfalls alarmmäßig in Betrieb genommen waren.



Blick in die Küche des Hilfskrankenhauses. Die modernen Kochanlagen sind für die Verpflegung von über 500 Personen ausgelegt.

### Erfahrungsbericht wird vorgelegt

In der abschließenden „Manöverkritik“ wurde nicht nur das gute Zusammenwirken der Hilfsorganisationen als positiv beurteilt, sondern auch festgestellt, daß eine Reihe von Führungs-

fehlern erkannt worden seien, die in der Stunde der wahren Not vermieden werden können. Das Ergebnis der Übung soll nach einer eingehenden Analyse in Kürze der Öffentlichkeit vorgelegt werden, damit alle Katastrophenschutzbehörden daraus Erkenntnisse ziehen können.

## Hilfskrankenhaus Lüneburg-Oedeme in Stichworten

Das unterirdische Hilfskrankenhaus Lüneburg-Oedeme gewährt als Bauwerk Schutz gegen:

- Einsturz und Trümmerwirkung von Gebäuden
- Brandeinwirkung und Brandwaffen
- radioaktive Rückstandsstrahlung
- biologische Kampfmittel und chemische Kampfstoffe

Bauzeit: 1970 bis 1975

Umbauter Raum: 11 000 cbm

Nutzfläche: 2 600 qm

Anzahl der Räume: 84

Das Hilfskrankenhaus ist ein chirurgisches Krankenhaus mit Abteilungen für:

- Allgemeine Chirurgie
- Gynäkologie
- Hals-, Nasen-, Ohrenbehandlung
- Augenbehandlung

Die Abteilungen sind in 8 Stationen eingeteilt für Frischoperierte, für Männer, für Frauen und Kinder.

Insgesamt sind an Betten vorhanden:

398 für Kranke

96 für das Personal

Zum Funktionsteil gehören:

2 Operationsräume

mit 5 OP-Tischen

Sterilisations- und Vorbereitungsräume

Ambulanz- und Gipsräume

Röntgen- und Laborräume

Entgiftungsteil

Betriebstechnische Anlagen:

eigene Stromversorgung

eigene Wasserversorgung

lüftungstechnische Anlagen für

Normal- und Schutzbelüftung

notwendige sanitäre und elektrische Anlagen.

Der Personalbedarf beträgt:

84 Kräfte im medizinischen und

im pflegerischen Bereich

44 sonstige Kräfte.

Die gesamten Kosten für die Herstellung, die Wartung und die Instandhaltung trägt der Bund.

Baukosten:

DM 4 100 000

Wert der Ausstattung:

DM 900 000

Dr. Konrad Kraemer

Ein bisher wenig beachtetes Thema:

## Kulturgüter – im Ernstfall verloren?

Schutz von Kulturgut ist notwendig und möglich

**Der nachfolgende Beitrag über die Notwendigkeit, im Verteidigungsfall mehr als das nackte Leben zu retten – ein Plädoyer für den Schutz des Kulturgutes – stammt aus der Feder von Dr. Konrad Kraemer, dem Chefredakteur der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA). Dr. Kraemer stellte diesen Artikel dem ZS-MAGAZIN freundlicherweise zum Abdruck zur Verfügung.**

Ein Thema, das von vielen gescheut wird: der Schutz von Kulturgütern bei bewaffneten Konflikten. Die Abneigung gegen eine Erörterung dieses Themas ist gewiß verständlich, denn wer von der Möglichkeit eines neuerlichen Krieges in unserem Land und damit in Europa spricht, gilt bei den einen als Phantast, bei den anderen als Revanchist. Eine solche Auffassung ist jedoch ebenso töricht wie kurzsichtig. Der Schutz unserer Kulturgüter vor Gefahren jeder vorstellbaren Art ist eine Aufgabe, der wir uns nüchtern und verantwortungsbewußt stellen müssen.

Im internationalen politischen Bereich ist das übrigens längst geschehen. Nicht nur die Umweltgefahren für Baudenkmäler sind – zuletzt noch im Europäischen Jahre des Denkmalschutzes – klar angesprochen worden, sondern auch die möglichen Verluste durch die Zerstörungskraft moderner Waffen. Gestützt auf die Erfahrungen des 2. Weltkrieges hat sich die Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) der Frage des

notwendigen Schutzes unserer Kulturgüter angenommen und im Jahre 1954 mit dem Ziele der Fixierung einer internationalen Regelung eine Staatenkonferenz nach Den Haag einberufen. Die Konferenz endete am 14. Mai 1954 mit der Unterzeichnung der „Konvention zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten“ (Kulturgutschutzkonvention). Die Bundesrepublik Deutschland hat diese Kon-

vention am 11. April 1967 durch ein Gesetz ratifiziert.

### Nur das nackte Leben sichern?

Die praktische Ausführung dieses Gesetzes – seit 1971 den Bundesländern übertragen – stößt allerdings auf nicht unerhebliche psychologische, organisatorische und finanzielle Schwierigkeiten. Beginnen

wir mit den psychologischen: Wie will man – so wird argumentiert – im Falle eines bewaffneten Konfliktes tatsächlich wirksamen Schutz von Kulturgütern gewährleisten, solange nicht einmal das bedrohte Leben der Zivilbevölkerung sicher geschützt werden kann?

Zweifellos trifft zu, daß ein Krieg nicht nach den Regeln der Denkmalpflege geführt werden würde. Doch reicht es andererseits gewiß nicht aus, die Anstrengungen der Zivilverteidigung lediglich darauf zu richten, das nackte physische Überleben einer größtmöglichen Zahl von Menschen zu sichern. Auch trifft nicht notwendigerweise die Annahme zu, daß im Ernstfall ohnehin alles verloren und nur die totale Vernichtung vorstellbar ist. Die Erfahrungen des 2. Weltkrieges und unsere Erkenntnisse vom modernen Stand der Waffentechnik sprechen vielmehr dafür, dem Kulturgutschutz einen ziemlich hohen Stellenwert im Gesamtsystem der Zivilverteidigung beizumessen.



**Kulturgüterschutz soll das kulturelle Erbe bewahren: Dieses historische Foto zeigt einen durch Bombentreffer verwüsteten Raum der National Gallery London, in dem wertvolle römische Funde untergebracht waren.**



**Viele unersetzliche Werte werden in unseren Museen präsentiert – hier ein Blick in einen Saal des Wallraf-Richartz-Museums in Köln.**

### Schätzenswerte Objekte kennzeichnen

Natürlich wäre es unsinnig, wollte man nicht auch die relativ engen Grenzen sehen, die der Wirksamkeit von Schutzmaßnahmen gesteckt sind. Die Haager Konvention spricht da in Artikel drei eine sehr wichtige Voraussetzung an, nämlich die Verpflichtung zur gegenseitigen Respektierung der Unverletzlichkeit von Kulturgütern, wenn diese durch das Schutzzei-

chen der Konvention gekennzeichnet sind. Erfassung, Bewertung und Kennzeichnung aller schützenswerter Objekte sind darum unabwendbare und dringliche Aufgaben.

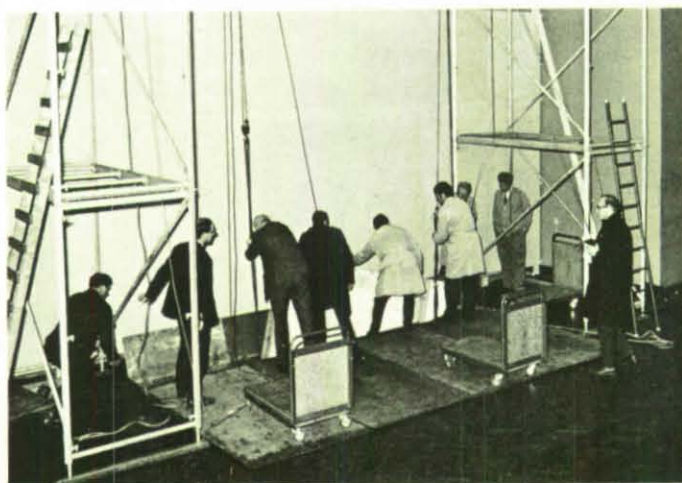
Weitere Überlegungen richten sich auf die technische Möglichkeit bzw. Unmöglichkeit von Schutzmaßnahmen bei bestimmten Objekten. Immerhin haben die Prüfungen der Experten bei amerikanischen Atomversuchen ergeben, daß unter der Erdoberfläche befindliche Lager, Keller und Bunker bei entsprechender Ausrüstung und Ausstattung nahezu sicheren Schutz von beweglichem Kulturgut gegen die Auswirkungen der ABC-Waffen bieten. Selbst das nicht unterirdisch lagerbare Kulturgut kann gegen bestimmte Auswirkungen atomarer Waffen, moderner Flächenwaffen und herkömmlicher Sprengbomben auch heute mittels der im letzten Weltkrieg angewendeten Techniken ziemlich wirksam gesichert werden, allerdings unter Einsatz neuer Materialien, zum Beispiel Ausschäumung von Hohlräumen zwischen Sicherungsplatten aus Beton mit Kunststoff. Sogar für den Schutz von Baudenkmalern wie Kirchen und historischen Gebäuden haben niederländische Experten neue Methoden entwickelt, die sich zwar noch im Stadium der Erprobung befinden, jedoch Erfolg versprechen.

### Keineswegs unvorstellbare Kosten

Der Schutz von Kulturgütern ist also auch im Atom-Zeitalter durchaus möglich, und nicht einmal besonders teuer. So würden etwa die Kosten für Kulturschutzräume bei Neubauten von Museen oder Kulturzentren in der Regel kaum mehr als zwei Prozent der gesamten Bausumme betragen.



Das sich verstärkende Interesse der jungen Generation an der alten wie modernen Kunst beweist, daß Kunst auch ein Stück „Lebensqualität“ – die es zu erhalten lohnt – darstellt.



Oben: Im Amsterdamer Rijksmuseum sind „Evakuierungsmaßnahmen“ vorbereitet. Gemälde aus dem Rubenssaal werden durch Falltüren in Sicherheit gebracht.



Links: Bereits praktizierte Schutzvorkehrungen: Im Museum für schöne Künste in Antwerpen können die Gemälde durch eine Falltür in einen Schutzkeller gleiten. Unser Foto zeigt den Weg eines Bildes von seinem Aufhängungsort in das darunter befindliche Geschoß.

Nach einer von den Bundesländern grundsätzlich gebilligten Planung des Bundesministeriums des Innern ist vorgesehen, bis zum Jahr 1983 die Erfassung und Bewertung schützenswerter Objekte in der Bundesrepublik abzuschließen, die erforderlichen Kennzeichen zu beschaffen und anzubringen, nach dem Vorbild der Schweiz eine Kulturgutkarte der Bundesrepublik zu veröffentlichen und mit der photogrammetrischen Bestandsaufnahme geschützter Kulturbauten zu beginnen. Ferner soll ein Programm für den Bau von Kulturgutschutzräumen abgeschlossen, mit der finanziellen Förderung des Schutzraumbaus begonnen und das Personal ausgebildet werden, das im Ernstfall die erforderlichen Schutzmaßnahmen am Ort durchzuführen hätte. Dieses Programm würde insgesamt 70 Millionen DM kosten, jährlich also 10 Millionen DM. Das ist ein Betrag, der die Finanzen des Bundes und der Länder sicherlich nicht überfordert.

### Nicht unvorbereitet sein

Erfreulicherweise ist es heute fast selbstverständlich, daß sich Bürger in Gemeinden, Städten und Kreisen, daß sich ferner Landschaftsverbände, Bundesländer und der Bund und nicht zuletzt die Kirchen für die Erhaltung wertvoller alter Kulturbauten und Kunstwerke in Friedenszeiten einsetzen. In gleicher Weise sollte es auch selbstverständlich werden, daß jeder alles Mögliche und in seinen Kräften Stehende tut, um auch für den Fall einer kriegerischen Auseinandersetzung den Schutz unserer Kulturgüter tatkräftig zu versuchen. Fest entschlossener Friedenswille kann nicht bedeuten, für den Konfliktfall völlig unvorbereitet zu sein.

JUH verstärkt ihren Bundeskatastrophenzug

## In 24 Stunden einsatzbereit

Johanniter und Diakonisches Werk rüsten sich auch für Einsätze im Ausland



Oben: Blick in das neue Lager der KELA in Deutz: Verladebereit ist die Ausrüstung für die Feldlazarette gelagert. – Unten: Jede Kiste ist an ihrem Ort – Ausrüstung für die einzelnen Einsatztrupps.



Die Johanniter-Unfall-Hilfe sieht in der Abwehr von Gefahren, die der Bevölkerung durch Einwirkung von Naturkräften oder menschliches Handeln drohen, eine satzungsgemäße Aufgabe, der sie sich jederzeit widmet. Die Aktivitäten der ehrenamtlichen Johanniter im Bereich des Katastrophenschutzes beschränken sich allerdings nicht nur auf die Bundesrepublik Deutschland. Weltweit ist die Johanniter-Unfall-Hilfe für materiellen und personellen Hilfe bereit. Für die Planung und Leitung der Auslandseinsätze wurde die „KELA“, die Katastropheneinsatzleitung Ausland, geschaffen.

### Seit 13. Januar in Betrieb

Der KELA steht der Bundeskatastrophenzug und ein umfangreiches Materiallager zur Verfügung. In diesem Lager in Köln-Deutz werden neben der Ausrüstung des Bundeskatastrophenzuges vor allem Verbandmaterial, Medikamente, Decken, Zelte, Betten usw. für Einsätze bereitgehalten.

Das Materiallager wurde am 13. Januar 1978 in Betrieb genommen (vgl. Bericht in diesem Heft auf der Seite 61). In diesem Lager sind komplette Feldlazarette mit je 400 Betten und dem dazugehörigen Material stationiert. Die Ausstattung der Feldlazarette umfaßt folgende Geräte:

- komplettes chirurgisches Instrumentarium
- Röntgenausstattung
- Laboratorium
- EKG
- Pflegeausstattung
- Zelte.

### Partnerschaft mit Diakonischem Werk

Das Diakonische Werk der EKD, das ebenso wie die Johanniter-Unfall-Hilfe im Katastrophenstab des Bundesinnenministeriums vertreten ist, hat die Finanzierung der Feldlazarette übernommen.

Seit fünf Jahren besteht eine vertragliche Regelung zwischen dem Diakonischen Werk und der JUH bezüglich Hilfsmaßnahmen bei Auslandskatastropheneinsätzen. Diese Partnerschaft hat sich in den letzten Jahren schon vielfach bewährt. Bei Erdbeben, Flutkatastrophen, Bürgerkriegen, Flüchtlingsbetreuungen, Hunger- und Dürrekatastrophen in Jordanien, Ostpakistan, Indien, Bangla Desh, Äthiopien,



Einmal zur Besichtigung aufgebaut ist hier das Material der OP-Trupps.



Über eine breite Rampe können die Fahrzeuge in kürzester Zeit beladen werden.

Türkei und Italien konnte die JUH dank der großzügigen Unterstützung des Diakonischen Werkes helfend tätig werden.

Durch den Ankauf von zwei 400-Betten-Lazaretten ist eine Ausweitung des Bundeskatastrophenzuges möglich. Weiterhin stehen die Geräte der JUH für Einsatz- und Ausbildungszwecke zur Verfügung. Es ist eine Aufstellung von zwei Feldlazaretten zu 200 und einem zu 100 Betten geplant. Diese Feldlazarette sollen bundesweit auf die Standorte der JUH verteilt werden. Das restliche Material verbleibt als Reserve im Lager in Köln-Deutz.

### Einige Daten und Fakten

Der gesamte JUH-Bundeskatastrophenzug (500 Betten) beinhaltet:

- 48 Zelte für Helfer
- 3 Küchenzelte
- 20 OP-Zelte
- 10 Ambulanzzelte
- 3 Zelte für den medizinisch-technischen Bereich
- 50 Zelte für Patienten
- 27 Spezial- und Lastfahrzeuge.

Die Aufstellung des Katastrophenzuges ist in drei Stufen geplant. In der 1. Stufe ist  $\frac{1}{3}$  des Funktionstrupps, Küchentrupps, Trinkwasseraufbereitungstrupps, medizinisch-technischen



Anlässlich der offiziellen Inbetriebnahme des Lagers in Köln-Deutz erläuterte der Katastrophenschutz-Referent der JUH-Bundesleitung, Voigt (rechts), Ministerialdirektor Menke-Glückert und JUH-Präsident von Zawadzky (erste Reihe) die technischen Einrichtungen und Geräte.

Trupps sowie  $\frac{2}{5}$  des Operationstrupps, Ambulanzstrupps und Pflegetrupps innerhalb von 24 Stunden einsatzbereit. In der 2. Stufe wiederum  $\frac{1}{3}$  sowie  $\frac{2}{5}$  der jeweiligen fachspezifischen Trupps innerhalb von drei Tagen einsatzbereit. Die 3. und letzte Stufe kann nach sieben Tagen zum Einsatz gelangen.

Dipl.-Ing. Fritz Neckermann

## „Modell Straubing“

# Welchen Schutz bieten Altbauten?

Die Untersuchung des Schutzwertes vorhandener Gebäude soll erstmalig gesicherte Erkenntnisse bringen

Mitte vergangenen Jahres hat sich die Bundesregierung eingehend mit der Frage der zivilen Verteidigung befaßt. Schwerpunkt dabei war die Suche nach Möglichkeiten der Wiederbelebung des Schutzraumbaus. Zu diesem Zweck wurde ein Staatssekretärsausschuß eingesetzt, der Vorschläge zur Schutzraumfrage erarbeiten sollte. Dabei ging es in erster Linie um die Fortführung des öffentlichen Schutzraumbaus in modifizierter Form und um Wege, bei Neubauten eine nennenswerte Zahl von Schutzplätzen zu erreichen (vgl. Meldungen auf den Seiten „Umschau“ dieser Ausgabe).

## Was sind Altbauten?

Im Sinne des Schutzraumbaus sind aber sämtliche vorhandenen, sich im Bau oder in der Planung befindlichen Gebäude, die keinen Schutzraum aufweisen, Altbauten. Diese Altbauten sind in die oben genannten Überlegungen nicht einbezogen. Grundsätzlich werden zwar an nachträglich in bestehende Gebäude eingebaute Schutzräume dieselben Anforderungen gestellt wie an Schutzräume in Neubauten, die Verwirklichung ist aber schwieriger. Einmal muß sich die Planung mehr dem Einzelfall anpassen, die Bauausführung wird, da auf beengtem Raum gearbeitet werden muß, aufwendiger, und schließlich muß, um wirtschaftlich zu bleiben, die vorhandene Bausubstanz, die ja an sich schon einen gewissen Schutz bietet, sinnvoll mit einbezogen werden.

## „Modell Straubing“

Über den Wert dieser vorhandenen Bausubstanz lagen nun bisher keine gesicherten Erkenntnisse vor, deshalb hat der Bundesminister des Innern das Bundesamt für Zivilschutz aufgefordert – mit Hilfe des Bundesverbandes für den Selbstschutz – den Schutzwert vorhandener Gebäude in Relation zu den Forderungen des Grundschatzes an einem Modellfall zu untersuchen. Die Wahl fiel auf die Stadt Straubing in Niederbayern, dort



Oberbürgermeister Scherl (rechts) und Bürgermeister Bräuherr (links), hier im Gespräch mit Dipl.-Ing. Neckermann (Mitte) vom BVS, unterstützten die Modelluntersuchung tatkräftig.



Im Verbindungsbüro sorgten ORR Baetz, BZS (rechts), und Mitarbeiter Zettl für einen reibungslosen Ablauf der Untersuchung.



Die fünf ausgewählten Stadtbezirke waren zur Arbeiterleichterung noch in einzelne Blöcke aufgeteilt worden.

waren einmal sämtliche in der Bundesrepublik anzutreffenden Bauformen vorhanden, die Bereitschaft der Stadtverwaltung, die Untersuchung tatkräftig zu unterstützen, war außerordentlich groß, und im neuerstellten Katastrophenschutzzentrum der Stadt Straubing fanden sich günstige Arbeitsbedingungen.

## Die Anforderungen an das „Modell“

Zunächst wurde gemeinsam durch das Bundesministerium für Bauwesen, Städtebau und Raumordnung, das Bundesamt für Zivilschutz und den Bundesverband für den Selbstschutz das Untersuchungsprogramm erarbeitet. Dabei war es erforderlich, die vorhandene Bausubstanz der Kellerräume minuziös zu erfassen, um durch Gegenüberstellung mit den Forderungen der Bautechnischen Grundsätze für Hausschutzräume des Grundschatzes den Schutzwert jedes einzelnen Kellers zu ermitteln. Als nächstes mußte, mittels der aufgenommenen Daten, festgestellt werden können, was in jedem Einzelfalle zum vorschriftsmäßigen Grundschatz fehlt. Schließlich mußten noch städtebauliche Betrachtungen durchgeführt werden können, insbesondere hinsichtlich möglicher Brandgefährdung und Verträmmung, also Aufschluß darüber, ob in gewissen Stadtbezirken auch bei grundsätzlicher Eignung der Einzelgebäude überhaupt zum Bau von Schutzräumen geraten werden kann.

## Auswahl der Stadtbezirke

Da die gesamte Auswertung durch EDV erfolgen sollte, mußte der inhaltlich fertige Fragebogen noch EDV-mäßig gestaltet werden. Zwischenzeitlich wurden mit Hilfe der Stadt Straubing fünf Stadtbezirke bestimmt, in denen dann sämtliche Gebäude – etwa 1600 – untersucht werden sollten. Bezirk I ist die Straubinger Altstadt mit einem zum Teil jahrhundertalten Gebäudebestand; Gebiet II die Bahnhofsgegend (zum größten Teil zwischen den beiden Weltkriegen errichtet); im Gebiet III sind neben Schulen und gewerblichen Betrieben zahlreiche Wohnblöcke vorhanden. Beim Bezirk IV handelt es sich um ein eingemeindetes Dorf mit typisch ländlichem Charakter; und das Gebiet V stellt eine moderne Stadtrandsiedlung dar. Auf diese Art und Weise waren sämtliche Bauformen Gegenstand der Untersuchung, wodurch recht reprä-



Alle vorhandenen Bauformen wurden untersucht. Die Straubinger Altstadt mit ihren engen Gassen ebenso wie Gebäude aus der Jahrhundertwende und moderne Wohnblocks.



sentative Ergebnisse, nicht nur für Straubing und Niederbayern, sondern für die gesamte Bundesrepublik zu erwarten waren.

### Mitwirkung der Hausbesitzer

Um den repräsentativen Charakter der Untersuchung nicht zu gefährden, war es erforderlich, in möglichst alle Gebäude der ausgewählten Bezirke hineinzukommen. Deshalb wurde notwendig, die Hausbesitzer – für die keine Verpflichtung bestand, sich an dieser Untersuchung zu beteiligen – dazu zu bewegen, ihre Gebäude freiwillig untersuchen zu lassen. Zu diesem Zweck wurden alle Hausbesitzer über Presse, Rundfunk und Fernsehen

über die Untersuchung und ihre Ziele informiert, und zum anderen in persönliche Anschreiben durch den Oberbürgermeister der Stadt Straubing und den Präsidenten des Bundesamtes für Zivilschutz um ihre Mitwirkung gebeten. Schließlich wurden Hausbesitzer, die trotz einer freundlichen Mahnung die beiliegende Antwortkarte nicht zurückgesandt hatten, durch Mitarbeiter der BVS-Dienststellen Deggendorf, Landshut und Regensburg aufgesucht und in einem persönlichen Gespräch von der Notwendigkeit ihres Mitwirkens zu überzeugen versucht. Auf diese Art und Weise gelang es, 1601 Objekte mit 728 Gebäuden zu untersuchen; nur 57 Hausbesitzer haben den Erhebungsteams den Zutritt verweigert.

### Die praktische Durchführung

Die Untersuchung fand zwischen dem 3. Oktober und dem 15. Dezember 1977 statt; sie wurde von je drei Bediensteten des BZS und des BVS sowie von vier ehrenamtlichen Bauberatern des BVS durchgeführt. Diesen zehn Teamleitern war jeweils ein Bauzeichner aus Straubing und Umgebung als Hilfskraft zugeteilt. Der Einsatz dieser zehn Teams erfolgte durch das vom BZS im Straubinger Katastrophenschutzzentrum eingerichtete Verbindungsbüro. Dort liefen die Terminwünsche der angesprochenen Hausbesitzer zusammen und wurden an die einzelnen Teams weitergegeben.

### Die detaillierten Angaben

Die Erhebung eines einzelnen Gebäudes ging dann so vor sich, daß zunächst allgemeine Angaben über das Gebäude in den Erhebungsbogen eingetragen wurden. Dazu gehörten: Die Bauweise, die Art der baulichen Nutzung, das Verhältnis von Grundstücksfläche zur bebauten Fläche, die Bruttogeschoßfläche, die Zahl der Wohnungen, die Anzahl der Bewohner oder der sich üblicherweise dort aufhaltenden Menschen, die Traufhöhe. Dann folgten Angaben zur Beschreibung des Gebäudes, wie Baujahr, Bauweise, Ausführung von Decken, Wänden, Treppen und Dach sowie über die Energieversorgung des Gebäudes. Schließlich wurden als wesentlicher Teil der Untersuchung diejenigen Kellerräume ausgewählt, die zum nachträglichen Einbau eines Schutzraumes geeignet sind. Besondere Gesichtspunkte dabei waren die Raumgröße, Raumhöhe, Lage zum



Brennstoffvorratsraum sowie mögliche Fluchtwege. Von diesen Räumen wurden Skizzen angefertigt und genaue Angaben über die Abmessungen, die lichte Höhe, verwendete Baustoffe, vorhandene Öffnungen, Art und Zahl der durch den Raum führenden Versorgungsleitungen und Türen gemacht.

Eine Durchschrift dieser gesamten Feststellungen erhielt der Hausbesitzer, das Original kam zur Auswertung in die EDV-Anlage.

Bei nicht unterkellerten Gebäuden und bei Gebäuden ohne geeignete Keller wurden lediglich die Angaben festgehalten, die zur städtebaulichen Beurteilung erforderlich sind.

Den heutigen Bestimmungen entsprechende Schutzräume und trümmersichere Decken konnten nicht festgestellt werden; dafür wurden aber eine Reihe von Kellerräumen vorgefunden, die während des letzten Krieges schon als Schutzräume Verwendung fanden.

### Die Auswertung

Die ausgefüllten Erhebungsbogen werden in einer EDV-Anlage den Forderungen des Grundschutzes, insbesondere den vier Kriterien Trümmer-schutz, Strahlenschutz, Brandschutz und B + C-Waffen-Schutz (Dichtigkeit) gegenübergestellt.

Der daraus resultierende Ergebnisbogen einschließlich eines Katalogs möglicher Verstärkungsmaßnahmen wird jedem Hausbesitzer zugestellt. Zusammen mit der Durchschrift des Erhebungsbogens, die ihm bei der Untersuchung überlassen wurde, erhält der Hausbesitzer nun ein klares Bild über den Schutzwert seines Gebäudes sowie über die zum Erreichen des Grundschutzes erforderlichen Baumaßnahmen.

Dank des Einsatzes aller Mitarbeiter, der Unterstützung durch die Stadt Straubing und vor allem durch die bereitwillige Mitarbeit von über 95 Prozent der angesprochenen Hausbesitzer konnte die gesamte Erhebung ohne Schwierigkeiten termingerecht abgeschlossen werden.

Die EDV-Auswertung sowie der Ausdruck der Ergebnisbogen mit Maßnahmenkatalog wird bis Ende März abgeschlossen sein. Die Hausbesitzer erhalten diese Bögen dann mit der Bitte zurück, die angeführten Möglichkeiten zum Einbau eines Schutzraumes in ihrem Gebäude zu nutzen; sie werden dabei auch darauf hingewiesen, daß sie sich im Einzelfall der Unterstützung durch BVS-Bauberater bedienen können.



Ein jahrhundertealter Gewölbekeller in der Straubinger Altstadt.

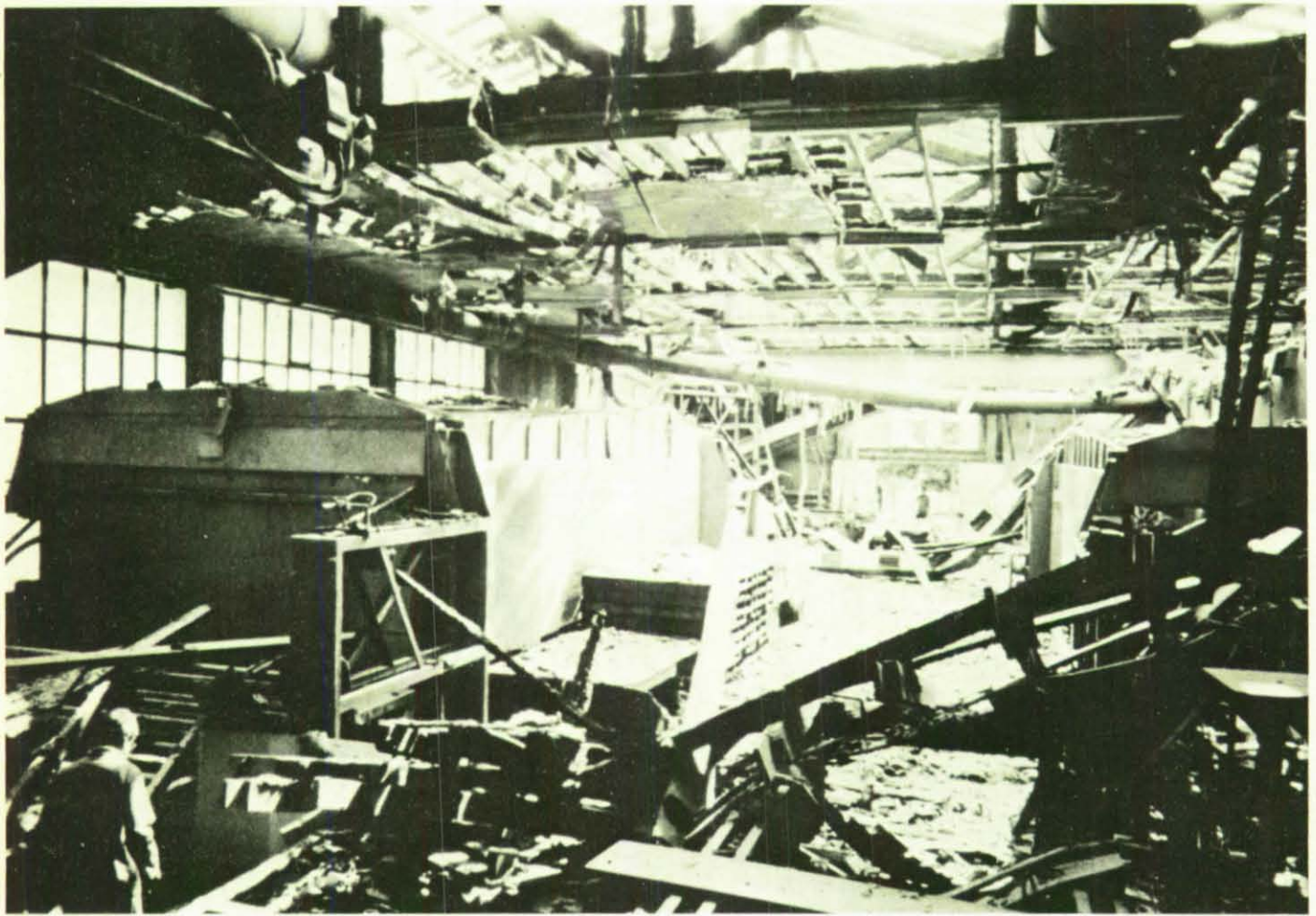


Ein Untersuchungsteam bei der Arbeit. Die Hausbesitzerin schaut interessiert zu.



Ein typischer Keller in einem modernen Wohngebäude.

## Die Schutzmaßnahme Explosionsunterdrückung



Blick in einen Fabrikationsraum nach einer Staubexplosion mit Nachfolgebrand.

### Vorbemerkung

Explosionen in ungeschützten Fabrikationsanlagen der Industrie sind nicht nur mit umfassenden Sach- und Personenschäden, sondern oft auch mit einem erheblichen Produktionsausfall verbunden.

Die Sicherheitstechnik hat nun die Aufgabe, die Risiken, die durch die Auswirkungen von Brenngas- und Staubexplosionen gegeben sind, zu beschränken, wobei nicht erst aufgrund von steigenden Unfallzahlen der Sicherheitsmaßstab zu korrigieren ist, sondern durch eine vorausschauende Analyse.

Zu den Sicherheitsmaßnahmen, die nicht wie die Inertisierung das Entstehen von Explosionen überhaupt verhindern, sondern im Ereignisfall das Auftreten eines unzulässig hohen Druckes in nicht für den vollen maxi-

malen Explosionsdruck konzipierten Behältern unterbinden, gehören die **Explosionsdruckentlastung und die Explosionsunterdrückung**.

Über die Planung, Dimensionierung und Ausführung von Druckentlastungseinrichtungen unterrichtet ausführlich die VDI-Richtlinie 3673 „Druckentlastung von Staubexplosionen“. In der genannten Richtlinie sind allerdings keine Kenndaten enthalten, die sich auf brennbare Gase oder Dämpfe beziehen. Während der Druckentlastungsvorgang besonders im Falle größerer Behälter ( $V = \text{einige m}^3$ ) grundsätzlich mit erheblichen Flammenerscheinungen verbunden ist, engt der Explosionsunterdrückungsvorgang den Wirkungsbereich von solchen Flammen bereits im Anfangsstadium der Explosion ein, und kann daher zum Schutz von Behältern auch in solchen Fällen angewendet werden, in denen mit dem Auftreten von Ex-

plosionen toxischer oder die Umwelt schädigender Gase, Dämpfe oder Stäube gerechnet wird. Ein weiterer Vorteil der Explosionsunterdrückung besteht in dem Fortfall der Standortgebundenheit der zu schützenden Behälter, die bei Anwendung der Druckentlastung oft gegeben ist, besonders dann, wenn Abblasrohre angewendet werden müssen und der Einfluß des Entlastungsvorganges auf die Umgebung zu berücksichtigen ist.

In der Industriepraxis zum Schutz von Fabrikationsanlagen eingesetzte Unterdrückungssysteme haben in zahlreichen Explosionsereignisfällen ihre Wirksamkeit bereits nachweislich unter Beweis gestellt.

Die Anwendung einer jeden Schutzmaßnahme gegen Explosionsauswirkungen setzt eine Beurteilung ihrer Wirksamkeit voraus, die aber nur dann

möglich ist, wenn die den Explosionsablauf kennzeichnenden explosions-technischen Kenndaten bekannt sind. Sie entscheiden darüber, ob überhaupt und in welchem Umfang in einem bestimmten Problemfall die Anwendung einer bestimmten Schutzmaßnahme gegeben ist.

### Explosionstechnische Kennzahlen für Gas- und Staubexplosionen in Behältern

Sind Brennstoff, Luftsauerstoff und eine Zündquelle von ausreichender Energie gleichzeitig vorhanden, so sind die drei Grundvoraussetzungen für das Zustandekommen einer Explosion erfüllt.

Im Fall der Brenngase beschreiben der maximale Explosionsdruck  $P_{\max}$  (bar) und der maximale zeitliche Druckanstieg

$$\left(\frac{dp}{dt}\right)_{\max} \quad \left(\frac{\text{bar}}{\text{s}}\right)$$

unter optimalen Konzentrationsbedingungen die Heftigkeit des Explosionsablaufes in einem geschlossenen Behälter von hinreichender Größe ( $V \geq 1$  l). Die Ermittlung der Höchstwerte hat grundsätzlich über einen breiten Konzentrationsbereich zu erfolgen.

Explosionen in Behältern von unterschiedlichen Volumen weisen zwar einen gleich hohen maximalen Explosionsdruck auf, die Änderung des Druckes mit der Zeit – d. h. der zeitliche Druckanstieg – ist jedoch unterschiedlich. Diese Einflußnahme wird durch das „Kubische Gesetz“ beschrieben, welches besagt, daß das Produkt aus maximalem zeitlichen Druckanstieg mit der dritten Wurzel aus dem Volumen eine Konstante darstellt, die im Falle der Brenngase mit  $K_G$  bezeichnet wird.

Die alleinige Angabe des Wertes für den maximalen zeitlichen Druckanstieg ohne gleichzeitige Volumenangabe ist also für explosionstechnische Betrachtungen unzureichend.

Bei der Bestimmung der Explosionskennzahlen brennbarer Stäube – die exakt z. Z. nur in Volumina  $\geq 1$  m<sup>3</sup> vorgenommen werden kann – ist der Korngrößeneinfluß zu beachten. Da Feinstäube heftiger reagieren als Grobstäube, muß die Prüfung mit solchen Stäuben erfolgen, deren Hauptanteil der Korngröße unterhalb 63 µm liegt.



Eine zu wissenschaftlichen Zwecken herbeigeführte Staubexplosion an einem Druckentlastler (30-m<sup>3</sup>-Behälter).

Brennbare Stäube explodieren also zumindest ebenso heftig – wenn nicht heftiger – als Brenngase.

Bei der Vielzahl der in der Industrie produzierten und verarbeiteten Stäube ist es sinnvoll, eine Klasseneinteilung vorzunehmen und die Auslegung notwendigerweise erforderlicher Sicherheitsmaßnahmen gegen Explosionsauswirkungen auf diese „Staubexplosionsklassen“ auszurichten.

Die Einstufung von Stäuben in Staubexplosionsklassen macht keinesfalls eine Aussage über die Wahrscheinlichkeit des Auftretens einer Explosion oder über die zu erwartenden Explosionsauswirkungen.

Ist mit dem gleichzeitigen Auftreten eines Staub/- und eines Gas/Luft-Gemisches zu rechnen, so liegen „hybride Gemische“ vor, die aus folgen-

den Gründen eine Erhöhung des Explosionsrisikos darstellen:

- a) Staub/- und Gas/Luft-Gemische in normalerweise nicht explosionsfähigen Konzentrationen können sich zu einem explosionsfähigen hybriden Gemisch vereinigen.
- b) Weniger energiereiche Funken, die normalerweise nicht in der Lage sind, Staub/Luft-Gemische zu zünden, können hybride Gemische zur Explosion bringen.
- c) Bei Vorhandensein von hybriden Gemischen verschärft sich die Einstufung der Stäube in Staubexplosionsklassen selbst dann, wenn die Konzentration des zusätzlich vorhandenen Brenngases (brennbaren Dampfes) unterhalb der unteren Explosionsgrenze liegt.

## Explosionsunterdrückung als Schutzmaßnahme

### Verfahrensbeschreibung:

Der bei einer anlaufenden Explosion entstehende Druck breitet sich allseitig und gleichmäßig aus, wird von einem geeigneten Druck-Detektorsystem empfangen, welches über entsprechende Verstärker die Schnellöffnungsventile von Löschmittelvorratsbehältern betätigt, so daß der Löschmittelinhalt in möglichst kurzer Zeit in den zu schützenden Raum entleert und hier gleichmäßig verteilt wird. Hierdurch wird die anlaufende Explosion abgelöscht und der an sich zu erwartende maximale Explosionsdruck der Brenngase von 7–8 bar bzw. der Stäube von 7–10 bar auf einen Wert unterhalb von 1 bar reduziert.

Explosionsunterdrückungsanlagen überwachen sich selbst und behalten bei Netzausfall über einen bestimmten Zeitraum ihre Funktionsfähigkeit bei.

### Detektorsysteme

Optische Detektoren sind für die Betätigung von Explosionsunterdrückungssystemen an Behältern besonders dann ungeeignet, wenn mit dem Auftreten von Staubexplosionen gerechnet wird. Hohe Meldeverzögerungen, bedingt durch Strahlungsabsorption der Staubwolke zwischen der Zündquelle und der Einbaustelle des Detektors in der Behälterwand, führen zu einer verspäteten Auslösung des Unterdrückungsvorganges.

Die für die Auslösung von Unterdrückungssystemen zum heutigen Zeitpunkt am häufigsten angewendete Detektorart ist der Druckdetektor in Form eines Membrandetektors, basierend auf der allseitig und gleichmäßigen Druckausbreitung einer Explosion im zu schützenden Behälter. Dieser Detektor liefert in Verbindung mit einer entsprechenden Steuereinheit den Auslöseimpuls für die Ventile der Löschmittelvorratsbehälter und ist in der Industriepraxis bereits ausreichend erprobt.

Neuerdings sind für den gleichen Anwendungsfall Druckdetektoren in Entwicklung, die in Verbindung mit speziellen Verstärkereinheiten bei Überschreitung einer Druckschwelle zusätzlich den zeitlichen Druckanstieg der Druckäußerung als Auslösekriterium für den Explosionsunterdrückungsvorgang verwenden, wodurch die Möglichkeit von Fehlauflösungen

– z. B. Fahren gegen einen geschlossenen Schieber – stark eingeschränkt wird.

Alle beschriebenen Druckdetektoren müssen unempfindlich gegenüber dem Behältergut und äußeren Einflüssen (Stöße, Vibrationen) sein. Duo-schaltung ist daher zu empfehlen, so daß erst das gleichzeitige Ansprechen beider Detektoren den Explosionsunterdrückungsvorgang auslöst.

Sie müssen ferner beim Arbeiten im Schutzbereich sicher außer Betrieb gesetzt werden können.

### Löschmittelvorratsbehälter

An die Löschmittelvorratsbehälter für Explosionsunterdrückungssysteme sind ganz allgemein die folgenden Anforderungen zu stellen:

- Sie müssen den geltenden Vorschriften bzw. den Regeln der Technik entsprechen,
- nach Erhalt des Auslöseimpulses müssen die Schnellöffnungsventile der Löschmittelvorratsbehälter in Millisekunden den vollen Querschnitt freigeben, und
- die Vorratsbehälter müssen so konzipiert sein, daß ihr Löschmittelinhalt in möglichst kurzer Zeit ausgestoßen wird.

Diesen Anforderungen genügt z. B. der im Bilde gezeigte HRD-Löschmittelvorratsbehälter von 5,4 l Inhalt mit Steigrohr und zwei sprengkapselbetätigten 3/4"-Ventilen. In ihm sind 4 kg Löschmittel enthalten, die unter einem Treibmitteldruck in Form von Stickstoff von  $P_{N_2} = 120$  bar stehen. HRD heißt „High Rate Discharge“ und bedeutet die schlagartige Löschmittelabgabe auf das Objekt.

Es ist also weniger Löschmittel vorhanden als ursprünglich vorgesehen.

Die hierdurch bedingte größere Treibmittelmenge sorgt für eine bessere Löschmittelverteilung in dem zu schützenden Behälter, die zusätzlich über spezielle Kugeldüsen vorgenommen wird. Es muß darauf geachtet werden, daß ihre einwandfreie Funktionsfähigkeit, insbesondere durch Produktlagerungen nicht beeinträchtigt wird.

Die Ergebnisse zahlreicher Versuche unter praxisnahen Bedingungen haben ergeben, daß Löschpulver auf der Basis von Ammonphosphat eine besonders gute Löschwirksamkeit gegenüber Brenngas-, Lösungsmitteldampf- und Staubexplosionen in Be-

hältern haben, in speziellen Fällen auch solche auf der Basis von Natriumbikarbonat. Da Löschpulver der gleichen Basis durchaus von unterschiedlicher Löschwirksamkeit sein können – wie sich leicht aus entsprechenden Versuchen bei vermindertem Treibmitteldruck des Unterdrückungssystems ergibt – ist es zwingend erforderlich, das beste Löschpulver in der Praxis anzuwenden. In diesem Fall ergibt sich bei entsprechender Wahl der Behälterfestigkeit hinsichtlich der Wahl des Ansprechdrucks  $P_A$  des Unterdrückungssystems je nach erwarteter Explosionsheftigkeit ein sehr großer Spielraum für eine erfolgreiche Explosionsunterdrückung. Selbst bei überhöhtem Ansprechdruck ( $P_A \geq 0.5$  bar) ist immer noch eine starke Dämpfung des Explosionsablaufes zu beobachten.

Grundsätzlich ist zu empfehlen, die Eignung des verwendeten Löschmittels für den vorgegebenen Anwendungsfall durch Explosionsunterdrückungsversuche in einem hinreichend großen Behälter ( $V \geq 1$  m<sup>3</sup>) nachzuweisen und den Zusammenhang zwischen dem Ansprechdruck  $P_A$  des Unterdrückungssystems und dem reduzierten Explosionsdruck  $P_{red}$  zu bestimmen.

Es zeichnen sich übrigens – bedingt durch die Ausbreitungsgeschwindigkeit des Löschpulvers – Grenzen der Anwendbarkeit von Explosionsunterdrückungssystemen zum Schutz von Behältern ab. Oberhalb dieser Grenzen ist in der Industriepraxis eine wirksame Explosionsunterdrückung nicht durchführbar. Allenfalls lassen sich die Explosionsgrenzen bei sehr niedrigen und sehr hohen Brennstoffkonzentrationen einschränken.

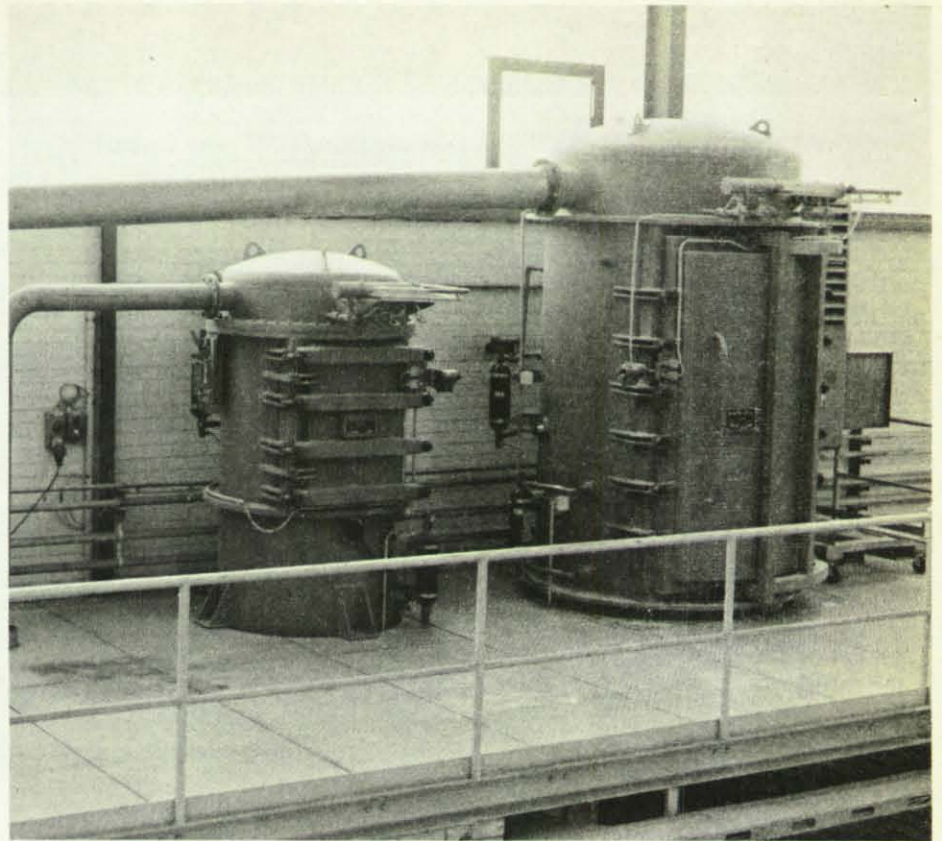
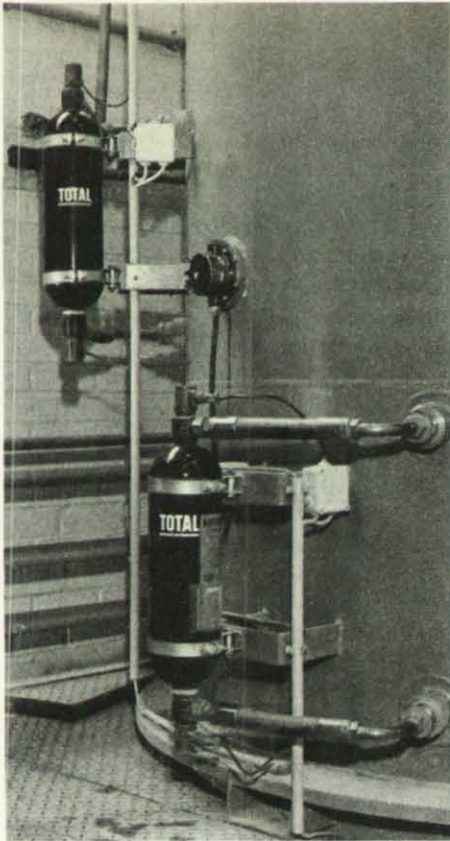
Staubexplosionen lassen sich leichter als Gasexplosionen unterdrücken.

### Löschmittelbedarf

Wie groß ist der bereitzustellende Löschmittelaufwand, um die Explosionen eines vorgegebenen Brennstoffes in einem bestimmten Behältervolumen wirksam zu unterdrücken?

Es besteht keine Proportionalität zwischen dem Löschaufwand und dem zu schützenden Volumen, sondern die Gültigkeit des „kubischen Gesetzes“ ist auch hier bestimmend für die benötigte Anzahl an Löschmittelvorratsbehältern.

Um die Schutzmaßnahme Explosionsunterdrückung anwenden zu können,



Links: Der bei einer anlaufenden Explosion entstehende Druck breitet sich allseitig und gleichmäßig aus. Er wird von einem Druck-Detektorsystem empfangen, das über Verstärker die Schnellöffnungsventile von Löschmittelvorratsbehältern betätigt. – Rechts: Die Ergebnisse zahlreicher Versuche unter praxisnahen Bedingungen haben ergeben, daß Löschpulver auf der Basis von Ammonphosphat eine besonders gute Löschwirksamkeit gegenüber Brenngas-, Lösungsmitteldampf- und Staubexplosionen in Behältern haben, in speziellen Fällen auch Löschpulver auf der Basis von Natriumkarbonat.

ist stets eine angemessene Behälterfestigkeit vorauszusetzen.

Die Löschmittelvorratsbehälter sind möglichst gleichmäßig auf der Oberfläche des zu schützenden Behälters zu verteilen. Für sehr kurze, entsprechend druckfest ausgeführte Verbindungsleitungen zwischen den Schnellöffnungsventilen und den das Löschpulver verteilenden Kugeldüsen ist zu sorgen. Sollten aus technischen Gründen längere Verbindungsleitungen erforderlich sein, so ist zu empfehlen, ihr Längenmaß nicht über  $l = 500$  mm auszudehnen, da in diesem Fall der Einfluß auf den Löscheffekt noch nicht allzu groß ist.

### Zusammenfassung

Die Schutzmaßnahme „Explosionsunterdrückung“ hat die Aufgabe, Behälter von Fabrikationsanlagen im Explosionsfall vor einer Zerstörung zu bewahren. Da sie bereits im Anfangsstadium einer Explosion den Wirkungsbereich der Flammen einschränkt, hat sie einen großen Vorteil gegenüber der Schutzmaßnahme „Explosionsdruckentlastung“, die immer mit erheblichen Flammeneerscheinungen

verbunden ist. Aus diesem Grund kann die Explosionsunterdrückung auch dann angewendet werden, wenn die Explosionen von toxischen oder die Umwelt schädigenden Brennstoffen in Behältern bekämpft werden sollen. Sie ist außerdem nicht standortgebunden.

Eine Grundvoraussetzung für die Anwendung der Schutzmaßnahme „Explosionsunterdrückung“ ist die Kenntnis bestimmter explosionstechnischer Kennzahlen, die den Explosionsverlauf von Brenngasen und brennbaren Stäuben in Behältern beschreiben.

Ausgelöst wird der Unterdrückungsvorgang über einen geeigneten Druckdetektor. Optische Detektoren sind zumindest in Verbindung mit brennbaren Stäuben wegen der zu erwartenden Meldeverzögerung für den vorgegebenen Anwendungsfall ungeeignet.

Da die ursprünglich in Verbindung mit derartigen Explosionsunterdrückungssystemen verwendeten Löschmittel in Form von „halogenierten Kohlenwasserstoffen“ nachweislich nicht unerheblich negative Eigenschaften haben, sollten künftig nur Löschpulver für die Befüllung der

Löschmittelvorratsbehälter mit sprengkapselbetätigten Ventilen verwendet werden. Die unterschiedliche Wirksamkeit der Löschpulver gleicher Basis, aber verschiedener Hersteller ist zu beachten und nur das beste Löschpulver in der Industriepraxis anzuwenden.

Bedingt durch die Ausbreitungsgeschwindigkeit des Löschpulvers in dem zu schützenden Behälter deuten sich Grenzen der Anwendbarkeit solcher Unterdrückungssysteme unter Bezug auf die zu erwartende Explosionsheftigkeit an. Diese Anwendungsgrenzen sind bei der Planung zu berücksichtigen.

### Hinweis:

Dieser Beitrag, freundlicherweise von der Firma TOTAL zur Verfügung gestellt, wurde von der Redaktion gekürzt. Interessenten können den ungekürzten Beitrag einschließlich der dazugehörigen Tabellen, erschienen im Sonderdruck „Der Ladenburger Kreis“ vom März 1977, beim Herausgeber „TOTAL, Foerstner & Co, Postfach 1120, 6802 Ladenburg“, anfordern.

## Ein Vierteljahrhundert BVS

Eine ganze Reihe von Veranstaltungen wurden anlässlich des 25. Jubiläums des BVS in Schleswig-Holstein durchgeführt. Die gute Resonanz, die diese Veranstaltungen fanden, gibt auch das breite Presse-Echo von Flensburg bis Pinneberg wider.

**Neumünster.** Die gute Zusammenarbeit des BVS mit der Stadt Neumünster, besonders mit dem Amt für Zivilschutz, betonte Dienststellenleiter Helmut Koch-Vollstedt in einem Referat zum Verbandsjubiläum vor den Vertretern der Stadt und der befreundeten Organisationen.

**Pinneberg.** Im Mittelpunkt der Jubiläumsveranstaltung des BVS in Pinneberg stand eine Bilanz der 25jährigen Arbeit, die Dienststellenleiter Gustav v. Gruenewaldt zog. Über die aktuelle Situation des Verbandes und dessen Entwicklung sprach der Fachbearbeiter für Öffentlichkeitsarbeit, Oberstleutnant a. D. Waldemar Plewig.

**Rendsburg.** Einen Überblick über die im Zivilschutz tätigen Organisationen und die Arbeit des BVS im Kreis Rendsburg-Eckernförde gab Amtsrat Gustav Raven bei der Jubiläumsveranstaltung des BVS in Rendsburg. BVS-Bereichsbeauftragter Koch-Vollstedt konnte zahlreiche Gäste, unter ihnen auch Landrat Gerd Bellmann, begrüßen.

**Kiel.** Wenn nach 25 Jahren intensiver Arbeit der BVS auf eine Reihe von Erfolgen zurückblicken könne, so sei sein Ziel doch noch keinesfalls erreicht. Der Gedanke des Selbstschutzes sei in der Öffentlichkeit noch längst nicht überall verankert. Mit diesen Worten umriß Wolfgang Busch, Leiter der BVS-Dienststelle Kiel, die gegenwärtige Lage des Verbandes.

In der Feierstunde zum Jubiläum hatte Dr. Schneider, Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Kiel, über die Entwicklung des BVS referiert. Wolfgang Busch gab einen Bericht über die Ausbildungstätigkeit des Verbandes.

Mit der Ehrennadel des Verbandes wurden Walter Christensen, der ehemalige Leiter des Amtes für Zivilschutz der Stadt Kiel, und Bruno Mizgajski ausgezeichnet.

## Auch der NDR war dabei

In den letzten elf Jahren habe der BVS beträchtliche Erfolge verbuchen können, erklärte Roland Hiebsch, Leiter der BVS-Dienststelle Flensburg, bei der Feier zum 25jährigen Bestehen des BVS. Er betonte, daß nach einer Umfrage im Jahre 1977 84 Prozent der Bevölkerung Maßnahmen des Zivilschutzes befürworteten.

Die zahlreichen Gäste – unter ihnen auch Oberbürgermeister Adler und Vertreter befreundeter dänischer Organisationen – waren Zeugen der Ehrung verdienter Personen. BVS-Landesstellenleiter Franz Beiter zeichnete den Dezernenten des Amtes für Zivilschutz, Stadtrat Karl-Heinz Hagenau, und den ehrenamtlich tätigen Fachbearbeiter für Öffentlichkeitsarbeit, Gerd Schreiber, mit der Ehrennadel des BVS aus. Der Chef der „Civilforsvars tekniske skole“ in Tinglev (Dänemark), Jörgen Wandler, wurde ebenfalls mit der Ehrennadel des Verbandes ausgezeichnet.

Vom NDR 2 war die Hörfunk-Moderatorin Annegret Ströh anwesend, die ein Interview für die Sendung „Vom Binnenland zur Waterkant“ aufnahm. Landesstellenleiter Beiter und Dienststellenleiter Hiebsch beantworteten Fragen zur Situation des BVS im 25. Jahr nach seiner Gründung.

## Angemessenes Programm gefordert

Für eine verbesserte finanzielle Ausstattung des Zivilschutzes plädierte der Generalsekretär der CDU in Schleswig-Holstein, Harm Dallmeyer. Dallmeyer sprach anlässlich des BVS-Jubiläums in Schleswig vor vielen Gästen aus Behörden und Verbänden. Er vertrat die Auffassung, man müsse ein angemessenes Programm für den Schutzraumbau in die öffentlichen Haushalte aufnehmen.

Helmut Kock, Leiter der BVS-Dienststelle Schleswig, gab einen Rückblick über die Entwicklung der Organisation. Bevölkerung und Politiker sollten Verständnis zeigen und die Arbeit des BVS unterstützen. Willi Seefeld wurde für seine vorbildliche Mitarbeit im BVS – seit 1961 – mit der Ehrennadel des Verbandes ausgezeichnet.

## Zwischen Nord- und Ostsee

**Hohenwestedt.** Ein Beispiel vorbildlicher Zusammenarbeit war ein Seminar über „Die Zivilverteidigung als Bestandteil der Gesamtverteidigung“ in Hohenwestedt im Warnamt I. Teilnehmer am Seminar waren Mitglieder der Gesellschaft für Wehrkunde. BVS-Landesstellenleiter Beiter und der Fachgebietsleiter für Öffentlichkeitsarbeit, Hoberg, wiesen in ihren Referaten darauf hin, daß die Zivilverteidigung, obwohl sie als zweite Säule der Gesamtverteidigung neben der militärischen Verteidigung gelte, stärker in den Hintergrund getreten sei. Darauf ging auch Landtagsabgeordneter Hans Wiesen, SPD, ein. Er forderte in seinem Referat die Politiker auf, mehr Geld als bisher in die Zivilverteidigung zu investieren – beispielsweise in die Lebensmittelvervorratung. Der Abgeordnete rief ferner dazu auf, die Zivilverteidigung aus ihrer Randsituation zu befreien.

Das Seminar endete mit einem Vortrag über den Warndienst in der Bundesrepublik Deutschland, den der Leiter des Warnamtes I, Kneppenbergh, hielt. Anschließend fand eine Besichtigung des Amtes statt.

**Meldorf.** 45 Schüler der Abschlußklasse der Meldorfer Gelehrtenschule wandten sich an die BVS-Dienststelle in Itzehoe mit der Bitte, an einem Selbstschutz-Grundlehrgang teilnehmen zu können. In Zusammenarbeit mit der Schulleitung wurde der Lehrgang in zwei Gruppen am 17. und 18. Oktober 1977 veranstaltet.

## 40 Jahre im öffentlichen Dienst

Sein 40jähriges Dienstjubiläum beging Otto Natschke, Mitarbeiter im Sachgebiet I 3 bei der BVS-Landesstelle Schleswig-Holstein. Natschke, 1917 in Danzig geboren, war nach dem Kriege zunächst als Angestellter bei der Landesregierung tätig, er kam 1962 zur BVS-Landesstelle. Durch seine Hilfsbereitschaft und sein kameradschaftliches Wesen ist Otto Natschke bei allen Mitarbeitern der Landesstelle beliebt und geachtet. Landesstellenleiter Franz Beiter überreichte dem Jubilar im Namen des Direktors des BVS die Dankurkunde.

## Ein „Künstler“ freute sich

Groß war die Freude des 8jährigen Jörn Alexander Drews aus Bremerhaven, als er erfuhr, daß er beim BVS-Malwettbewerb den 4. Preis errungen hatte.

Vor der Überreichung des Preises – sie fand auf seinen Wunsch hin im Elternhaus statt – hatte er eine schlaflose Nacht, aus Vorfreude. Dies, obwohl er bereits bei anderen Malwettbewerben mehrere Preise gewonnen hatte.

Das Gespräch mit den Eltern von Jörn Alexander führte ganz nebenbei zu neuen Kontakten für die weitere Arbeit der Dienststelle.



## Gemeinsam mit der Feuerwehr

In Gesprächen der BVS-Dienststelle Bremerhaven mit der Betriebsleitung der Gemeinnützigen Müllbeseitigungsanlage GmbH Bremerhaven (MBA), die erst kürzlich in Betrieb genommen wurde, wurde vereinbart, das gesamte technische Personal der Firma im betrieblichen Katastrophenschutz auszubilden.

Kernpunkt dieser Ausbildung sollte der vom BVS angebotene Selbstschutz-Grundlehrgang sein. Darüber hinaus aber sollten die Mitarbeiter der MBA auch an den vorhandenen betrieblichen Sicherheitseinrichtungen ausgebildet werden. In Absprache mit der städtischen Feuerwehr Bremerhaven wurde ein Ausbildungsplan entwickelt, der 16 Stunden umfaßte. Insgesamt waren vier Lehrgänge dieser Art geplant.

Der erste Lehrgang fand am 4. und 5. November 1977 statt. Die Ausbildung begann mit dem Selbstschutz-Grundlehrgang, an dem die beiden Ausbilder der Feuerwehr ebenfalls teilnahmen. Im Rahmen dieses

Grundlehrgangs ging man besonders auf die Gefahren des Betriebes ein. Danach übernahmen die Ausbilder der Feuerwehr die praktische Ausbildung der MBA-Mitarbeiter an den Sicherheitseinrichtungen des Betriebes.

Schwerpunkt dieser zusätzlichen Ausbildung war das Bergen von abgestürzten Personen aus einem 13 m tiefen Müllbunker. Diese Arbeiten wurden mit Hilfe einer Lotsenleiter und der Eigensicherung durch Brustbündel durchgeführt. Der „Verletzte“ wurde auf einer Rettungsrutsche eingebunden und geborgen. Ein Leinenrettungsgerät kam ebenfalls zur Anwendung. An verschiedenen Arten von Feuerlöschern wurde deren Anwendung am brennenden Objekt geübt.

Nach Beendigung der vier Lehrgänge – mit insgesamt 45 Teilnehmern – ließen sich Vertreter der zuständigen Berufsgenossenschaft die „Bergung aus dem Müllbunker“ vorführen.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß sich die Zusammenarbeit von BVS und Feuerwehr in diesen Lehrgängen gut bewährt hat.

# HAMBURG

## BVS beim Basar-Geburtstag

Zu einem kleinen Volksfest wurde der zweite „Geburtstag“ des Basar-Marktes in Hamburg-Lohbrügge; Karussells drehten sich, Kinder durften auf einem Flohmarkt altes Spielzeug verkaufen, die Jugendfeuerwehr Lohbrügge zeigte ihr Können. Auch der BVS, Dienststelle Bergedorf, war vertreten.

BVS-Lehrer Peter Wiese informierte über Lebensmittel-Vorräte im Haushalt. Außerdem konnte jeder das Ablöschen einer brennenden Person üben. Basar-Markt-Filialeiter Jürgen Siebert kündigte die BVS-Aktivitäten mehrfach über Lautsprecher an; er ließ es sich nicht nehmen, auch selbst einmal eine „brennende Person“ zu löschen.



Interessiert beobachten die jugendlichen Zuschauer, wie BVS-Lehrer Wiese die brennende Puppe ablöscht.

## Frauen wollen mithelfen

„Statt Kaffeekränzchen Dienst für die Allgemeinheit!“ Nach dieser Devise wollten über zwanzig Ehefrauen von Wehrmännern der Freiwilligen Feuerwehr Osterholz-Scharmbeck vorgehen. Doch ihre anfängliche Begeisterung wurde gebremst: Der Gedanke, eine Frauen-Feuerwehr zu gründen, fand keine Gegenliebe beim niedersächsischen Gesetzgeber. So machten die Frauen von einem Angebot des BVS Gebrauch.

Nach einer Informationsveranstaltung beschlossen sie spontan, an einem Selbstschutz-Grundlehrgang teilzunehmen. Die Frauen wollen jetzt auch noch den Selbstschutz-Fachlehrgang „Sanitätsdienst“ belegen. Einige von ihnen sind nicht abgeneigt, später eine aktive Tätigkeit im BVS zu übernehmen.

## „Vorsorge in Grün“ in Uelzen

In der Zeit vom 21. bis 25. September 1977 fand in Uelzen die Landwirtschaftsausstellung für das Land Niedersachsen statt. Der BVS war mit seinem Ausstellungsstand „Vorsorge in Grün“ dabei vertreten. Wie immer, wenn dieser Stand gezeigt wird, herrschte auch diesmal großer Andrang. Die Mehrzahl der Besucher waren Landwirte, die aus ganz Niedersachsen angereist kamen.

Das Interesse für den Selbstschutz im ländlichen Bereich ist in den letzten Jahren erheblich gestiegen. Das zeigte sich vor allem in den Fragen, die immer wieder gestellt wurden. Gerade die Bevölkerung des Landes Niedersachsen wurde in den vergangenen Jahren häufig von Naturkatastrophen betroffen. Die Waldbrandkatastrophe im Jahre 1975 und der Bruch des Elbe-Seiten-Kanals sind noch allzu deutlich in Erinnerung.

Eine Reihe prominenter Besucher informierte sich beim BVS, mehrere Bundes-, Landes- und Kommunalpolitiker und als Schirmherr der Aussteller der niedersächsische Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Gerhard Glup; ebenso die Kreisdirektoren der Landkreise Lüneburg und Uelzen.

In einem Gespräch mit BVS-Fachgebietsleiter für Öffentlichkeitsarbeit, Häckel, betonte Minister Glup, daß

ihm die Art der Darstellung bei der „Vorsorge in Grün“ sehr zusage. Wie in allen Bereichen der Wirtschaft, habe auch in der Landwirtschaft die Technik einen immer größeren Raum eingenommen. Es sei daher unbedingt erforderlich, durch Information und Aufklärung auf die bestehenden Gefahren aufmerksam zu machen.

Nach Schätzung der BVS-Mitarbeiter haben rund 40 000 Besucher die Ausstellung besucht.

## BVS bei der Gesellschaft für Wehrkunde

Über die Gesamtverteidigung – und damit auch über die zivile Verteidigung – will die Gesellschaft für Wehrkunde die Bevölkerung informieren. In einer Vorbesprechung der Sektion Wildeshausen mit der BVS-Dienststelle Oldenburg wurde erörtert, wie man bei den Mitbürgern das Verständnis für die Erfordernisse des Zivil- und Selbstschutzes wecken kann.

Auf einer gut besuchten Veranstaltung am 29. November 1977 sprach Oberst a. D. Straehler-Pohl über die militärische und zivile Verteidigung im Rahmen der Gesamtverteidigung. Oberstleutnant Stapper umriß die Ziele und Aufgaben der territorialen Verteidigung. Nachdem Rechtsanwalt Dr. Pickart über die gesetzlichen Grundlagen der zivilen Verteidigung gesprochen hatte, informierte BVS-Redner Rudolf Frühauf über die Aufgaben des Zivilschutzes, insbesondere des Selbstschutzes. Anschließend wurde der Film „Schutzbündnis“ gezeigt, der wirkungsvoll die Ausführungen der Redner unterstrich. Das Ergebnis der dann folgenden Diskussion: Es sollen weiterhin Mittel und Wege gesucht werden, um die Bevölkerung für den Selbstschutz zu interessieren.

## „Süd-niedersächsische Schau“ – BVS machte mit

Der neue BVS-Messestand „Zivilschutz“ wurde in Göttingen auf der „Süd-niedersächsische Schau“ im November 1977 gezeigt. Als Schirmherr eröffnete der niedersächsische Wirtschaftsminister Erich Küpker die Leistungsschau. Bei seinem anschlie-

ßenden Rundgang durch die Ausstellungshallen besuchte er auch den Stand des BVS und trug sich in das Gästebuch ein. Seinem Beispiel folgten Landtagspräsident Heinz Müller, Oberstadtdirektor Kurt Busch und Oberbürgermeister Artur Levi. Fachgebietsleiter Häckel erläuterte die Aufgaben des BVS und wies auf die Bedeutung des Selbstschutzes hin. Er knüpfte in einem Gespräch mit Minister Küpker an dessen Eröffnungsansprache an. Der Minister hatte die Bereitstellung beträchtlicher Haushaltsmittel des Landes für den Ausbau einer Tiefgarage in Göttingen erwähnt. Häckel meinte, die Stadt Göttingen habe eine gute Gelegenheit, diese Tiefgarage auch als Mehrzweckanlage für den Zivilschutz vorzusehen.

## „Niedersachsen kurz und bündig“

**Edemissen.** 240 Schüler aus Edemisser Schulen haben bisher an einem Selbstschutz-Grundlehrgang teilgenommen.

**Peine.** In einem Zivilschutz-Informationseminar für Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens der Stadt Peine stellte sich der neue BVS-Dienststellenleiter Hans-Jürgen Wittig vor. Er brachte zum Ausdruck, daß er die Angebote des BVS in seinem Dienstbereich aktivieren wolle und auf eine erforderliche Zusammenarbeit mit den Seminarteilnehmern hoffe.

**Wolfenbüttel.** Vor der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF) sprach Karin Horstmann, Braunschweig, über die Aufgaben des Selbstschutzes. In der anschließenden Diskussion wurde betont, daß das Angebot der Selbstschutz-Ausbildung mehr genutzt werden sollte.

**Sehnde.** Gemeindedirektor Theo Hublitz eröffnete vor zahlreichen Gästen aus der Großgemeinde die Tafelausstellung „Der Mensch im Mittelpunkt“ im Foyer des Rathauses. Hublitz appellierte an die Bürger, sich der Gefahren des täglichen Lebens bewußt zu werden und dazu beizutragen, die Zahl der Unfallopfer niedrig zu halten. Das Ausbildungsangebot des BVS sei ein Weg dazu.



## BVS-Mitarbeiter als „Verletzte“

**Bochum.** An einer Großübung auf dem Bochumer Universitätsgelände war auch der BVS beteiligt. Seinen Mitarbeitern fiel diesmal eine von ihren sonstigen Aufgaben abweichende Rolle zu, sie mimten die „Verletzten“.

Die Übung ging davon aus, daß sich im 7. Stockwerk eines Hochschulgebäudes in einem chemischen Labor eine Explosion ereignet hatte. Um 13.01 Uhr wurde Alarm ausgelöst, bereits 13 Minuten später waren die acht „Verletzten“ BVS-Leute geborgen. Brandamtsrat Wiemer von der Bochumer Berufsfeuerwehr, der den Einsatz geleitet hatte, war mit dem Ablauf zufrieden. Die Zeitung der Ruhruniversität Bochum „RUB-aktuell“ berichtete ausführlich über die Rettungsübung.

## Mehr für die Zivilverteidigung tun

**Recklinghausen.** Der F.D.P.-Bundestagsabgeordnete und sicherheitspolitische Sprecher seiner Fraktion, Jürgen Möllemann, sprach sich für einen Ausbau der Zivilverteidigung aus. Anlässlich eines Besuchs bei der BVS-Landesstelle in Recklinghausen meinte der Politiker – der auch dem Verteidigungsausschuß angehört – der Zivilschutz sei bisher im Rahmen der Gesamtverteidigung zu kurz gekommen.

Möllemann kündigte Initiativen in Bonn mit dem Ziel eines – nach seiner Ansicht notwendigen – Ausbaus an. Nach seinen Worten beträgt der Aufwand für die Zivilverteidigung zur Zeit lediglich ein 65stel des Gesamtaufwandes für die Verteidigung, die F.D.P. strebe ein Verhältnis von 1 zu 40 an. Möllemann forderte ein neues Konzept für die Gesamtverteidigung unter Berücksichtigung des zivilen Bereichs. Seine Partei werde sich in der Koalition für ein ständiges Beratungsgremium einsetzen, das als Informationsstelle für die Regierung und das Parlament fungieren könne. Auch die öffentliche Meinung müsse mehr für die Aufgaben des Zivilschutzes interessiert werden.



F.D.P.-MdB Jürgen Möllemann (2. v. l.), ließ sich durch BVS-Landesstellenleiter Günter Kopsieker (2. v. r.) über die Aufgaben des BVS unterrichten.

Der Leiter der BVS-Landesstelle, Günther Kopsieker, unterrichtete den Bundestagsabgeordneten darüber, daß die Landesstelle im vergangenen Jahr Lehrgänge mit insgesamt 105 625 Teilnehmern durchgeführt hat. Auch die Ausbildung in den Behörden und in den Betrieben habe eine erfreuliche Resonanz gehabt. Die Arbeit sei durch eine intensive Öffentlichkeitsarbeit unterstützt worden.

## Apotheker versprochen Unterstützung

**Köln.** Die Apotheker der Domstadt wollen in Zukunft die Arbeit des BVS unterstützen. Nach einem Vortrag vor dem Apothekerverein über den Selbstschutz der Bevölkerung sagten die Teilnehmer den BVS-Mitarbeitern zu, daß sie künftig in ihren Geschäftslökalen Werbematerial auslegen werden. Auch Schaufensterwerbung für den BVS wurde in Aussicht gestellt.

Erfolgreich ist auch die Zusammenarbeit des BVS mit dem Katholischen Deutschen Frauenbund in Köln. Nach einem Vortragsabend, an dem 108 Frauen teilgenommen hatten, meldeten sich 48 Frauen für einen Grundlehrgang an.

## Zeitungsleser wußten mehr

**Wesseling.** Über 2000 Bürger beteiligten sich an einem Preisausschreiben, das die BVS-Dienststelle Köln im Rahmen der „Wesseling-Woche 77“ veranstaltete, aber nur wenige hatten die richtigen Antworten gefun-

den. Man muß schon ein intensiver Zeitungsleser sein, wenn man wissen will, wieviel tödliche Unfälle sich jedes Jahr im Haushalt ereignen. Auch die Frage „Wieviel Sekunden beträgt die Sprühdauer bei einem Pulverfeuerlöscher mit einem Inhalt von 6 kg?“ setzte einiges Fachwissen voraus.

Die Gewinner des Preisausschreibens wurden von Bürgermeister Alfons Müller ins Rathaus eingeladen, er und der Kölner BVS-Dienststellenleiter Hans Peter Leufgens überreichten die Preise.

## Landtagspräsident zu Besuch beim BVS

**Goch.** Auf der Ausstellung „Lebendiges Grenzland“ in Goch war die Dienststelle Kleve des BVS mit einem attraktiven Stand vertreten. Der BVS-Messestand wurde von so vielen Gästen besucht, daß alle Erwartungen übertroffen wurden. Prominentester Gast war Landtagspräsident Wilhelm Lenz, der bei einem Rundgang am Eröffnungstag auch den BVS besuchte.



Landtagspräsident Wilhelm Lenz besuchte auf der Ausstellung „Lebendiges Grenzland“ in Goch auch den Stand der BVS-Dienststelle Kleve.

## Ausstellung in Siegen

Auf der Siegener Fach-Ausstellung „bauen – wohnen – einrichten“ war die BVS-Dienststelle Siegen mit einer Sonderschau „Der Schutzraum, Konstruktion und Nutzung“ vertreten. Durch einen ausführlichen Artikel im „Siegener Veranstaltungs-Kalender“ und durch Hinweise in der Tagespresse wurde die Bevölkerung auf diese Sonderschau aufmerksam gemacht. Der Musterschutzraum, der im Maßstab 1:1 erstellt worden war und die sechs Modellvorschläge

für eine friedliche Nutzung des Schutzraumes im Maßstab 1:10 fanden große Beachtung bei den Ausstellungsbesuchern. Zu erwähnen unter vielen anderen prominenten Besuchern sind besonders Frau Inge Donnepp, Minister für Bundesangelegenheiten des Landes NRW, und der Oberbürgermeister der Stadt Siegen.

Während der Ausstellung führte der BVS ein Preisausschreiben durch. Von 3500 ausgefüllten Fragebogen enthielten 813 die richtigen Antworten. Einige jugendliche Besucher behaupteten allerdings: „Das ist doch leicht, das haben wir alles in einem Grundlehrgang gelernt.“ Jeder, der einen richtig ausgefüllten Fragebogen abgab, durfte sein Glück an einem elektronischen Glücksrad versuchen und nahm außerdem an der großen Verlosung teil, für die Siegener Firmen zahlreiche Preise zur Verfügung gestellt hatten. Die Verteilung der Preise wurde in der Siegerlandhalle von dem Schirmherrn der Veranstaltung, Stadtrat Ramforth, und BVS-Dienststellenleiter Philipp vorgenommen. Bezirksbeauftragter Redmer empfahl den Gewinnern und ihren Angehörigen, sich vom BVS beraten und ausbilden zu lassen.

## 25 Jahre BVS in Köln

Das 25jährige Jubiläum des BVS feierte die Dienststelle Köln am 3. November 1977 im großen Ratssaal des Kölner Rathauses. Der Leiter der BVS-Dienststelle, Leufgens, begrüßte u. a. Bürgermeister Blens, Oberstadtdirektor Rossa, Oberstadtdirektor a. D. Prof. Dr. Mohnen, Beigeordneten Fey und Bürgermeisterin a. D. Else Schmitt. Außerdem waren Bundes- und Landtagsabgeordnete, Stadt- und Gemeindedirektoren aus der Umgebung Kölns, Vertreter der Kirchen, der Bundeswehr, der Parteien und Gewerkschaften, der Industrie- und Handelskammer, der Handwerkskammer, der Universität Köln und Repräsentanten der Wirtschaft der Einladung gefolgt.

Leufgens skizzierte den Weg, den der BVS in den vergangenen 25 Jahren zurückgelegt hat. Er erklärte, der BVS habe in den vergangenen Jahren durch seine Aufklärungsarbeit erreicht, daß mehr als 20 % der Bevölkerung ihre Meinung zum Selbstschutz geändert und heute über 90 %

der Mitbürger eine positive Einstellung zu diesem Themenkreis gewonnen hätten.

Die BVS-Dienststelle Köln könne nach den ersten mühevollen Anfängen heute mit stolzen Zahlen aufwarten. 1977 wurden allein im ersten Halbjahr 122 Lehrgänge und 33 Veranstaltungen der Öffentlichkeitsarbeit durchgeführt. An diesen Erfolgen hätten die Verwaltung, die Behörden und Betriebe wesentlichen Anteil. Ihnen allen dankte der Dienststellenleiter recht herzlich.



**Ehrgäste der BVS-Jubiläumsfeier im Kölner Rathaus (von links nach rechts): Oberstadtdirektor Rossa, Beigeordneter Fey, Bürgermeister Dr. Blens, Oberstadtdirektor a. D. Prof. Dr. Mohnen. Rechts im Bild BVS-Dienststellenleiter Leufgens.**

In seiner Festansprache wies Oberstadtdirektor Kurt Rossa auf die seit vielen Jahren bestehende enge Verbundenheit zwischen der Kölner Verwaltung und der BVS-Dienststelle hin. An Beispielen aus den 50er und 60er Jahren zeigte er, wie sich seine Amtsvorgänger bereits für die Ziele des Selbstschutzes engagierten. Der Oberstadtdirektor unterstrich seine Bereitschaft, die Verbindungen weiter auszubauen und der BVS-Dienststelle Köln jede nur mögliche Unterstützung zu gewähren. Am Schluß seiner Rede stand ein herzlicher Dank für die geleistete Arbeit und die Hoffnung für den gemeinsamen Erfolg in der Zukunft.

Bürgermeister Dr. Blens betonte in seiner Gratulation den Wunsch, daß der BVS seine erfolgreiche Tätigkeit immer nur im Frieden fortsetzen möge. Einige Gratulanten hatten Glückwunschtelegramme geschickt, u. a. Bundesministerin a. D. Katharina Focke.

Im Rahmen des Festaktes ehrte Dienststellenleiter Leufgens im Namen des Präsidenten des BVS den früheren Oberstadtdirektor Prof. Dr. Mohnen und den Beigeordneten Fey durch Überreichung der BVS-Ehrennadel.

## Selbstschutz in Düsseldorf

Seit Mitte 1977 wurden in fünf großen Filmtheatern im Vorprogramm Farbdias gezeigt, die für die Teilnahme an Selbstschutz-Grundlehrgängen werben. Je zehn Motive wurden den Lichtspielhäusern übergeben. Die Vorführer wechseln die Motive selbst aus, je Vorstellung wird ein Dia geschaltet. Ab 1978 soll die Aktion auf weitere zehn Kinos ausgedehnt werden.

Das Zivilschutzamt der Stadt Düsseldorf hat diese Dia-Serie mit Unterstützung des BVS erstellt. Zur Zeit wird eine weitere Serie vorbereitet, die für die ehrenamtliche Mitarbeit als Selbstschutz-Berater der Gemeinde bzw. für die ehrenamtliche Fachlehrertätigkeit beim BVS werben soll. Die Motive sollen auch als Plakate herausgegeben werden.

„Den Sicherheitsfachkräften im gesamten Bundesgebiet muß deutlicher werden, daß auch der Selbst- und Katastrophenschutz in Arbeitsstätten zur Arbeitssicherheit gehört,“ erklärte Ministerialrat Dipl.-Ing. Hans Ibelts vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW auf der Internationalen Ausstellung für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin in Düsseldorf.

Bei dieser Gelegenheit erläuterten der BVS und das städt. Zivilschutzamt an einem Gemeinschaftsstand rund 14 700 Besuchern ihr gemeinsames Anliegen.

Die Kreisgruppe Düsseldorf im Verband des Nordrheinischen Gaststätten- und Hotelgewerbes gehört seit März 1974 zum Förderkreis „Selbstschutz in Arbeitsstätten“, der vom Zivilschutzamt und dem BVS getragen wird. Schon 1975 konnten BVS und Zivilschutzamt in einer Versammlung der Kreisgruppe die Aufgaben des Selbstschutzes speziell in Hotels und Fremdenheimen erläutern. Mehrere Sonderveranstaltungen für die Sicherheitsfachkräfte aus diesem Bereich folgten. Ständig nimmt Personal der Düsseldorfer Gaststätten, Hotels und Fremdenheime an Selbstschutz-Grundlehrgängen teil.

## Hausfrauenbund schreibt an Innenminister

An einem Informationsseminar, welches der BVS für den Deutschen Hausfrauenbund an der BVS-Bundeschule in Bad Neuenahr-Ahrweiler durchführte, nahmen Vertreterinnen der Landesverbände und des Bundesvorstandes teil. Während der Tagung richteten die Damen im Namen des Deutschen Hausfrauenbundes am 23. November 1977 ein Schreiben an den Bundesinnenminister; nachrichtlich ging das Schreiben an alle Fraktionen des Deutschen Bundestages und an die Presse.

Das Schreiben hat folgenden Wortlaut: „Sehr verehrter Herr Minister! Anlässlich eines Informationsseminars an der Bundeschule des Bundesverbandes für den Selbstschutz wurden wir mit den wesentlichen Merkmalen des Zivilschutzes vertraut gemacht. Mit Erstaunen haben wir festgestellt, daß zwar eine Anzahl von Maßnahmen gesetzlich festgelegt sind und teilweise bereits durchgeführt werden, die Aufklärung der Bevölkerung jedoch völlig ungenügend ist.

Angesichts der Tatsache, daß im 2. Weltkrieg 60 % der Toten Zivilpersonen waren, erscheint der unscheinbare Haushaltsansatz für Zivilschutz im Verteidigungsfall völlig unverständlich. Der Deutsche Hausfrauenbund fordert daher

1. die gesetzlich vorgesehenen Beratungsstellen einzurichten und personell ausreichend zu besetzen,
2. Städte und Gemeinden zu veranlassen, den Bau von öffentlichen Schutzräumen in erheblich größerem Maße in Angriff zu nehmen,
3. bei Wohnungsbauvorhaben durch fühlbare finanzielle Hilfe den Bau von Schutzräumen zu ermöglichen.“

Unterschrieben wurde dieser Brief von der Bundesvorsitzenden, Frau Bock, und weiteren neun Damen.

## Aufklärung der Bevölkerung im Mittelpunkt

Die Ludwigshafener BVS-Dienststelle kann auf eine gute Leistung in der Aufklärungsarbeit zurückblicken. In ihrem Dienstbereich unterstützte sie Städte und Landkreise bei der Ausbildung der Bürger im Selbst-

schutz. Ihr Zuständigkeitsbereich umfaßt die Stadt und den Landkreis Ludwigshafen mit Frankenthal und Speyer. Zusätzlich werden die ehrenamtlichen Dienststellen Neustadt und Germersheim betreut.

Ein Blick auf die Leistungstafel der Ludwigshafener BVS-Dienststelle zeigt, daß während der letzten zwei Jahre 170 Selbstschutz-Grundlehrgänge mit annähernd 3200 Teilnehmern durchgeführt wurden. An 28 ganztägigen Informationsseminaren nahmen 530 Personen teil. Besonders Gewicht wurde auf Aufklärungsveranstaltungen gelegt. 8100 Zuhörer besuchten die 375 durchgeführten Veranstaltungen dieser Art; auf 16 Ausstellungen und Messen wurden außerdem rund 172 000 Bürger über den Selbstschutz informiert.

## Selbstschutz als Gemeinschaftsaufgabe

Das 25jährige Bestehen des BVS war für die Dienststelle Cochem Anlaß, zu einer Jubiläumsveranstaltung einzuladen. Dienststellenleiter Anton Jax begrüßte Gäste aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft, Vertreter von Behörden, Bundeswehr u. a.

Landrat Bartos hielt die Festrede. Der BVS sei eine Organisation, die im humanitären Bereich sehr engagiert sei, erklärte der Landrat. Die Bundesregierung betrachte den Frieden als höchstes Gut, dürfe jedoch auf eine entschlossene Politik der Selbstbehauptung nicht verzichten. Der Sinn der Verteidigung bestehe darin, die Bevölkerung bei einem Angriff von außen vor Schäden zu bewahren. Diese Aufgabe könne nur erfüllt werden, wenn auch die zivile Verteidigung ausreichend vorbereitet sei.

Der Staat könne den Schutz des einzelnen Menschen nicht perfekt planen. Diejenigen, für die der Schutz vorgesehen sei, müßten wissen, daß Selbstschutz eine humanitäre Gemeinschaftsaufgabe sei, an der der Staat beratend und unterstützend mitwirke. Der BVS habe es nicht leicht, denn immer noch hielten sich große Teile der Bevölkerung bei den gewiß unpopulären Themen des Selbstschutzes zurück. Es seien aber auch Erfolge zu verzeichnen, in den

letzten Jahren habe die Zahl der Teilnehmer an der Selbstschutz-Ausbildung zugenommen. Der Landrat schloß seine Ausführungen mit dem Wunsch für ein weiteres erfolgreiches Wirken des BVS in einer friedlichen Zukunft.

Auch BVS-Landesstellenleiter Gott hold Buchholz nahm an der Veranstaltung teil. Er zeichnete BVS-Helfer Bruno Krämer aus Dohr mit der Ehrennadel des BVS für zehnjährige ehrenamtliche Tätigkeit im Verband aus.

Die Dienststellen Cochem und Mayen konnten 1977 155 Veranstaltungen mit 3664 Teilnehmern durchführen.

## BVS-Informationstagung für Kommunalbeamte

Selbstschutz, Zivil- und Katastrophenschutz genießen nicht unbedingt eine besondere Popularität. Für die Personen, die sich nach geltendem Gesetz um diese Dinge kümmern müssen – Landräte und ihre Vertreter, Bürgermeister und die jeweiligen Abteilungsleiter, Sachbearbeiter der Kommunalverwaltungen – hat der BVS eine zweitägige Informationstagung veranstaltet.

Den anwesenden Vertretern sämtlicher Verbandsgemeindeverwaltungen des Rhein-Hunsrück-Kreises wurde ein zweitägiges Programm geboten, das sich mit den Fragen des Katastrophenschutzes und mit den Aufgaben und Zielen der Zivilen Verteidigung beschäftigte. BVS-Bereichsbeauftragter Hermann Mende erläuterte den Zuhörern, der Zivilschutz umfasse alle Maßnahmen, die erforderlich seien, um die Bevölkerung sowie lebens- und verteidigungswichtige Betriebe und Anlagen vor Kriegseinwirkungen zu schützen und deren Folgen zu beseitigen oder zu mildern. Vor den Teilnehmern sprachen auch Oberstleutnant a. D. Feldle, Regierungsamtmann Tillmans von der Kreisverwaltung Simmern und BVS-Fachgebietsleiter Heinrich. BVS-Redner Schneider informierte über Waf-fenwirkungen, Dienststellenleiter Lehn erläuterte die Möglichkeiten des Selbstschutzes in Wohnstätten und Betrieben, Fachgebietsleiter Schwarz sprach über die Zusammenarbeit der Gemeinden mit dem BVS.

## Schutz und Hilfe in Notsituationen

25 Jahre BVS, aus diesem Anlaß hatte die BVS-Dienststelle Neunkirchen am 17. November 1977 zu einer Jubiläumsveranstaltung in den Sitzungssaal des Rathauses Neunkirchen eingeladen. Zu dieser Veranstaltung konnte Dienststellenleiter Gregorius zahlreiche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens begrüßen, insbesondere MdB Werner Wilhelm, die MdL Günther Sahner und Hans-Georg Wagner, Landrat Dr. Günther Schwem, Oberbürgermeister Peter Neuber und alle Bürgermeister der Gemeinden des Dienstbereiches.

Landrat Dr. Schwem und Oberbürgermeister Neuber verwiesen in ihren Grußworten auf die Bedeutung des Selbstschutzes in Stadt und Kreis. Beide lobten die uneigennütigen Aktivitäten und die Bereitschaft der BVS-Mitarbeiter, für die Allgemeinheit tätig zu sein.

In seinem Festvortrag „25 Jahre BVS“ zeichnete Dienststellenleiter Gregorius den Weg des BVS von seiner Gründung bis heute nach. Durch die Öffentlichkeitsarbeit des Verbandes sei es gelungen, für die Zivilschutzmaßnahmen in der öffentlichen Meinung eine Wandlung im positiven Sinne herbeizuführen.

Ministerialrat Hans Grundmann vom saarländischen Innenministerium betonte in seinem Referat „Bedeutung und Aufgaben des BVS“, daß für den Menschen Vorsorge der Ausdruck des Willens zur Selbsterhaltung sei. Vorsorge und Selbsthilfe der Bevölkerung bei Unglücksfällen, Katastrophen und in allgemeinen Notzeiten aber seien Selbstschutz im weitesten Sinne. Ein Merkmal des Selbstschutzes sei das gegenseitige Helfen bei Gefahr aus eigener Einsicht und eigenem Antrieb. Selbstschutzmaßnahmen – so Grundmann – dienen dem Schutz der Bürger, über den persönlichen Schutz hinaus aber auch den Nachbarn und den Mitmenschen in den Arbeitsstätten. Dies gelte auch im Falle der größten und folgenschwersten Katastrophe, des mit Waffen ausgetragenen internationalen Konfliktes. Selbstschutz sei die Basis des Zivil- und Katastrophenschutzes. Selbstschutz müsse

als humanitäre Aufgabe verstanden werden; Schutz und Hilfe für in Not geratene Menschen – gleichgültig aufgrund welcher Ursachen – stehen im Vordergrund des Bemühens des Verbandes.

BVS-Landesstellenleiter Koch dankte allen BVS-Mitarbeitern für die in der zurückliegenden Zeit geleistete Arbeit. Die BVS-Helfer Hans Quint und Erich Keller wurden für ihre langjährige ehrenamtliche Mitarbeit mit der Ehrennadel des BVS ausgezeichnet.

## Eine ehrenamtliche Dienststelle zog Bilanz

Seine ehrenamtlichen Mitarbeiter hatte BVS-Dienststellenleiter Ludwig Kliebenstein, Dudweiler, zum Jahresabschluß zu einem gemütlichen Beisammensein eingeladen. Dabei dankte Kliebenstein für die im abgelaufenen Jahr erbrachten Leistungen. Er stellte fest, daß von den ehrenamtlichen Ausbildungskräften an den Schulen in Dudweiler 12 Selbstschutz-Grundlehrgänge mit 294 Teilnehmern durchgeführt worden seien.

Im Rahmen der Tausend-Jahr-Feier der Stadt Dudweiler wurde auf dem alten Markt die Ausstellung „Der Mensch im Mittelpunkt“ gezeigt, die beim Publikum großen Anklang gefunden hat. Eine Aufklärungsveranstaltung „Zivilschutz in unserer Welt“ wurde für Betriebsangehörige einer Maschinenfabrik durchgeführt. Ehrenamtliche Mitarbeiter besuchten an der BVS-Schule in Birkenfeld vier Fortbildungslehrgänge; an 11 Arbeitsgemeinschaften beteiligten sich 76 Helfer und Lehrer. Insgesamt können die ehrenamtlichen Mitarbeiter der Dienststelle für das Jahr 1977 467 Einsatzstunden aufzeigen.

## Lotte Anshl wurde verabschiedet

BVS-Landesstellenleiter Christian Koch hatte in den ersten Dezembertagen 1977 die Angehörigen der BVS-Landesstelle und der Dienststelle Saarbrücken zu einer Feierstunde eingeladen. Die aus Gesund-

heitsgründen ausscheidende Fachbearbeiterin Lotte Anshl sollte verabschiedet werden. Koch würdigte die Verdienste von Frau Anshl, die diese sich in 17 Jahren BVS-Zugehörigkeit um den Verband erworben hat; er stellte fest, daß Lotte Anshl gewissermaßen Pionierarbeit geleistet habe.



Nach kurzer ehrenamtlicher Mitarbeit wurde Frau Anshl im Herbst 1960 bei der damaligen Ortsstelle Saarbrücken hauptamtlich eingestellt. Einige Jahre später wurde sie zur Landesstelle Saarland versetzt. Sie arbeitete dort im Hauptsachgebiet „Öffentlichkeitsarbeit“ mit. Ab 1968 kam Frau Anshl wieder zur Dienststelle Saarbrücken und war hier zuletzt mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Fachbearbeiters beauftragt.

In allen ihren Funktionen sei Frau Anshl fleißig, zuverlässig und pflichtbewußt gewesen und habe sich durch ihre liebenswürdige – aber auch bestimmte – Art die Achtung und Anerkennung aller Mitarbeiter erworben, führte der Landesstellenleiter aus. Allgemein wurde bedauert, daß sie aus Gesundheitsgründen vorzeitig aus dem BVS ausscheiden muß. Koch sprach ihr für ihre wertvolle Mitarbeit Dank und Anerkennung aus und überreichte die Dankurkunde.

Dienststellenleiter Schmelzer und eine Mitarbeiterin überreichten im Auftrag aller Mitarbeiter ein Abschiedsgeschenk.

## Jubiläums-Veranstaltungen

Anlässlich des 25jährigen Bestehens des BVS wurden im Bereich der Landesstelle Hessen von den Dienststellen 18 Jubiläumsveranstaltungen durchgeführt. Bei diesen Veranstaltungen waren Ehrengäste aus vielen Bereichen des öffentlichen Lebens, der Behörden, Betriebe, Verbände und Hilfsorganisationen anwesend. Den Dienststellenleitern war es gelungen, zahlreiche bekannte Persönlichkeiten als Festredner zu gewinnen. Bemerkenswert, daß die Veranstaltungen in der regionalen und überregionalen Presse entsprechende Beachtung fanden.

## Lernbehinderte Schüler üben

In der Bevölkerung sei ein wachsendes Interesse an den vom BVS durchgeführten Selbstschutz-Grundlehrgängen und Aufklärungsvorträgen über den Zivilschutz zu verzeichnen, betonte der Leiter der BVS-Dienststelle Fulda, Robert Ludwig. Dies könne vor allem von Schülern der Hauptschulen, in denen regelmäßig Selbstschutz-Grundlehrgänge für die Abgangsklassen abgehalten würden, gesagt werden.

Bei einem Lehrgang in der Albert-Schweitzer-Schule in Neuhoef/Kreis Fulda (Schule für lernbehinderte Schüler), zeigte sich, daß diese Schüler mit großem Interesse dem theoretischen Unterricht folgten und bei der praktischen Vorführung lebensrettender Maßnahmen mit großem Ernst bei der Sache waren.

Schulleiter Rektor Weber erklärte, er lege größten Wert darauf, daß auch in seiner Schule regelmäßig Selbstschutz-Grundlehrgänge für die Abgangsklassen durchgeführt würden.

## Dienststellenleiter verabschiedet

Der bisherige Leiter der BVS-Dienststelle Frankfurt, Hans Kirsch, wurde vom Leiter der BVS-Landesstelle Hessen, Heldmann, im Rahmen einer kleinen Feier aus dem Dienst des BVS verabschiedet. Heldmann würdigte in einer kurzen Ansprache die Verdienste, die sich Kirsch, der in den vorgezogenen Ruhestand trat, erworben hat.

Hans Kirsch, am 29. Oktober 1914 in Neuruppin, Bezirk Potsdam, geboren, kam 1955 als ehrenamtlicher Helfer in Lübeck zum damaligen BLSV. Im August 1960 wurde er hauptamtlicher Sachbearbeiter für die Ausbildung bei der Dienststelle Frankfurt, deren Leitung er am 1. August 1966 übernahm.

In seiner langjährigen Tätigkeit gelang es ihm, gute Verbindungen zu Behörden, Betrieben und Verbänden zu schaffen. Gegenüber den Problemen der ehrenamtlichen Helfer zeigte er sich stets aufgeschlossen. Hervorzuheben ist die gute Zusammenarbeit der Dienststelle Frankfurt mit den in Frankfurt und in der Umgebung ansässigen Bundesbehörden. Aus dem Bundesrechnungshof, der Deutschen Bundesbank, der Oberpostdirektion und der Bundesbahndirektion sowie anderen im Raum Frank-

furt ansässigen Behörden konnten immer wieder engagierte, ehrenamtliche Helfer gewonnen werden.

Kirsch dankte seinen langjährigen Mitarbeitern für die gute Zusammenarbeit und betonte, daß die Erfolge der BVS-Dienststelle ohne die Einsatzbereitschaft und den Teamgeist dieser Mitarbeiter nicht möglich gewesen wären.

Der Leiter der Dienststelle Friedberg, Aloys Wagner, wurde inzwischen mit der Wahrnehmung der Geschäfte der Dienststelle Frankfurt beauftragt. Landesstellenleiter Heldmann übergab ihm die Dienstgeschäfte.

## Nachruf

Der ehrenamtliche Leiter der BVS-Dienststelle Dillenburg

### Karl Metzger

ist am 15. November 1977 nach langer, schwerer Krankheit im 57. Lebensjahr verstorben.

Metzger war seit dem 30. April 1956 im BVS ehrenamtlich tätig. Zunächst als Sachbearbeiter bei der damaligen BVS-Kreisstelle Dillenburg, übernahm er am 1. Februar 1957 deren Leitung.

Einundzwanzig Jahre lang hat Karl Metzger am Aufbau des Verbandes mitgewirkt; mit seiner freundlichen und zuvorkommenden Art hat er sich viele Freunde gewonnen. Sein Tod hinterläßt eine nicht so schnell zu schließende Lücke.

Die BVS-Landesstelle Hessen wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

## Rückblick auf beharrliche Kleinarbeit

Es war eine eindrucksvolle Feier, mit der die BVS-Dienststelle Heidelberg des 25. Geburtstages des Verbandes gedachte. Dienststellenleiter Erich Wenzel wertete die Anwesenheit von über 150 Gästen im repräsentativen großen Sitzungssaal des Landratsamtes als Beweis dafür, daß die jahrelange beharrliche Kleinarbeit des BVS erfolgreich war. Vor Bür-

germeister, Behördenleitern und zahlreichen anderen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und Vertretern der befreundeten Katastrophenschutzorganisationen sowie Presse und Rundfunk gab Wenzel einen Rückblick über die Entwicklung des Verbandes. Er würdigte dabei besonders die Mitarbeit der freiwilligen Helfer.

Manfred Struve, verantwortlich für die Öffentlichkeitsarbeit der BVS-

Dienststelle, meinte, in Anbetracht der vielfältigen psychologischen Schwierigkeiten und geschichtlichen Belastungen sei es doch sehr beachtlich, daß sich über drei Millionen Bundesbürger für eine Selbstschutz-Grundausbildung entschieden hätten. Im Bereich der Dienststelle Heidelberg wurde z. B. im Jahr 1976 232 Grundlehrgänge mit 4206 Teilnehmern durchgeführt. In 168 Aufklärungsveranstaltungen informierten sich rund 4480 Zuhörer.

An die Politiker appellierte Struve, sich mehr für die Anliegen des BVS einzusetzen. Auch Fernsehen und Rundfunk hätten bisher diese Thematik noch weitgehend ausgeklammert. Flankierende Informationen dieser Anstalten seien für die Arbeit des BVS jedoch von unschätzbarem Wert. Mit den Behörden gebe es eine ausgezeichnete Zusammenarbeit – dagegen hätten die Betriebe vom Angebot einer kostenlosen Ausbildung ihres eigenen Betriebs-Katastrophenschutzes noch kaum Gebrauch gemacht.

### Helfervertretung gewählt

Die BVS-Helfer im Landesstellenbereich Baden-Württemberg wählten ihre neuen Helfervertreter und deren Stellvertreter.

Am 12. November 1977 wurde die Wahl der Helfervertretung der Landesstelle durch die amtierenden Helfervertreter der BVS-Dienststellen durchgeführt. Zum Helfervertreter der Landesstelle wurde Kurt Spinnler, Dienststelle Ludwigsburg, und als Stellvertreter Udo Weiss, Dienststelle Reutlingen, sowie Helmut Gerhardt, Dienststelle Karlsruhe, gewählt.

Dem bisherigen Helfervertreter der Landesstelle, Gerhard Jung, wurde in der Wahlversammlung Dank und Anerkennung für seine Tätigkeit während seiner vierjährigen Amtszeit ausgesprochen.

### Der Landrat war Schirmherr

Bei der BVS-Dienststelle Buchen, die für die Gemeinden des Altkreises Buchen zuständig ist, zog man eine positive Leistungsbilanz. In einer Jubiläumsveranstaltung konnte Dienststellenleiter Ohnhäuser Bürgermeister und Behördenleiter des Landkreises und der Stadt Buchen begrüßen. Auch BVS-Landesstellenleiter Kunde und der Dienststellenleiter von Mannheim, Wermke, waren anwesend.

Landrat Hugo Geisert hatte für diese Veranstaltung die Schirmherrschaft übernommen; er zollte der Dienststelle für die geleistete Arbeit Lob und Anerkennung. Bürgermeister Franke, Buchen, würdigte ebenfalls die Leistungen der BVS-Dienststelle. Er betonte die Notwendigkeit der Selbstschutz-Arbeit. Der Leiter der Dienststelle Mannheim ließ in seinem Referat „25 Jahre BVS“ die Ge-

schichte des Verbandes vor seinen Zuhörern erstehen.

Dienststellenleiter Ohnhäuser konnte für Buchen stolze Zahlen nennen. Durch die ehrenamtlichen Mitarbeiter wurden seit 1960 rund 9770 Personen in Aufklärungsveranstaltungen über den BVS informiert. 10 656 Teilnehmer wurden in Grundlehrgängen ausgebildet. Insgesamt ließen sich 24 023 Bürger des Altkreises Buchen informieren und ausbilden; bei ca. 60 000 Einwohnern eine imposante Zahl. BVS-Landesstellenleiter Kunde nahm die Jubiläumsfeier zum Anlaß, der Dienststelle seine besondere Anerkennung auszusprechen. Er zeichnete 16 ehrenamtliche Helfer für mehr als 10jährige Mitarbeit im BVS aus.

### BVS-Informationstagungen für Frauenverbände

„Wir haben zwar alle schon davon gehört, konkrete Vorstellungen hatte bisher keine von uns“. So umriß eine Teilnehmerin an einem der beiden Seminare in Mainhardt den Informationsstand der Teilnehmerinnen zu den Themen „Selbstschutz – Zivilschutz – Zivilverteidigung“.

Jeweils zwei Tage lang wurde informiert und diskutiert; 57 Vorsitzende von Frauenverbänden aus der Region Hohenlohe-Franken beteiligten sich sehr rege. Eleonore Elsässer vom BVS in Karlsruhe führte in die Tagungen ein. Sie betonte den Selbstschutzgedanken als staatsbürgerlich-humanitären Auftrag der Frau.



Das Ablöschen von Bränden gehörte zum praktischen Teil der Informationstagung in Mainhardt.

Der Teil des Selbstschutzes, der gerade die Frauen angehe, sei die Vorsorge im Haushalt als Überlebensvorsorge in einem möglichen Verteidigungsfall. Der Leiter der BVS-Dienststelle Heilbronn, K. Eckelt, gab einen Überblick über Schutzmöglichkeiten, die auch bei modernen Angriffswaffen noch gegeben sind.

### BVS informierte Hausfrauenbund

Im Rahmen einer Mitgliederversammlung des Landesverbandes Baden im Deutschen Hausfrauenbund hatte die BVS-Landesstelle Gelegenheit, die Vorsitzenden der Ortsverbände über den BVS zu informieren. Es referierten der Fachgebietsleiter für Öffentlichkeitsarbeit, Bufler, und Frau Perlick als Beauftragte für die Frauenarbeit.

Unter anderem standen folgende Themen auf der Tagesordnung: „Besondere Aufgaben der Frau im Zivilschutz“, „Selbstschutz – staatsbürgerlich-humanitärer Auftrag der Frau“ sowie „Selbstschutz – Bekenntnis zur Vorsorge“. Zwei Tonfilme rundeten den Lehrgang ab.

### Ein Leben für die Schwächeren

Am 19. November 1977 verschied nach über 20 Jahren ehrenamtlicher Tätigkeit im BVS

#### Frau Emmi Lapp

Ihr ganzes Leben war darauf ausgerichtet, denen zu helfen, die der Hilfe bedurften.

Frau Lapp hat als Heimatvertriebene mit ihren 6 unmündigen Kindern selbst die Strapazen einer wochenlangen Flucht durchlebt. In Engen im Hegau fand sie eine neue Heimat. Dort setzte sie sich für die Heimatvertriebenen und sozial Schwachen ein. Sie wurde in den Stadtrat gewählt und hat sich dort 15 Jahre lang mit Nachdruck für die Hilfsbedürftigen verwandt.

Im BVS war sie als Gemeindestellenleiterin, BVS-Lehrerin und Frauensachbearbeiterin tätig. Diese Mitarbeit war für Frau Lapp ein echtes Anliegen der Nächstenhilfe. Sie wurde für ihre Tätigkeit im BVS mit der Ehrennadel des Verbandes ausgezeichnet. Nach Erreichen der Altersgrenze blieb sie, soweit es ihre Gesundheit erlaubte, noch für die Ziele des BVS tätig. In Würdigung ihrer Verdienste wurde ihr am 15. Juli 1975 das Bundesverdienstkreuz am Bande verliehen.

Allen bleibt die Erinnerung an eine Frau, deren erfülltes Leben Hingabe, Fürsorge und Helfen war.

## Neuer Bereichsbeauftragter

Nach dem Ausscheiden des bisherigen Bereichsbeauftragten Jacob Zimmermann aus dem aktiven Dienst wurden die Dienstgeschäfte für den Regierungsbezirk Niederbayern vorübergehend vom BVS-Bereichsbeauftragten für Oberbayern, Rainer Schramm, mit ausgeübt. Jetzt wurde mit Wirkung vom 1. Oktober 1977 der Leiter der Dienststelle Landshut, Georg Seemann, zum Bereichsbeauftragten des BVS für Niederbayern ernannt.

Bei seinem Antrittsbesuch bei Regierungspräsident Dr. Schmid hatte Seemann Gelegenheit, seinen Aufgabenbereich und die Zielvorstellungen seiner künftigen Arbeit im Regierungsbezirk zu schildern. Dr. Schmid betonte, er sei sehr interessiert daran, daß der Selbstschutzgedanke im Regierungsbezirk Niederbayern weiter vertieft und verwirklicht werde. Er sagte dem neuen Bereichsbeauftragten die Unterstützung der Bezirksregierung zu und wünschte ihm für seine Aufgabe viel Glück.

## Überleben durch Selbstschutz

Seine Informationsschau „Überleben durch Selbstschutz – Katastrophenschutz – Zivilschutz“ zeigte der BVS im Rahmen der Niederbayernschau. Der Ausstellungsstand verdeutlichte in eindrucksvoller Form die Probleme und Gefahrenmomente, mit denen man heute leben muß. An Tafelwänden und an den beiden sich drehenden Vierecken wurden die einzelnen Gebiete erläutert und durch Bilder mit schematischen Darstellungen verständlich gemacht. Broschüren wurden kostenlos abgegeben.

Gefahren haben viele Gesichter. Speziell herausgegriffen: die Wirkungen konventioneller und atomarer Waffen sowie die Schutzmöglichkeiten. Die Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges und die Untersuchungen namhafter Wissenschaftler beweisen, daß Schutz vor den Wirkungen konventioneller und atomarer Waffen möglich und sinnvoll ist. Die Überlebenschancen erhöhen sich bei einem Aufenthalt im Schutzraum beträchtlich. Zum privaten Schutzraumbau wurden viele Anregungen vermittelt. Auch Bei-

spiele des öffentlichen Schutzraumbaus wurden aufgeführt. Neben der Lebensmittelbevorratung wurde auf die Wichtigkeit der Dokumentensicherung hingewiesen.

## Behördenselbstschutz-Ausbildung

In Lehrgängen und Übungen werden Mitarbeiter der Regierung von Unterfranken, die freiwillig im Behördenselbstschutz mitarbeiten, bei der BVS-Dienststelle Würzburg ausgebildet. Ganz gleich, welchen Dienstrang – Regierungsrat, Inspektor, Verwaltungsangestellter oder Schreibkraft – sie bekleiden, hier finden sich alle zu einer Gemeinschaft zusammen.

Es erfordert schon einiges Geschick, „Stiche und Bunde“ zu erlernen, Personen zu sichern oder sie aus Höhen abzuleinen. Alle diese Handgriffe werden von den Ausbildern des BVS erklärt und praktisch vorgeführt. Dann kommt die Mutprobe: Es gilt, die erlernte Leinenarbeit in die Praxis umzusetzen. Von einem 4,50 m hohen Übungsgerüst müssen sich die Teilnehmer mit einer Sitzschlinge selbst ableinen oder Verletzte mit dem Leiterhebel von der Plattform des Übungsturmes bergen. Auch die Damen haben gezeigt, daß sie hierbei ihren „Mann“ stehen können.

Das umfangreiche Ausbildungsprogramm des Behördenselbstschutzes umfaßt auch die „Lebensrettenden Sofortmaßnahmen“. An Verletzten-darstellern wird die Erstversorgung praktisch geübt: alle Handgriffe werden mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt. Die Brandbekämpfung wird mit einfachsten Geräten an Entstehungsbränden bis zum Mittelbrand geübt. In Staffellarbeit werden Schlauchleitungen vorschrittartig von der Zapfstelle bis zum angenommenen Brandherd verlegt. Natürlich wird auch die Handhabung der Tragkraftspritze TS 2/5 geübt. Die Bedienung von Kleinlöschgeräten wird ebenfalls erlernt. Den Abschluß der Brandschutzausbildung bildete das Ablöschen eines Übungsbrandes.

Die Regierung von Unterfranken führte im Sommer 1977 eine Selbstschutzübung auf dem Übungsgelände des BVS durch. Dabei sollten die

erworbenen Selbstschutzkenntnisse vertieft und ergänzt werden. Reg.-Vizepräsident Dr. Vogt überzeugte sich von dem Ausbildungsstand seiner Behördenselbstschutz-Gruppen.

## Jahresversammlung der Schwerbehinderten

Am 10. Oktober 1977 fand in der Bischofsstadt Bamberg die erste Versammlung aller Schwerbehinderten der BVS-Landesstelle Bayern statt. Im Rahmen dieser Tagung wurde auch die vorgezogene Wahl eines Bezirksvertrauensmannes und seines Stellvertreters durchgeführt. Diese Wahl wurde erforderlich, weil der im Jahre 1974 gewählte Bezirksvertrauensmann, Heinz Lenneps, BVS-Dienststellenleiter in Nürnberg, in den Ruhestand trat; seine Stellvertreterin, Frau Lenzgeiger, Dienststelle Augsburg, befindet sich bereits im Ruhestand.

Der Hauptvertrauensmann der Schwerbehinderten des BVS, Friedrich Redmer, Arnsberg, der Leiter der BVS-Landesstelle Bayern, Konrad Hinderberger, und Fachgebietsleiter Fritz Polster waren bei der Tagung anwesend. Hinderberger betonte in seiner Ansprache, die Vertretung der Schwerbehinderten im BVS müsse ihre primäre Aufgabe im Ausgleich der Probleme sehen, die sich aus der Durchführung dienstlich notwendiger Aufgabenstellungen und dem psychisch-physischen Zustand der Behinderten ergeben könnten. Neu gewählter Bezirksvertrauensmann im Bereich der Landesstelle Bayern ist Richard Breu, der Bereichsbeauftragte Unterfranken, Würzburg; zum Stellvertreter wurde der Leiter der Dienststelle Bamberg, Otto Hildebrand, gewählt.

## Neuwahl der Helfervertretung

Kürzlich fand die Neuwahl der Helfervertretung der BVS-Dienststelle Landshut statt. Schorsch Heller, der bisherige Helfervertreter, gab seinen Tätigkeitsbericht über die letzten vier Jahre. Das Ergebnis der folgenden Wahl: Schorsch Heller wurde als Helfervertreter wiedergewählt. Seine Stellvertreter: Rainer Roth und Fränzi Ständer.

## Katastrophenschutz-Organisationen stellen sich vor

„Das hat es im Land Schleswig-Holstein noch nie gegeben. In einer beispielhaften Form hatten die hilfeleistenden Organisationen des Kreises Hgztm. Lauenburg gemeinsam zu einem Tag der offenen Tür in Mölln eingeladen“, so berichtete die örtliche Presse über eine gelungene Gemeinschaftsveranstaltung.

Der Landrat des Kreises, Günter Kröpelin, hatte die Organisationen dazu aufgerufen.

Einen repräsentativen Querschnitt aus der gemeinsamen Arbeit zum Schutz und Wohle der Bevölkerung zeigten die Polizei, der Bundesgrenzschutz, der Kreisfeuerwehrverband, das Deutsche Rote Kreuz und das Technische Hilfswerk.

Die Bedeutung dieser Veranstaltung wurde durch die große Zahl prominenter Gäste aus dem öffentlichen Leben unterstrichen. Neben Abgeordneten des schleswig-holsteinischen Landtages waren auch die Bundestagsabgeordneten v. Wrangel (CDU) und Zywiets (F.D.P.) erschienen.

Der THW-Landesbeauftragte, Dipl.-Volkswirt Helmut Meier, konnte sich wie die vielen Besucher vom Engagement seiner Helfer überzeugen.

Neben der beeindruckenden Geräteschau aller Organisationen fanden die gemeinsamen Vorführungen größtes Interesse bei den Besuchern. In Übungseinsätzen zeigten die Organisationen das Zusammenwirken und die Notwendigkeit der Zusammenarbeit im Ernstfall. Bei einem angenommenen schweren Verkehrsunfall wurde auch der Einsatz eines Rettungshubschraubers gezeigt. „Christoph 12“ war in knapp 15 Minuten von Eutin in Mölln am Einsatzort eingetroffen.

Die Einheiten des THW zeigten ihr Können beim Bau einer 8-t-Behelfsbrücke über einen 7 m breiten Wassergraben. An anderer Stelle wurde von der E-Gruppe ein an der Stromleitung verunglückter Helfer vom Mast geborgen. Die Leitung war zuvor als Übungsobjekt erstellt worden. Der Transport eines Verletzten mit der Seilbahn erfolgte in Kooperation

mit dem DRK. Der Bau einer Tonnenfahre und eines Hängesteges fand ebenso aufmerksame Zuschauer wie die Demonstration mit dem Gesteinsbohrhammer, den Schneidbrenngeräten oder den Hydropressen.



„Christoph 12“ war von Eutin nach Mölln zu einem Demonstrationseinsatz gekommen.



Das THW zeigte unter anderem auch die 20-t-Hydropresse in Aktion.

Abgerundet wurde das ganze Programm durch das zünftige Essen aus der „Groß-Feldküche“. Hier arbeiteten ebenfalls DRK und THW zusammen.

Für die Bevölkerung war es eine gelungene Information über den Katastrophenschutz in Kreis. R. Troch

## Sauerstofflanze im Einsatz

Vom Wasser- und Schiffsamt Tönning wurde der THW-OV Tönning gebeten, in Amtshilfe durch eine Stahlbetonmauer des Eidersperrwerkes, die 1,75 Meter dick ist, zwei Durchbrüche mit einem Durchmesser von jeweils 50 Millimeter herzustellen. Die Hilfeleistung sollte gleichzeitig genutzt werden, um den Ingenieuren des Wasser- und Schiffsamtes dieses Spezialgerät des THW vorzuführen und zu erklären.

Die geforderten Durchbrüche wurden in etwa eineinhalb Stunden von den Helfern hergestellt. Die Ingenieure des Wasser- und Schiffsamtes, die das Durchbrennen der Betonmauer mit der Sauerstofflanze interessiert beobachteten, waren sehr überrascht, wie schnell man mit solch einem Gerät eine so starke Wand durchbohren bzw. durchbrennen kann.

W. B.

## Perfekter Nachwuchs

Am 22. Oktober 1977 wurde in der Unterkunft des THW-Ortsverbandes in Bad Segeberg ein Seminar für Jugendgruppenleiter mit Teilnehmern aus den Landesverbänden Schleswig-Holstein und Hamburg durchgeführt.

Im Rahmen dieser Veranstaltung erhielten die Segeberger Junghelfer Gelegenheit, den Gästen zu zeigen, was sie an fachtechnischen Kenntnissen im Stegebau bereits vermittelt bekommen haben, obwohl die Jugendgruppe des OV Bad Segeberg erst seit 1976 besteht.

Für alle, die zuschauten, war es eine Freude zu beobachten, mit welcher Begeisterung die Junghelfer den Bau eines China-Steges vorantrieben und wie gut sie „Stiche und Bunde“ sowie die beim Stegebau unentbehrlichen Leinen-Holzverbindungen beherrschten.



Einen China-Steg bauten die Bad Segeberger THW-Junghelfer fast so perfekt wie die „Alten“.



## Forstbeamte informiert

Förster und Mitarbeiter des Forstamtes Hamburg-Hausbruch-Neugraben hatten den Wunsch geäußert, das THW näher kennenzulernen.



Beamte des Forstamtes Hamburg-Hausbruch-Neugraben unterrichteten sich über die Hilfsmöglichkeiten des THW.

Im Rahmen einer Ganztagsveranstaltung wurden den ca. 25 Bediensteten verschiedene KatS-Einrichtungen gezeigt. Von der Unterkunft des BV Hamburg-Wandsbek waren Einsatz-Kfz aufgefahren. Sachkundig erläuterte GF Schlumbohm die Ausrüstung, während LB Trautvetter und HSG 1 Kellner Vorträge über den Katastrophenschutz und die THW-Arbeit in der Hansestadt Hamburg hielten.

Eine Besichtigung der Liegenschaften in Hamburg-Harburg schloß die Veranstaltung ab. Man versprach, weiterhin in Kontakt zu bleiben und sich bei Bedarf gegenseitig zu helfen. He.

## Alle Fachdienste im Übungseinsatz

Im THW-Bezirksverband Hamburg-Harburg sind sieben verschiedene taktische Einheiten stationiert, die im Regelfall eigenständig fachspezifische Ausbildung betreiben. Aus dem Gedanken heraus, Isolationsgedanken einzelner Einheiten zu überwinden, eine Gruppenbildung innerhalb des Bezirksverbandes zu durchbrechen, wurde eine Großübung durchgeführt. Die Übungsziele waren: 1. Zusammenwirken verschiedener Fachdienste; 2. Ausbildung des Bergungszuges in den Zweitfunktionen Wasserdienst und Brückenbau; 3. Zentrale Führung von Einheiten.

Teileinheiten begannen am Freitag mit theoretischer Ausbildung und Übungsvorbereitungen. Am Samstag, 3.00 Uhr, wurde die völlig überraschte

Führungsgruppe „Technische Einsatzleitung“ alarmiert und über die Lage informiert. Einsatzort: Katastrophenschutzschule des Bundes, Außenstelle Hoya, Wasserübungsplatz. Die Genehmigung zur Durchführung hatte die Schulleitung gegeben und gleichzeitig in beispielhafter Weise Material und Ausbilder zur Unterstützung angeboten.

Nach 120 km Mot-Marsch waren mittags bereits alle Einheiten im „Einsatz“. Übungsinhalte: Bau einer Behelfsbrücke 4 t; Wasserdienst auf der Weser vom Wriggen eines Ruderbootes zum Fahren einer Fähre; Freileitungsbau durch eine E-Gruppe; Errichten einer Wasserversorgung durch eine GW-Gruppe; Brunnenbau, Rohrleitungsbau, Personenwaschanlage.

Immer wieder forderte dabei ein Fachdienst Unterstützung einer fachdienstfremden Gruppe an; so wurde die Ölsperre der AÖ-Gruppe durch ein Boot des Bergungsdienstes ausgebracht etc.

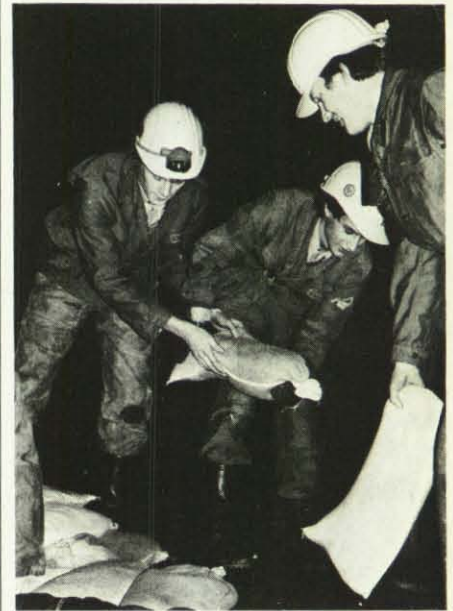
Der normale Übungsablauf wurde durch Übungseinlagen unterbrochen: alarmmäßiges Heranführen dreier SÜ-Boote von einem 20 km entfernten Einsatzort über eine unbekannte Wasserstraße (Aller und Weser). Der Instandsetzungszug mußte eine „Großschadensstelle“ ausleuchten, an der der Bergungszug eine SD-Brücke errichtete.

Bis zum Sonntagabend waren die Ziele dieser Übung weitgehend erreicht. Überraschend war der hohe Einsatzwille und die gute Disziplin der Beteiligten. Der Technischen Einsatzleitung gelang eine Führung selbst unter erschwerten Bedingungen: Zu sechs weiträumig stationierten Einheiten wurden Meldewege aufgebaut und funktionsfähig gehalten. Wie nicht anders zu erwarten, zeigte sich ein erheblicher Mangel an Fernmeldemitteln.

Als Gäste verfolgten zwei Ausbilder der KSB Hoya interessiert den Ablauf. Gegen Abend des zweiten Tages traf der THW-Landesbeauftragte für Hamburg, Trautvetter, in Begleitung des BB, stv. BB und des Geschäftsführers ein. Trautvetter drückte gegenüber den Helfern in einer kurzen Ansprache seine besondere Zufriedenheit über den hohen Ausbildungsstand aus. G. L.

## THW und Deichwacht üben

Für die Männer vom THW aus Bergedorf und Wandsbek ist der Einsatz im Katastrophenfall eine Selbstverständlichkeit. Bergung von verschütteten und eingeschlossenen Menschen gehört genauso dazu wie die Instandsetzung von zerstörten und beschädigten Leitungssystemen.



Übungsmäßiger Einsatz der THW-Helfer zum Schutz der Deiche.

Um im Ernstfall einsatzbereit zu sein, müssen die THW-Helfer immer wieder trainieren, die Zusammenarbeit im Team üben und sich neue Kenntnisse aneignen.

Bei der Deichschutzübung am Freitag, dem 21. Oktober 1977, arbeitete das THW zusammen mit der Deichwacht am Oortkatener Hafen. Das THW machte zum ersten Male bei den alljährlichen Übungen mit. Die drei Gruppen des THW und eine Gruppe der Deichwacht probten an vier Stationen die unterschiedlichsten Einsatzaufgaben bei einer Sturmflut: das Abdecken einer Quelle am Fuße des Deichs oder das Füllen eines kleinen Durchbruchs auf der Kuppe mit einer Plane und Sandsäcken. Unter der Leitung von Armin Beidel von der Hamburger Baubehörde, Abteilung Wasserwirtschaft, erfüllten die Männer des THW bis kurz vor Mitternacht ihre Aufgaben erfolgreich. E. M.

## Betriebs- und Wartungsdienst der Schutzraumbauten – eine Aufgabe für das THW?

Ein seit längerer Zeit diskutierter Modellversuch, die Gemeinden bei der Verwaltung und Unterhaltung der Schutzbauten durch Einsatz von THW-Kräften für den technischen Teil des Schutzraumbetriebsdienstes zu unterstützen, wird jetzt in Bremen von Helfern des THW-Bezirksverbandes Ost durchgeführt.



Einweisung der THW-Techniker in die umfangreiche technische Ausstattung einer Schutzbauanlage.



In einem Modellversuch übernehmen in Bremen 12 THW-Helfer den Betriebs- und Wartungsdienst in Großschutzräumen.

Aus Anlaß einer Besichtigung mit erstem Eiweisungsgespräch am 28. Oktober 1977 in der Zivilschutzanlage in der Kornstraße stellte der THW-Bezirksbeauftragte für den BV Bremen-Ost, Erich Behrendt, den Vertretern der Senatsverwaltung für Inneres, Paust und Berneburg, eine Gruppe von zwölf THW-Technikern vor, die bereits seit Jahren als ehrenamtliche THW-Helfer Dienst verrichten.

Selbst spezialisierter Techniker, übernimmt BB Behrendt mit seinen Technikern dieses zusätzliche Aufgabengebiet und stellt damit Betrieb und Funktion der Eigenstromversorgungsanlagen, Kältemaschinen, Klimageräte, Filteranlagen, Lüftungsanlagen, Wasserversorgungs- und Ent-

sorgungsanlagen, Tore, Schleusen usw. des Schutzbaues sicher, wie auch nach Wartungsplänen und vorgegebenen Fristen Wartungs- und – soweit möglich – Instandsetzungsarbeiten selbständig ausgeführt werden. Dazu sind die vorgeschriebenen Betriebsbücher zu führen. Nicht in

eigener Regie behebbare Mängel werden festgestellt und dem Senator für Inneres gemeldet.

Weitere 13 Schutzbauten der 2. Ausbaustufe in Bremen werden die Ausbildung von weiteren THW-Technikern an den Einrichtungen dieser Anlagen notwendig machen.

## Schneller Einsatz nach Eisenbahnunglück

Der Umfang eines Eisenbahnunglücks ist im Augenblick, da es sich ereignet, kaum ganz übersehbar. So auch am 14. November 1977, als kurz nach 18 Uhr in Bremen-Grambke auf offener Strecke ein Nahverkehrszug einem Gegenzug in die Flanke fuhr, weil dieser nach Ausfall der Blocksicherung teilweise auf dem falschen Gleis fuhr – eine Weiche war bei der Überfahrt unter einem Wagen umgestellt worden (vgl. ZS-MAGAZIN 12/77, Seite 3).

Ein THW-Helfer war zufällig Augenzeuge und erkannte, daß es sich hier um ein schweres Unglück mit Personenschaden handelte. Er meldete dies sofort seinem Zugführer, dieser bekam auf seine Anfrage bei der Berufsfeuerwehr nach zehn Minuten die Anforderung zur Hilfeleistung – insbesondere zum Ausleuchten der Unglücksstelle. Nun lief alles alarmplanmäßig ab.

Kurz vor 19 Uhr rückte die erste Gruppe mit 10 Helfern und ihrem Einsatzfahrzeug ab, eine zweite folgte 25 Minuten später mit neun Helfern. Vorsorglich waren Brennschneidgeräte und Trennschleifer zugeladen worden, weil man ohne genaue

Kenntnis von Schadensumfang nicht wissen konnte, wozu das THW noch eingesetzt werden mußte. Mit dem Funkgerät im Führungskombi war wohl die Verbindung zu Feuerwehr und Polizei aufzunehmen, nicht aber die Verbindung zu den entfernt arbeitenden Gruppen und zur Unterkunft.

Die Feuerwehr hatte nach gut einer Stunde ein Todesopfer und 15 Verletzte geborgen. Die THW-Helfer wurden zur Ausleuchtung weiter eingesetzt, und das bedeutete: eine lange Nacht hindurch mit Dauerregen, Sturmböen und eisiger Kälte bis zum Morgengrauen.

Zwei Hilfszüge der Bundesbahn waren wegen des erheblichen Sachschadens zur Beseitigung der Trümmer und zur Wiederherstellung zerstörter Gleise eingesetzt. Dabei waren die THW-Helfer mit Einsatzwillen und fachkundigem Zufassen eine wirksame Hilfe. Viele mühevollen Ausbildungsstunden zahlten sich dabei aus. Angesichts zeretzter Reisezugwagen und weggerissener Drehgestelle erkannten die jüngeren Helfer erstmals und die „Alten“ erneut, daß sich jede THW-Aufbauarbeit lohnt und daß das THW immer bereit sein muß.

G. S.



Bei dem Zugunglück in Bremen-Grambke war das THW zum Ausleuchten der Unglücksstelle eingesetzt.



## Neues Heim für den THW-OV Norden

„Der Landkreis weiß, was er als Katastrophenschutzbehörde am Technischen Hilfswerk hat.“ Mit diesen Worten übergab der Landrat des ehemaligen Kreises Norden und jetziger Interimslandrat des Landkreises Aurich dem Ortsbeauftragten des THW, Wilhelm Goudschaal, den symbolischen Schlüssel für das neue Heim an der Westerstraße. Das Haus, ein ehemaliger Gasthof, war vor vier Jahren vom Kreis Norden gekauft und mit einem Kostenaufwand von rund 80 000 Mark umgebaut und renoviert worden. Die Arbeiten wurden zum großen Teil von der Helferschaft des Ortsverbandes verrichtet.

Die Nordener Politiker wußten die Schlüsselübergab würdig zu gestalten. So begleiteten Nordens Bürgermeister Gerd Campen auch der stellvertretende Oberkreisdirektor Hans Werner Pieper sowie Kreisamtsrat Iggena und Landrat Schwieter. Ehrengast war der ehemalige Ortsbeauftragte und Ehrenhelfer Martin Endemann, der im Frühjahr offiziell Abschied von der Helferschaft genommen hatte. Nach mehreren Umzügen fand das THW Norden endlich einen



Die neue Unterkunft des THW-Ortsverbandes Norden – nach erfolgtem Umbau.



Landrat Schwieter (links) übergab dem THW-Ortsbeauftragten Goudschaal den symbolischen Schlüssel. Rechts stv. Oberkreisdirektor Pieper.

„festen“ Wohnsitz, der zugleich ein Ende der Provisorien bedeutete. Seit der Gründung des OV im Jahre 1952 hatte die anfangs kleine Gruppe viermal umziehen müssen, und jede der bisherigen Unterkünfte erwies sich als unzureichend.

Das neue Heim war zwar anfangs auch nur ein Provisorium, meinte Landrat Schwieter, doch mit dem Unterschied, daß es endlich ein Heim von bleibender Dauer sei, dessen Mängel noch behoben würden. Damit das THW weiterhin bestens gerüstet sei, überreichte er als Geschenk des Landkreises acht neue Funkgeräte sowie eine Elfmeterband-Antenne. Dem Wunsch nach einem Schweißgerät soll auch noch nachgekommen werden, ein weiteres Notstrom-Aggregat wird folgen.

Im neuen Heim stehen den 106 Helfern – 1. Zug (38 Helfer), Instandsetzungszug (38), Taucher (8), Küche (7), Gerätewarte (2), Funker (6), Verwaltung (2), Ehrenhelfer (3) und Passive und Gönner (2) – jetzt drei Gruppen-, ein Geräte-, zwei Verwaltungssowie entsprechende Kellerräume zur Verfügung. Auf dem großen Boden sollen in Eigenarbeit noch weitere drei Gruppenräume ausgebaut werden.

Ferner werden 1979 Garagen gebaut und das angrenzende Gelände gepflastert. Zur Zeit sind die Fahrzeuge noch fünf Kilometer vom neuen Heim entfernt untergebracht. Auch für Übungszwecke sucht der THW-OV Norden noch ein passendes Gelände.

# BERLIN



## Senatsempfang für Helfer des Katastrophendienstes

Am 23. November 1977 hatte der Senator für Inneres von Berlin, Peter Ulrich, Helfer des Katastrophendienstes zu einem Empfang in das Hotel „Sylter Hof“ eingeladen. Die führenden Vertreter aller Hilfsorganisationen waren mit Delegationen erschienen. Der Senator und die zuständigen Mitarbeiter seines Hauses nahmen die Gelegenheit wahr, nicht nur ein Dankeschön für die Arbeit der Helfer im vergangenen Jahr zu sagen, sondern auch um Fragen und Probleme anzusprechen.

In den Dankworten des Senators und des Landesbranddirektors kam auch ein eindeutiges Bekenntnis zur Notwendigkeit der freiwilligen Verbände zum Ausdruck. Für die



Innensenator Ulrich im Gespräch mit THW-Hauptsachgebietsleiter Fischer und THW-Landesbeauftragtem Brühl (von links).

freiwilligen Helfer war dieser Empfang eine Anerkennung und Bestätigung ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit.

Nicht zuletzt gab dieser Empfang eine nette Gelegenheit, um zu den Kameraden der anderen Hilfsorgani-

sationen neue Verbindungen zu knüpfen. Mit dem Dank für diesen Empfang darf sicherlich die Hoffnung verbunden werden, daß diese erstmalige Veranstaltung möglicherweise zu einem alljährlich wiederkehrenden Brauch werden könnte. G. B.

## Ein Boot für junge Abenteurer

Fünf Jahre lag schon das schmucke Hausboot bei einer Spandauer Bootswerft an Land, bis sein Besitzer sich entschloß, sich von dem einmal mit viel Liebe selbsterbauten Stück zu trennen. Die Kinder eines vom Senator für Familie, Jugend und Sport in Reinickendorf eingerichteten Abenteuerspielplatzes sollten künftig die „christliche Seefahrt“ auf märkischem Boden nachempfinden dürfen.

Wie aber sollte das Boot dorthin kommen? Die Grundfläche des Bootes war quadratisch, hatte die Abmessungen 5,15 x 5,15 m, die Zufahrtstraße zur Werft jedoch an der engsten Stelle nur etwa 4 m breit.

Die Männer vom THW wußten Rat. Eines Morgens hieften sie das Hausboot für eine letzte Fahr noch einmal ins Wasser und wandelten es durch Einbinden von zwei Stahlbooten in eine Fähre um. Mit 80 PS am Heck ging es nun von der Scharfen Lanke über den Pichelssee am Südhafen vorbei und weiter über die Havel. An der Spandauer Schleuse grüßte

der Turm der Zitadelle, bis nach dem Passieren des Tegeler Sees die Reise im Borsig-Hafen endete. Der Schwimmkörper des Bootes war nunmehr tüchtig vollgelaufen. Und so war es nicht weiter verwunderlich, daß am Haken des großen Portalkrans der Thyssen-Bandstahl dann ein fast 8 t schweres, ächzendes Gebilde hing, das vordem mit der Hälfte des Gewichts in See gestochen war.

Zwei Tage später – noch lange vor dem Morgengrauen – erschienen wieder die Mannen des THW, diesmal aber in Begleitung der Polizei. Die Freunde und Helfer brachten einen Tieflader mit, und mit einer Ausnahmegenehmigung für den überbreiten Transport in der Tasche und viel Blaulicht vorn und hinten ging es dann durch das noch schlafende Tegel. Kaum eine Handbreit Platz blieb manchmal rechts und links übrig, um an parkenden Fahrzeugen vorbeizukommen. Die dicke Samstagsausgabe einer Zeitung hätte genügt, um den Raum zwischen Hausboot-Dach und S-Bahn-Brücke auszufüllen. Immerhin, nach 40 Minuten war auch die Landpassage glück-

lich zu Ende. Am Nachmittag erfolgte die Übergabe des Bootes. Der Dank an alle am Transport beteiligten Helfer ging bald im Jubel der Kinder unter, mit dem sie Besitz von ihrer Neuerwerbung nahmen. J. W.

## Abwasserleitung für das Museumsdorf in Düppel

Im Auftrag des Museums für Vor- und Frühgeschichte bei der Stiftung Preußischer Kulturbesitz zog die RGW-Gruppe des THW-BV Steglitz unter Leitung von Gruppenführer Hildebrandt an mehreren Wochenenden ins Museumsdorf nach Düppel, um dort Abwasserleitungen für den Wirtschaftstrakt zu verlegen.



Hilfe für das Museumsdorf in Düppel: Das THW verlegte Abwasserleitungen.

An den ersten zwei Wochenenden wurden ca. 130 m PVC-Abwasserleitung verlegt. Für die Ausschachtungsarbeiten stellte der THW-LV den Selbstlader zur Verfügung. Durch starke Regenfälle wurde der Lehm-boden so aufgeweicht, daß die Grabensohle ausgetauscht und neu verdichtet werden mußte. Diese Leitung führt zu einer Klein-Kläranlage. Anschließend wurde der Toilettencontainer mit Hilfe des THW-Kranes in die Nähe der Kläranlage aufgestellt, so daß mit den Umbauarbeiten begonnen werden konnte. Der Container mußte von Trocken- auf Naßbetrieb umgestellt und an die Wasserversorgung angeschlossen werden. Für diese Arbeit haben die Helfer insgesamt ca. 650 Stunden aufgebracht und ca. 110 cbm Erdreich bewegt.

Die Leitung des Museumsdorfes freute sich über die von den Steglitzer THW-Helfern geleistete Arbeit und bedankte sich mit guter Verpflegung, einem gelungenen Grillabend und der Versicherung, daß die THW-Helfer in Düppel immer gern gesehene Gäste sind.



Von zwei THW-Booten geschoben, „dampfte“ das Hausboot über die Havel.

## Realistische Übung

Die THW-Ortsverbände Bottrop, Gelsenkirchen und Gladbeck hatten im November Gelegenheit, das Zusammenwirken mehrerer Ortsverbände im Einsatzfall zu proben. Die örtlichen Verhältnisse – als Übungsgelände stand die Kiesgrube der Flaesheimer Kies- und Quarzwerke zur Verfügung – boten den Einheiten Gelegenheit, alle evtl. auftauchenden Schwierigkeiten realistisch zu üben.

250 Helfer der drei Ortsverbände rückten mit 37 Einsatzfahrzeugen zur angenommenen notwendigen Verstärkung bereits in dem ländlichen Zielgebiet eingesetzter Einheiten aus. Die verschiedenen Aufgaben,



wie Übersetzen von Personen mit SÜ-Booten, Feldkabelbau, Ausbau der Stromversorgung, Fernsprechköglichkeiten zur Verbindung der Einsatzpunkte, Seilbahn, China- und Beselersteg und Verlegen von Frischwasserleitungen und Abwasserleitungen, wurden im Wechsel von verschiedenen Gruppen der Ortsverbände durchgeführt. Das gab allen Helfern die Möglichkeit, auch mit Geräten zu üben, die dem einzelnen Ortsverband sonst nicht zur Verfügung stehen. Diese Großübung war für die Helfer von großer Bedeutung. Denn nur das, was oft und rechtzeitig geübt wird, kann im Einsatzfall wirklich funktionieren.



**Oben:** Ebenfalls eine Übungsaufgabe: Übersetzen von Personen über Gewässer mit SÜ-Booten.

**Links:** Helfer aus vier THW-Ortsverbänden übten gemeinsam, hier den Bau von Feldbrunnen.

## Gemeinschaftsübung an der Katastrophenschutzschule des Bundes

Die KSB Ahrweiler mit ihren idealen Übungsmöglichkeiten war bereits mehrfach das Ziel verlagerter Standortausbildungen des THW-OV Siegburg. Das Besondere der letzten Übung: Die Siegburger THW-Helfer hatten angeregt, das Zusammenwirken verschiedener Einheiten und mehrerer Fachdienste des Katastrophenschutzes des Rhein-Sieg-Kreises zu proben. So rückten am Freitagabend mehr als 150 Helfer aus je einer überörtlichen Bereitschaft der Feuerwehr, des DRK und des THW mit über 20 Fahrzeugen in Ahrweiler

an. Ein kräftiger Regenschauer zwang wohl zum Umsetzen der bereits für die Übernachtung aufgeschlagenen Zelte, vermochte aber die gute Stimmung nicht zu stören.

Ein gewaltiger Rauchpilz über dem Trümmergelände markierte am Samstagmorgen das Einsatzgebiet, in welchem sich die Erkundungsgruppe zunächst einen Überblick über die Lage zu verschaffen hatte. Sie bildete sofort die Technische Einsatzleitung und rief über Funk nach und nach die in verschiedenen Bereitstellungsstellen zusammengezogenen Einheiten heran. Der Feuerwehr oblag zunächst die Bekämpfung der Brände. Während die Helfer des Instandsetzungsdienstes des THW die Fernmeldever-

bindungen herstellten, drangen bereits die Gruppen des Bergungszuges in das Trümmergelände ein und borgen zusammen mit Helfern des Brandschutzdienstes (Feuerwehr) über 20 Verletzte. Die Helfer des Katastrophenschutz-Sanitätszuges des DRK Siegburg übernahmen die Versorgung der Verletzten auf einem eingerichteten Verbandplatz.

Bei der eingehenden „Manöverkritik“ wurde festgestellt: deutliche Fortschritte in der Ausbildung der Helfer. Die bei der Koordinierung des Einsatzes und der Verständigung der einzelnen Einheiten untereinander aufgetretenen Schwächen sind auf mangelnde Erfahrung zurückzuführen. Diese Erkenntnis war zugleich Anlaß für Vorschläge an die Verwaltung des Rhein-Sieg-Kreises, solche gemeinsamen Übungen und vor allem auch Ausbildungsveranstaltungen mit den Führungskräften mehrerer Fachdienste künftig häufiger zu planen.

## 25 Jahre THW Hamm

Wie viele THW-Ortsverbände konnte auch der OV Hamm nunmehr auf eine ereignisreiche 25jährige Vergangenheit zurückblicken. Unter den zahlreichen Gästen zur Jubiläumsfeier befanden sich neben Politikern, Vertretern der Verwaltung, der Industriebetriebe und der Bundeswehr auch Repräsentanten der Hilfsorganisationen sowie der THW-Landesleitung.

In seinem Grußwort dankte der stellvertretende Ortsbeauftragte Kosmehl den Verantwortlichen der verschiedenen Institutionen für die enge und gute Zusammenarbeit mit dem THW. Das Ziel des THW sei es – so Kosmehl – durch den Einsatz technischer Mittel Nachbarn und Mitbürger vor Schaden zu bewahren. Bürgermeister Graf, der die Glückwünsche des Rates überbrachte, bezeichnete das THW Hamm wegen der über die Grenzen der alten Stadt hinausgehenden Einsätze als „Vorreiter der kommunalen Neuordnung“ und würdigte den persönlichen Einsatz der Helfer zum Schutze der Bürger.

Die Zusage des Innenministers, dem OV die Ausrüstung für einen Instand-

setzungszug zur Verfügung zu stellen, verband Stadtdirektor Dr. Gronwald mit der Hoffnung, „daß Bund und Land ebenso wie die Stadt Hamm sich ihrer Verpflichtung bewußt sind, diesen OV schlagkräftig zu erhalten“.

Das THW sei für die Stadt „ein verlässlicher Partner und aus der Katastrophenabwehr überhaupt nicht wegzudenken.“

Besonders hob der Stadtdirektor die beispielhafte Zusammenarbeit mit der Stadt hervor, die hauptsächlich ein Verdienst von THW-Geschäftsführer Jahn sei.

Den historischen Rückblick gab Bernd Jahn. In einer interessanten und teils humorvollen Rückschau schilderte er die nicht immer alltäglichen Einsätze des OV. Daß die Arbeit

des THW Hamm allseits anerkannt wird, erfreute besonders den Landesbeauftragten Günther Kautzky.

Als Dank für die unermüdliche Einsatzbereitschaft überreichte der LB ein Präsent sowie die Jubiläumsurkunde.

### Sonderschau in der jüngsten Stadt

St. Augustin, mir rd. 48 000 Einwohnern die zweitgrößte Gemeinde im Rhein-Sieg-Kreis, zwischen der Bundeshauptstadt Bonn und der Kreisstadt Siegburg gelegen, ist zugleich die jüngste Stadt Nordrhein-Westfalens. Die Bürger der neuen Stadt begingen die Verleihung der Stadtrechte, zugleich auch die Einweihung des Rathauses, mit einem großange-

legten Fest. Zu den zahlreichen Veranstaltungen gehörte am 29. Oktober eine Sonderschau des Katastrophenschutzes. Neben dem in der Stadt ansässigen Bundesgrenzschutz, dem Malteser-Hilfsdienst und der örtlichen Feuerwehr beteiligte sich auch der THW-OV Siegburg. Das THW unterhält in der neuen Stadt nicht nur eine Garage, sondern pflegt bereits seit mehreren Jahren eine fruchtbare Zusammenarbeit. So haben die THW-Helfer mehrere Kinderspielplätze mit Geräten ausgestattet, Kindergärten wurden mit selbst hergestellten Holzbausteinsätzen beschenkt, in mehreren Erholungsparks laden zahlreiche, von den THW-Helfern errichtete Bänke zur Rast ein, und in einem Erholungsgebiet überspannt eine vom THW errichtete Holzbrücke ein Gewässer.

## Hessen



### Ereignisreicher Tag beim THW-OV Wächtersbach

Gleich drei Ereignisse fielen bei der Feier des THW-OV Wächtersbach am 29. Oktober 1977 zusammen. So wurde der bisherige Ortsbeauftragte Edgar Rieger verabschiedet und gleichzeitig sein Nachfolger Gunter Gunia, der die Geschäfte bereits seit Juli 1977 kommissarisch wahrnahm, offiziell von LB Dr. Reß in sein Amt eingeführt.

Hierzu hatten sich Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens aus Stadt und Kreis sowie die Presse eingefunden. Rieger gab einen Rückblick auf die Entwicklung des OV und würdigte die Verdienste der „Männer der ersten Stunde“. Gleichzeitig statete er seinen Dank den Helfern und denen gegenüber ab, die ihm in seiner langjährigen Tätigkeit Unterstützung haben zuteil werden lassen.

THW-Landesbeauftragter Dr. Reß dankte Rieger, der aus persönlichen Gründen sein Amt abgab, für seine Arbeit. Der OV Wächtersbach sei stets ausgezeichnet verwaltet worden, attestierte Dr. Reß dem ausscheidenden OB. OB Gunia würdigte die Verdienste seines Vorgängers Rieger, wobei er versicherte, in seinem Sinne weiter zu wirken.

Kreisbeigeordneter H. D. Becker, der Grüße von Landrat Hans Rüger



THW-Landesbeauftragter Dr. Reß überreichte Fritz Stegmann das THW-Ehrenzeichen in Silber. Im Hintergrund (von links): Geschäftsführer Puth, der ausgeschiedene Ortsbeauftragte Rieger, Kreisbeauftragter Grieshaber, Bürgermeister Heldmann und rechts der neue Ortsbeauftragte Gunia.

überbrachte, führte aus, daß die Zusammenarbeit der Hilfsorganisationen untereinander gestärkt werden müsse. Stellv. Kreisbrandinspektor Pfaff bekräftigte diese Worte und überreichte dem ausgeschiedenen OB zur Erinnerung einen geschnitzten Holzteller und wünschte gemeinsam mit Stadtbrandinspektor Horst Wagner dem neuen OB alles Gute, wobei sie ihm ihre Unterstützung zusicherten.

Die Ausführungen von Bürgermeister Heldmann waren ebenfalls auf das gute Zusammenwirken von THW und Feuerwehr ausgerichtet. Auch er dankte Rieger für seine Tätigkeit und wünschte Gunia eine glückliche Hand. Er kenne Gunia als einen zu-

verlässigen Mitarbeiter, mit dem er bereits einige Jahre zusammenarbeitete. Grüße des Parlaments überbrachte Stadtverordnetenvorsteher E. Götzl. Sachliche und bedächtige Worte richtete Kreisbeauftragter Grieshaber an Gunia, der dessen Ratschläge dankbar entgegennahm.

Ohne große Feierlichkeiten beging der OV Wächtersbach zugleich den 25. Jahrestag seines Bestehens, wozu zahlreiche Glückwünsche überbracht wurden. Unter großem Beifall bekam Alt-Helfer Fritz Stegmann aus der Hand von LB Dr. Reß das THW-Ehrenzeichen in Silber überreicht. 1952 gründete Stegmann den OV Wächtersbach mit, dem er bis heute noch aktiv angehört, zur Zeit als stellv. OB. Sein persönlicher Einsatz seit der Gründung des OV, sein Improvisationstalent in den schwierigen Anfangszeiten, Helfer für diese Sache zu gewinnen und so den Stamm des OV zu schaffen, ist ein Teil seines Wirkens. Noch heute, im Alter von 74 Jahren, ist er „Motor“ mit nie nachlassendem Aufbauwillen, er steht den jungen Führungskräften und Helfern zur Seite.

OB Gunia und Zugführer Dieter Urbanek wünschten und hofften bei ihrer Gratulation, daß Stegmann noch recht lange als Berater zur Verfügung stehen möge. Das THW Wächtersbach könne man sich ohne ihn eigentlich gar nicht vorstellen.

## Einsatz nach Verkehrsunfall

Lebensgefährlich verletzt wurde ein PKW-Fahrer, als er auf der B 52 zwischen Türkismühle und Sötern in Höhe des Industriegeländes Eckelhausen mit einem entgegenkommenden LKW zusammenstieß. Der PKW-Fahrer wurde schwerverletzt in seinem Fahrzeug eingeklemmt, der LKW prallte gegen einen Baum.

Der THW-OV Nohfelden, der zum Zeitpunkt des Unfalls mit den Vorbereitungen zu seiner Veranstaltung „10 Jahre OV Nohfelden“ beschäftigt war, fuhr nach der Alarmierung sofort unter Leitung von Zugführer Pertzborn mit einer MKW-Besatzung und dem Kombi zur Hilfeleistung bei Verkehrsunfällen zur Unfallstelle, wo inzwischen die Polizei und das DRK mit einem Krankentransportwagen und zwei Ärzten eingetroffen waren, um den Schwerverletzten ärztlich zu versorgen.

Die Helfer des THW durchtrennten Mittelholm und Türschloß des Wagens, so daß die Seitenwand der Fahrerseite frei war. Dann wurde der Fahrersitz gelöst und das Fußpedal ausgebaut, damit der Schwerverletzte aus den Fahrzeugtrümmern geborgen und vom DRK einer Unfallklinik zugeführt werden konnte.

Abschließend erfolgte die Bergung des LKW durch die THW-Helfer. G. F.

## Spielgeräte für Kinderspielplätze

Im Rahmen einer Gemeinschaftsaktion aller Verbände und Vereine innerhalb der Großgemeinde Tholey zum Ausbau und zur Vervollständigung der Kinderspielplätze in den einzelnen Ortsteilen hatte der THW-OV Tholey die Herstellung von Spielgeräten übernommen.

Neben den dienstplanmäßig angesetzten Ausbildungsabenden hatten sich die Helfer des I-Zuges verpflichtet, die Spielgeräte – Plattformkarussells, Rundlaufpilze, Lauftrommeln und Rotorscheiben – herzustellen, wobei das benötigte Material von der Gemeinde zur Verfügung gestellt wurde. Insgesamt wurden in den beiden verflossenen Schlechtwetterperioden auf diese Art zehn Spielgeräte mit Einzelgewicht zwischen 300 kg und 750 kg gefertigt.

Die Übergabe der mit viel Liebe zum Detail hergestellten und bunt angemalten Spielgeräte an die Ortsvorsteher der Gemeindeteile Überroth, Scheurn, Hasborn, Sotzweiler, Tholey und Theley erfolgte im Beisein von THW-OB Schäfer und der beteiligten Helfer. Alle Spielgeräte waren in einem geschlossenen Konvoi nacheinander zu den Standorten gebracht und aufgestellt worden. Neben den Dankesworten der Verantwortlichen an die Helfer war die freudige Inbetriebnahme durch die Kinder der schönste Dank für viele hundert Stunden Arbeit der Helfer für die Allgemeinheit. G. F.

## Ausbildung als Rettungsschwimmer

Um einer berechtigten Forderung der Abteilung THW im Bundesamt für Zivilschutz nachzukommen, werden im Bereich des THW-Landesverbandes Saarland schon seit längerer Zeit zusätzlich zum dienstplanmäßigen Ausbildungsprogramm Helfer im Schwimmen und als Rettungsschwimmer ausgebildet. Dies geschieht in enger Zusammenarbeit mit der DLRG.

14 Helfer des Geschäftsführerbereichs Merzig aus den Ortsverbänden Merzig, Mettlach, Obermosel und Beckingen erhielten zum Abschluß eines solchen Lehrgangs im Beisein der DLRG-Ausbilder F. J. Schmidt, P. Nauert, Dr. med. R. Griebler und DLRG-Einsatzleiter Kleber den Grund- bzw. Leistungsschein als äußeres Zeichen der bestandenen Prüfung.

Bei der Übergabe hob Dr. Griebler die Leistung der THW-Helfer hervor und betonte die gute Zusammenarbeit zwischen THW und DLRG. THW-Zugführer Murtzen dankte in Namen aller Helfer für die gute Ausbildung, die den Helfern zuteil wurde. Ein neuer Lehrgang ist bereits geplant. G. F.

## Gemeinschaftsübung in Lauterbach

Unter der Gesamtleitung von Löschbezirksführer Batz fand auf Einladung des DRK zum 20. Jahrestag der Wiedergründung des DRK in Lauterbach eine Gemeinschaftsübung statt, an der auch der THW-Ortsverband

Neunkirchen teilnahm und somit seine Verbundenheit zu den anderen KatS-Organisationen bekundete.

Angenommen wurde am Übungsobjekt in Lauterbach eine Gasexplosion im offenem Brand, der auf eine Ölhalle übergriff und das Wohnhaus teilweise zum Einsturz brachte. Es galt, sechs verschüttete Bewohner des Hauses zu bergen und dem DRK zur Erstversorgung zuzuführen.

Eine Bergungsgruppe des THW-OV Neunkirchen hatte die Aufgabe, unter schwerem Atemschutzgerät in die Trümmer einzudringen, das Haus gegen einen weiteren Zusammenbruch abzusichern und sich am Abtransport der Verletzten zu beteiligen.

Bei der Abschlußbesprechung, an der auch der Landrat des Kreises Neunkirchen, Dr. Schwehm, sowie Vertreter von Feuerwehr, DRK und THW teilnahmen, kam der Dank für die gute Zusammenarbeit zum Ausdruck. Als sichtbares Zeichen erhielten die Vertreter der beteiligten Organisationen Erinnerungsteller. G. F.

## Nachrufe

Am 9. Oktober 1977 verstarb im Alter von 48 Jahren unser langjähriger Helferkamerad

**Hubert Kiefer**  
durch ein Herzversagen.

Während seiner Zugehörigkeit zum THW-Ortsverband Saarlouis gehörte er der GW-Gruppe an und erwarb sich durch sein freundliches Wesen und seine stete Hilfsbereitschaft viele Freunde in den Reihen des Ortsverbandes.

Wir werden Hubert Kiefer als Kollegen und Helferkameraden in guter Erinnerung behalten und ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Ortsbeauftragte und die Helfer des OV Saarlouis

Am 19. November 1977 verstarb im Alter von 19 Jahren

**Martin Dräger**  
an den Folgen eines Verkehrsunfalles.

Der Ortsverband Saarlouis wird das Andenken an den jungen Helferkameraden in Ehren halten.

Der Ortsbeauftragte und die Helfer des OV Saarlouis



## Tagesübung im Steinbruch

Der Bergungszug des THW-OV Saarburg führte unter Leitung von Zugführer Franz Henscheid eine Tagesübung durch. Bei heiterem Wetter fuhr 40 Helfer mit 5 Fahrzeugen zu dem stillgelegten Kalksteinbruch bei Freudenburg.

Die Vormittagsstunden wurden zum Bau einer 50 m langen Seilbahn sowie zu Bergungsübungen aus den Steilhängen genutzt. Die zweite, weit- aus schwierigere Aufgabe stellte der Bau eines Hängesteges von 48 m Länge über einen 20 m tiefen Abgrund dar. Die Verankerung wurde auf der einen Seite an einem Fahrzeug und auf der anderen Seite an einem „toten Mann“ im felsigen Boden vorgenommen. Unter Beachtung strenger Sicherheitsmaßnahmen dauerte der Bau drei Stunden. Dann wurde der Steg auf seine Festigkeit geprüft.

Abschließend wurde unter Anleitung von Lehrkräften des BVS in den alten Gebäuden des Steinbruchs Brandbekämpfung mit Feuerlöschern, Einstellspritze und Tragkraftspritze sowie das Ablöschen von Personen mit einer Decke geübt.

## OV Ludwigshafen feierte Jubiläum

In seiner Begrüßungsansprache zur Jubiläumsfeier führte Ortsbeauftragter Dr. Dorn u. a. aus:

„Vor Katastrophen aller Art kann es keinen absoluten Schutz geben.



Einen Hängesteg von 48 m Länge bauten die 40 Helfer des OV Saarburg innerhalb von drei Stunden.

Es gibt jedoch die Verpflichtung des Staates und seiner Bürger zur weitgehenden Vorsorge vor und zur Minderung von Schäden bei Katastrophen. Das Wissen um diese Notwendigkeit hat vor 25 Jahren zur Gründung des THW-OV Ludwigshafen geführt“.

Auf die Geschichte des OV eingehend, schilderte Dr. Dorn den durch die jahrelange Unterkunftsmissere erschwerten Aufbau. Erst durch die Errichtung der neuen Unterkunft vor drei Jahren wurde das Problem gelöst. Durch die Entwicklung neuer Techniken, wie das Diamantbohrgerät für den Bergungsdienst und die Anwendung von Kunststoffen im Instandsetzungsdienst wurde der THW-OV weithin bekannt.

Dr. Paul Kolb nannte es seine Aufgabe als Präsident des Bundesamtes für Zivilschutz, den Helfern zu danken, daß sie als Staatsbürger besondere Pflichten übernehmen.

Zu der ihm vielfach gestellten Frage

nach der Neukonzeption des Katastrophenschutzes führte Dr. Kolb aus, daß es sich hierbei nicht um Neues, sondern um eine Fortschreibung des Konzeptes von 1968 handle. Sie müsse als unerläßliche Weiterentwicklung gesehen werden. Dem als Gast anwesenden Innenminister von Rheinland-Pfalz, Kurt Böckmann, dankte Dr. Kolb für seine Unterstützung, die er schon bei seiner früheren Tätigkeit im Stadtrat von Ludwigshafen dem THW-OV gewährt hat. Im Auftrag der Helferschaft überreichte Kolb dem Innenminister das THW-Helferzeichen in Gold. Diese Auszeichnung soll Böckmann quasi als einen Angehörigen der Helferschaft erkennen lassen, in der er als Person und nicht als politischer Amtsträger integriert sei.

Innenminister Böckmann dankte für diese Auszeichnung. Nicht der äußere, sondern der innere Sinn dieses Zeichens sei es, der ihm Freude mache. In seinen Grußworten zum Jubiläum unterstrich er die Bedeutung der engagierten Bürger für den Katastrophenschutz, ohne die auch das THW nicht funktionieren könne.

Nach der Besichtigung der Einsatzfahrzeuge und Geräte des OV fuhr ein Sonderbus die Teilnehmer zum Rheinufer, wo eine neue LA-Fähre in Dienst gestellt wurde. Unter den Klängen des THW-Musikkorps Rheinland-Pfalz vollzog Kats-Dezernent Erich Reimann die Taufe mit einem Glas Sekt. Den Namen, „Stadt Ludwigshafen“ wertete er als Zeichen der Verbundenheit des THW zur Stadt. Eine „Jungfernfahrt“ beschloß die Jubiläumsfeier. G. S.



## Schlauchbootfähre als Brücke

Bei der alljährlichen Herbstübung des THW-OV Neckargemünd wurde mit Hilfe der beim OV Heidelberg vorhandenen Schlauchbootfähre ein Fußgängersteg über die Elsenzmündung erstellt. Die Mündungsbreite von ca. 22 m konnte mit diesem Material nicht allein überbrückt werden, daher mußte vom THW-OV Haßmersheim noch ein weiteres Trägerpaar ausgeliehen werden. Durch



22 m lang war die Brücke, die der THW-Ortsverband Neckargemünd aus Fährenmaterial erstellte.

die Verlängerung konnte die Fähre nunmehr als Brücke über die Elsenzmündung dienen. Da es sich um eine Fußgängerbrücke handeln sollte, wurde nur eine Fahrbahnbreite verlegt. Die Eigenkonstruktion des Geländers mit Handlauf wurde mit Schrauben und Muttern durch die in den Trägern vorhandenen Bohrungen befestigt. Die Brücke diente der Bevölkerung als Zugang zu einem Volksfest, genannt Bohrermarkt, und sie fand guten Anklang.



## Fährbetrieb auf dem Main

Anlässlich der Michaelis-Messe in Wertheim sollte der THW-OV Wertheim technische Hilfe leisten: Zwischen der badischen Stadt Wertheim und der bayerischen Gemeinde Kreuzwertheim sollte über den Main „gependelt“ werden.

Nachdem die gesetzlichen und versicherungsrechtlichen Formalitäten erledigt waren, wurde die Schlauchbootfähre mit SD-Überbau als 8-Tonnen-Brückenfähre aufgebaut. Auf den Anbau der Rampen wurde verzichtet, um nanövrierfähiger zu sein. Dafür wurde auf der bayerischen Uferseite des Mains ein Anleger errichtet. Am badischen Ufer stand zum Anlegen in der erforderlichen Höhe eine Spundwand zur Verfügung. Selbstverständlich mußte die Fähre für den Betrieb als Personenfähre besonders ausgerüstet werden (Geländer aufbringen usw.).



5000 bis 6000 Personen setzte das THW an zwei Sonntagen mit dieser Fähre zwischen Wertheim und Kreuzwertheim über den Main.

An den beiden Messesonntagen wurden insgesamt etwa 5000 bis 6000 Personen in beiden Richtungen übersetzt. Insbesondere am 2. Messesonntag – bei schönem Wetter – war der Andrang zeitweise so groß, daß in Fünf-Minuten-Zeitabständen übersetzt werden mußte.

Fazit: Eine gelungene THW-Demonstration, zumal bis vor zehn Jahren in unmittelbarer Nähe ein öffentlicher Fährbetrieb vorhanden war.

## Ausstellung des Sanitätszuges Ringsheim des DRK

Der THW-OV Lahr wurde von Herrn Leser vom DRK-Sanitätszug Ringsheim um Mithilfe bei einer Geräteschau gebeten. Zweck dieser Ausstellung war, der Bevölkerung im ländlichen Raum zu zeigen, welche Organisationen mit welchem Gerät bei Unfällen, Katastrophen oder sonstigen Notständen helfen können. Mit dabei waren: DRK mit einem KTW

und einem VW-Kombi als Mat-Transportfahrzeug (Verbandzelt, zusätzliche Tragen, Feldbetten usw.), die IV. Abteilung der Bereitschaftspolizei Lahr mit einem LiMA-Lkw und einem Wasserwerfer, der Verkehrszug Freiburg der Autobahnpolizei mit einem schnellen Funkstreifenwagen, die Freiwillige Feuerwehr Ringsheim mit dem LF 8 und das THW mit dem Kombi für technische Hilfeleistungen bei Verkehrsunfällen (OV Biberach) sowie dem GWK und MKW (OV Lahr).

## 25jähriges Jubiläum des OV Mannheim

„... und freue mich ganz besonders, Abgeordnete des Bundes- und Landtages, hohe Vertreter der Stadtverwaltung, der Polizei und Feuerwehr, sowie zahlreiche Freunde aus der Industrie, Wirtschaft und dem THW verbundenen Organisationen begrüßen zu können.“ Mit diesen Worten eröffnete Geschäftsführer Reiber die Feierstunde des THW-OV Mannheim zum 25jährigen Bestehen.

Der Ortsverband zählt rund 350 freiwillige Helfer und ist somit einer der personalstärksten in der Bundesrepublik. Leider ist die Ausstattung noch nicht optimal, aber man hofft auf eine baldige Besserung. Die Stadt Mannheim tat den ersten Schritt mit einer Geldzuwendung in Höhe von DM 10 000. Damit sollen noch fehlende Funksprechgeräte angeschafft werden.

Um Mannheims Bürgern einen Einblick in das THW zu geben, veranstaltete der OV einen Informationstag in der City. So wurde ein 120 m langer Trümmersteg aufgebaut und sämtliche Gerätschaften ausgestellt. Viele Bürger der Stadt nutzten diese Gelegenheit zur Information. Um den kleinen Besuchern eine Freude zu machen, wurde ein Ballonwettbewerb veranstaltet. Natürlich fehlte auch der Erbseneintopf nicht.

## Gasexplosion in Ellwangen

„Sonntag, 7.30 Uhr, Gasexplosion im Haus Prahlsstraße 9 in Ellwangen.“ Dies war die nüchterne Meldung.

Die Bewohnerin des Hauses, eine 82 Jahre alte Frau, hatte in der Küche Kaffee kochen wollen. Beim Anzünden des Gasherdes gab es eine gewaltige Explosion mit einer Stichflamme, durch die die Frau Brandwunden an den Beinen, an einem

Arm, am Hals und im Gesicht erlitt. Außerdem hatte sie einen schweren Schock.

Der Explosionsdruck war so stark, daß die der Küche entgegenliegende Hauswand einstürzte und das gesamte Haus so stark beschädigt wurde, daß es abgebrochen werden muß. Der Sachschaden beträgt 160 000 bis 170 000 DM. Wäre beim Bau des unter einem Walmdach stehenden Hauses nicht so viel Holz verwendet worden, wäre es mit Sicherheit wie ein Kartenhaus zusammengestürzt. So aber hat das Holz dem Explosionsdruck doch elastisch nachgegeben.

Die Feuerwehr löschte einen kleinen Entstehungsbrand in der Küche und begann mit der Bergung des Mobiliars. Die verletzte Frau wurde vom DRK ins Krankenhaus gebracht.

Um 8.14 Uhr wurde das THW Ellwangen alarmiert. Stadtbrandmeister Widmann: „Gasexplosion im Wohnhaus Prahlsstraße 9 – Entstehungsbrand ist gelöscht – verletzte Person ist versorgt – THW wird zur Aussteifung und Abstützung des einsturzgefährdeten Gebäudes gebraucht.“ Die Alarmierung der THW-Helfer erfolgte dann im „Schneeballsystem“ über Telefon. Der Zugführer erkundete bereits auf seiner Fahrt zur Unterkunft, am Einsatzort vorbeikommend, die Lage. Daß die oft geschmähte Alarmierung im „Schneeballsystem“ doch recht gut funktioniert und auch relativ zügig geht, beweist, als bereits um 8.36 Uhr neun Helfer mit einem GWK, einem MKW, bis unters Dach beladen mit Abstützmateriale, und dem VW-Bus abrückten. Nach weiteren 12 Minuten waren dann 15 Mann des OV im Einsatz.

Aufgestellt in zwei Gruppen begannen die Helfer sofort mit der Abstützung der Decken und, zusammen mit den Kameraden der Feuerwehr, mit der restlichen Bergung des Mobiliars. In der Zwischenzeit wurde das erforderliche Holz zur Abstützung herangefahren. Die Männer des THW stützten nun noch die einsturzgefährdeten Außenwände mit Stützböcken ab. Zuletzt wurde ein Teil der bereits eingestürzten Ostwand des Hauses mit der Seilwinde des GWK eingerissen und somit die letzte Gefahrenstelle beseitigt. Die Schadenstelle wurde abgeschränkt und die Gehrwege von den Trümmern geräumt. Um 12.20 Uhr war nun auch für die Männer des THW der Einsatz beendet.

## Kreistag besuchte THW

Gemeinsam mit Landrat Dr. Karl-Friedrich Zink besichtigten Mitglieder des Kreisausschusses des Landkreises Weißenburg-Gunzenhausen die Einrichtungen und die Ausstattung des THW-OV Gunzenhausen.



Mitglieder des Kreisausschusses des Landkreises Weißenburg-Gunzenhausen informierten sich über Aufgaben und Ausrüstung des THW.

Dabei wurde den Gästen u. a. die Rettungsschere des Gerätesatzes für die Technische Hilfeleistung auf Verkehrswegen (THW) vorgeführt.

Bei der Kreistagssitzung erhielt Landrat Dr. Zink das THW-Helferzeichen in Gold mit Kranz durch Geschäftsführer Willi Hilpert im Namen des THW-Direktors und des Landesbeauftragten überreicht.

## THW-OV Freilassing baute eine Brücke

Die Helfer des THW-OV Freilassing bauten in der Gemeinde Piding eine Fußgängerbrücke von 13 m Spannweite über die Stoiber Ache. Der Unterbau besteht aus Stahlträgern, der Oberbau aus einer vorgefertigten Holz-Konstruktion, die vom OV Freilassing am eigenen Reißbisch entworfen wurde. Ri

## Großes Lob für Freising's THW

In einem Interview mit Redakteur Fritz Metz vom Freisinger Tagblatt erklärte der Verkehrszugleiter des Verkehrszuges Allershausen, Polizeihauptkommissar Franz Steidl:

„Das THW Freising ist für uns während der Hauptreisezeit mit einer Hilfspolizei gleichzusetzen. Den

THW-Männern zollte der Chef des Freisinger Verkehrszuges große Anerkennung und bestätigte den alten THW-Helfern sogar mehr Routine als einigen seiner jungen Polizeibeamten, die sich erst an den Autobahndienst gewöhnen müssen. Ob es bei der Stauabsicherung ist, beim Ausleiten oder schlichtweg bei der allumfassenden Hilfe, wenn es ‚gekracht‘ hat, die THW-Männer arbeiten mit den Polizeibeamten Hand in Hand, was sich auch bei der diesjährigen Urlaubswelle gezeigt habe.“

Nur Seite an Seite mit Feuerwehr, Sanitätsdienst und nicht zuletzt dem THW kann die Polizei den Einsatz auf der Autobahn bewältigen. Die Zahlen für das THW – 15 834 km bei 3720 Einsatzstunden an 61 Tagen, Hilfe bei 273 Unfällen mit 101 Verletzten – sprechen nach Aussage des Routiniers Steidl für sich. J. S.

## 25 Jahre „Einsatz für den Mitmenschen“

Der THW-OV Obernburg beging sein 25jähriges Gründungsjubiläum. Dieser Ortsverband wurde zwei Jahre nach der Gründung des Technischen Hilfswerks am 24. Oktober 1952 ins Leben gerufen.

Am Anfang stand nur der gute Wille einer Handvoll Idealisten. Bindeleinen, eine Schubkarre, Schaufeln und Spitzhacken – vielfach aus dem Privatbesitz der ersten Helfer – waren typisch für die damalige Situation.

Hier hat sich in den 25 Jahren einiges geändert. Heute verfügt der Ortsverband über Fahrzeuge und Geräte in ausreichendem Umfang, wenn auch hier und dort noch einiges fehlt, insbesondere die Unterbringung des Ortsverbandes zu wünschen übrig läßt. Eines ist jedoch gleich geblieben: das Engagement der freiwilligen Helfer, ohne das die gesamte Aufbauleistung nicht möglich gewesen wäre.

Ortsbeauftragter Jürgen Stender konnte bei der Jubiläumsveranstaltung im Jugendheim „Pia fidelis“ Gründungsmitglieder und Ehrengäste aus nah und fern begrüßen. Unter ihnen Landtagsabgeordneter Ludwig Ritter, der Landrat des Landkreises Miltenberg, Karl Oberle, Regierungsdirektor Ferdinand Ständer vom Bundesamt für Zivildienst und der THW-Landesbeauftragte für

Bayern, Dipl.-Ing. Johann Simon Schwarz, sowie Vertreter der Industrie- und Handelskammer, der Polizei und des Forstamtes, der benachbarten Ortsverbände und schließlich der Geschäftsführer des THW-Bereiches Aschaffenburg, Horst Schulze.

THW-Landesbeauftragter Schwarz nahm die Ehrung besonders verdienter Helfer vor. Ausgezeichnet wurden der Ortsbeauftragte Jürgen Stender mit dem Helferzeichen in Gold mit Kranz; der Zugführer des 2. Bergungszuges Miltenberg, Bernd Roeder, Gruppenführer Elmar Lamß, Verwaltungshelfer Ottmar Brand und Helfer Karlheinz Repp mit dem Helferzeichen in Gold.

Geschäftsführer Schulze überreichte das vom THW-Direktor gestiftete Erinnerungsblatt an den OV.

## „Auf dem Wege zur Sicherheit“

Die Verkehrswacht Rosenheim führte eine Verkehrssicherheitsaktion unter dem Motto „Auf dem Wege zur Sicherheit“ durch. Auf Einladung der Verkehrswacht beteiligte sich der THW-OV Rosenheim an dieser Aktion.

So wurden den Besuchern an einigen Unfallfahrzeugen die verschiedenen Bergungs- und Rettungsmöglichkeiten vorgeführt. Großes Interesse fand hierbei der hydraulische Rettungssatz. Mit den neu beschafften „Hebekissen“ wurde das Aufstellen eines umgestürzten Autobusses demonstriert. Für das Wohl der Besucher sorgte der Verpflegungstrupp des THW-Stützpunktes Großkarolinenfeld.

## Nachruf

Der THW-Ortsverband Treuchtlingen trauert um seinen Kameraden

**Walter Höfner.**

Am 28. November 1977 starb er im Alter von 28 Jahren an den Folgen eines Verkehrsunfalles. Walter Höfner gehörte seit dem Jahre 1973 dem Ortsverband Treuchtlingen als Kraftfahrer an.

Seine THW-Kameraden werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Ortsbeauftragte und die Helfer des OV Treuchtlingen

## PROBEALARM

Ein Film über die Aufgaben des Warndienstes

Fast zwei Jahre vergingen von der Planung bis zur „Uraufführung“ des Films „Probealarm“ vor einem größeren Kreis geladener Gäste (anlässlich der Verabschiedung des langjährigen Warnamtsleiters des Warnamtes X).

Nach umfangreichen Planungen, Vorbesprechungen und dem Schreiben eines Drehbuches, ließ das Bundesamt für Zivilschutz kurz nach Ostern 1976 durch die Münchner Film-Produktionsfirma „Expo-Film“ im Warnamt X einen Farbfilm drehen. Erstmals sollte mit filmischen Mitteln der Betrieb eines Warnamtes dargestellt werden, wie der Besucher das Geschehen erlebt.

Man wollte bewußt keinen Lehrfilm für fachlich vorbelastete Betrachter machen, sondern einen Kurzfilm, der in der Art eines Spielfilmes einen uninformierten größeren Kreis der Bevölkerung anspricht. Es war und ist geplant, diesen Film als „Vorfilm“ in Lichtspieltheatern zu zeigen. Zu den handwerklichen „Profis“ aus der Filmbranche wurden für zwei der drei Hauptrollen Schauspieler verpflichtet.

In der weiteren Hauptrolle und in den Aufgaben der „Komparsen“ versuchten die Bediensteten des Warnamtes X ein gutes „Filmdebüt“ zu geben.

Der Film, der nach Meinung aller Betrachter sehr gut gelungen ist und die Erwartungen voll erfüllt, hat folgende Handlung:

Ein wißbegieriger Junge besichtigt in Begleitung seiner Mutter ein Warnamt. Auslösendes Moment für diesen Besuch ist ein „Probealarm“, der ihn beim Einkaufsbummel mit der ganzen Familie erschreckt. Die sicher und geschickt geführte Kamera verfolgt einen Rundgang durch die verbunkerte, unterirdische Anlage.

In sachlicher und verständlicher Form werden die Einrichtungen des Warnamtes und das Zustandekommen einer Warnung der Bevölkerung mit Hilfe der 65 000 Sirenen erläutert. Eine kleine Übung, die während des Besuchs gerade stattfindet, vermittelt einen lebendigen Eindruck vom betrieblichen Geschehen.

Wenn ein größerer Teil der zukünftigen Betrachter zu dem Ergebnis kommt, das „Andreas“, unser Filmjunge, auf dem Nachhauseweg mit den Worten „Mutti, es ist doch gut, daß es Sirenen gibt“ ausdrückt, dann hat sich dieser Film mehr als gelohnt.

### Warnamtsleiter Böttcher im Ruhestand

Der Präsident des Bundesamtes für Zivilschutz, Dr. Kolb, verabschiedete im Warnamt X am 29. November 1977 den langjährigen Leiter des Warnamtes, Herbert Böttcher, in den Ruhestand.



Die Verabschiedung im festlich hergerichteten Speiseraum des Warnamtes fand im Beisein zahlreicher Gäste und der örtlichen Presse statt.

Der Abteilungsleiter des Warndienstes, Ltd. Baudirektor Dr. Maske, würdigte die Verdienste des scheidenden Warnamtsleiters. Mit den Erfahrungen eines Berufsoffiziers habe er sich als Techniker und Organisator – seit 1960 als Einsatzleiter, seit 1969 als Vertreter des damaligen Warnamtsleiters und seit dem 1. August 1970 als Leiter des Warnamtes – besonders bewährt. Böttcher sei ein Mann der „ersten Stunde“ gewesen, und seine Anregungen und Vorschläge hätten zur Verbesserung des Warndienstes beigetragen.

Präsident Dr. Kolb hob neben den Leistungen und Verdiensten des Scheidenden auch den großen persönlichen Einsatz als langjähriger Vorsitzender des Bezirkspersonalrates beim Bundesamt für Zivilschutz und als Mitglied des Hauptpersonalrates beim Bundesministerium des Innern hervor. Besonders in der Funktion als Vorsitzender des Bezirkspersonalrates habe Böttcher gute und konstruktive Arbeit geleistet und sein offenes Wort, aber auch sein jederzeit offenes Ohr, habe ihn ausgezeichnet.

Ministerialdirigent Dr. Oehler vom Bayer. Staatsministerium des Innern dankte Böttcher für die allzeit harmonische und ausgezeichnete Zusammenarbeit. Es sei erstaunlich gewesen, mit welcher Ruhe und Sachlichkeit, aber auch mit welcher Sachkenntnis er es verstanden habe, gegenüber dem Land Bayern immer wieder die Probleme des Warndienstes zu vertreten.

Im Namen aller Warnamtsleiter und der WD-Verbindungsstellen dankte Danapel, Leiter des Warnamtes IX, Böttcher dafür, daß er seinen Kollegen jederzeit mit Rat und Tat zur Seite gestanden habe und überreichte ihm als Abschiedsgeschenk einen aus Holz geschnitzten ruhenden und lesenden „bayerischen Buben“.

Der Vorsitzende des örtlichen Personalrates, Schlederer, dankte Böttcher im Namen aller Warnamtsangehörigen.

gen unter anderem dafür, daß er „jederzeit ein guter Chef“ gewesen sei und überreichte ebenfalls ein Abschiedsgeschenk.

Bevor man dann zu Schweinshaxe und Bier übergang, überbrachte der Leiter der WD-Leitmeßstelle 103, Schulz, die Grüße und besten Wünsche aller Mitarbeiter der WD-Leitmeßstellen.

Mit Herbert Böttcher ist ein angesehener, fähiger und beliebter Freund, Kollege und Vorgesetzter aus dem Warndienst ausgeschieden.

### **Mitglieder der Industrie- und Handelskammer Frankfurt im Warnamt VI**

Mit dem Warnamt VI im Hochtaunus hatte sich die Industrie- und Handelskammer Frankfurt einen ungewöhnlichen Tagungsort für die Sitzung des Ausschusses „Außenbezirk“ ausgesucht. Durch die Themenstellung: „Die Bedeutung des Zivil- und Katastrophenschutzes für die gewerbliche Wirtschaft“ ist jedoch die Auswahl des Tagungsortes erklärt.

Nach der Begrüßung der Sitzungsteilnehmer durch den Ausschuß-Vorsitzenden, René Schmidt, sprach der Ortsbeauftragte der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk, Ortsverband Bad Homburg v. d. H., Rechtsanwalt B. W. Keller, über Organisation und Einrichtungen des Zivilschutzes, insbesondere der Katastrophenschutz-Einheiten.

Der Vergleich der jährlichen Ausgaben für die militärische und die zivile Verteidigung war Anlaß zu der Feststellung, daß die finanziellen Mittel für den Zivilschutz zur Zeit nicht ausreichend seien. In diesem Zusammenhang wurde die Frage diskutiert, was die gewerbliche Wirtschaft zum Zivilschutz beitragen könne. Über Betriebsschutz- und Selbstschutzvorbereitung hinaus sollten in den Betrieben weitere Maßnahmen getroffen werden, um im Katastrophen- und im Verteidigungsfall besser vorbereitet zu sein.

In seiner Ausführung über den Warndienst regte Einsatzleiter Schnieders an, in den Betrieben von der Einrichtung einer Warnstelle Gebrauch zu machen. Damit sei ein zusätzlicher Informationsfluß über die Sirenenalarmierung hinaus gewährleistet

und die Einleitung von vorbereiteten Maßnahmen in unvorhergesehenen Fällen möglich.

Bei der anschließenden Besichtigung der Anlagen des Warnamtes spiegelte sich in der umfangreichen Fragestellung das Interesse der Ausschußmitglieder an den Einrichtungen zum Schutz der Zivilbevölkerung wider, zumal sich ein großer Teil der Anwesenden bereits im Rahmen der eigenen Tätigkeit mit Fragen des Katastrophenschutzes befaßt.

### **Planübung für AMAST-Personal**

Im Warnamt X veranstaltete das Bayerische Landesamt für Brand- und Katastrophenschutz in der Zeit vom 26. bis 30. September 1977 auf Weisung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern eine Planübung für das Personal der ABC-Melde- und Auswertestellen der Regierung (AMAST).

Zu dieser Planübung waren Mitarbeiter der Regierungen abgeordnet, die während eines Verteidigungsfallbesatzes nicht an eine besetzt zu haltende Stelle unabhörmlich gebunden sind, die dem Schichtdienst unter erschwerten Bedingungen gewachsen sind und bei denen physikalische, biologische und chemische Vorkenntnisse vorhanden waren.

Ziel der Planübung war, das Personal der AMAST mit den in einem Verteidigungsfall anfallenden Aufgaben und Arbeiten in dieser wichtigen Zentrale vertraut zu machen, wobei der Zeitpunkt für Veranstaltung im Hinblick auf die internationale Warndienstübung „INTEX 77“ gewählt worden war.

Ein Schwerpunkt der Ausbildung war die wichtige Zusammenarbeit zwischen den Beobachtungs- und ABC-Meßstellen (BAMSt) und den ABC-Melde- und Auswertestellen der Kreise, kreisfreien Städte und Regierungen einerseits und den Einrichtungen des Warndienstes andererseits.

Leider wurde diese interessante Planübung am letzten Tag durch das alle sehr bewegende und unerwartete Ableben des Lehrgangsleiters überschattet.

### **Bundesbahn im Warnamt X zu Besuch**

Seit Jahren findet zwischen dem Warndienst der Deutschen Bundesbahn im Bereich der Bundesbahndirektion München und dem Warnamt X eine sehr enge und intensive Zusammenarbeit statt.

Diese Zusammenarbeit fand in all den Jahren, wie auch im Oktober 1977, ihren Höhepunkt bei den internationalen Warndienstübungen „INTEX“.

An diesen Übungen beteiligte sich die Bundesbahndirektion München nicht nur mit ihren Verbindungskräften im Warnamt X, sondern zusätzlich mit

– der Warnzentrale der DB-Befehlsstelle München und

– einem Teil der Warnstellen der BA-Befehlsstellen.

Es wurden jeweils Standverbindungen und Reportageleitungen zusätzlich geschaltet, um eine wirklichkeitsnahe Zusammenarbeit praktizieren zu können.

Um das Wissen der bewährten Kräfte erweitern zu können und um den neuen Kräften das erforderliche Wissen zu vermitteln, fand in der Zeit vom 24. bis 26. Oktober 1977 ein Sonderlehrgang im Warnamt X statt.

Die Bundesbahndirektion München hatte folgende Ausbildungsziele gestellt:

1. Information, Einarbeitung und Schulung von ZS-Sachbearbeitern und DB-Verbindungskräften.
2. Aus- und Fortbildung der im Warn- und ABC-Dienst bereits tätigen Mitarbeiter.
3. Förderung der Zusammenarbeit zwischen dem bundeseigenen Warndienst und dem DB-Warndienst.

Eine abschließende, halbtägige Übung zeigte, daß sowohl die „Lehrer“ (Einsatzleiter) des Warnamtes X, als auch die Lehrgangsteilnehmer die ihnen in diesem Lehrgang gestellten Aufgaben voll erfüllt hatten. Man verabschiedete sich mit dem Wunsch nach weiterhin guter Zusammenarbeit bis „spätestens bei der nächsten INTEX“.

## Katastrophen nach Plan

Wie der ASB das Zusammenwirken seiner Helfer und Fachdienste erprobt



**Oben: Gemeinsame Übungen im Katastrophenschutz verbessern die Einsatzbereitschaft: ASB und Feuerwehr beim Verletzentransport.**

**Links: Zusammenarbeit bei der Versorgung der Helfer: JUH und ASB löffelten die Suppe gemeinsam.**

Übungen dienen dem Zweck, Einsatzkräfte aus- und weiterzubilden. So heißt es lapidar im „ABC der Zivilverteidigung“ aus der Schriftenreihe „Zivilschutz und Zivilverteidigung“.

Tatsächlich ist kein Programm der an Inhalten so reichen Palette der ASB-Ausbildungsvorhaben besser geeignet, Helfer und Einheiten des Katastrophenschutzes auf Ernstfälle vorzubereiten als die praktische Er-

probung. Ein weiterer positiver Effekt kommt hinzu: das Zusammenwirken mit Fachdiensten anderer Organisationen.

### Übung in Nürnberg

„Beim Landeanflug stürzte beim Versuch einer Notlandung ein Flugzeug in ein Waldstück. Beim Aufschlag überschlug sich die Maschine mehr-

mals, wobei die 40 Insassen aus dem Flugzeug geschleudert und schwer verletzt wurden.“ Mit dieser Vorgabe rückten in Nürnberg zwei Sanitätszüge des ASB mit 100 Helfern zu ihrer Katastrophenübung aus. Wirklichkeitsnah bot sich den Sanitätern ein Bild des Grauens. Weit verstreut lagen die „geschminkten“ Verletzten auf einer Fläche von 100 Metern verstreut. Nebelkerzen sorgten für den Rauch.

So begann zunächst der erste Sanitätszug, die einzelnen „Opfer“ in abgeholztem Gelände auszumachen, ihre Verletzungen festzustellen und Erste Hilfe zu leisten. In die Geländestücke drangen die Sanitäter unter Atemschutzmasken ein – ein realistisches Bild einer Katastrophe. Wenig später erreichte der zweite Zug das Katastrophengebiet. Seine Aufgabe bestand darin, einen zentralen Verbandplatz einzurichten, von dem aus dann der Abtransport erfolgte. Selbstverständlich zeigten sich auch Mängel bei der Übung, gerade dies sollte ja auch aufgedeckt werden, um im Ernstfall besser helfen zu können. Die ASB-Helfer, von denen viele statt Wehrdienst den Dienst im ASB über 10 Jahre leisten, benötigten – so ASB-Vorsitzender Jörges aus Nürnberg – eine zu lange Anlaufzeit, bis sie mit dem Bergen begannen.

### ... und in Offenbach

Ebenfalls ein Flugzeugabsturz, und zwar eines Jumbo-Jets, wurde bei einer Übung des ASB-Offenbach in Verbindung mit städtischen Feuerwehreinheiten angenommen. Bereits 1962 nämlich wurde das Offenbacher Stadtgebiet als besonders gefährdeter Bereich eingestuft. Zweck der Übung war, den Helfern nicht nur im theoretischen, sondern auch im praktischen Bereich die notwendige Routine und Übersicht zu vermitteln. Sogar Oberbürgermeister Buckpesch, als oberster Leiter des Offenbacher Katastrophenschutzes, informierte sich an Ort und Stelle über den Ablauf der Fernmelde- und Rettungsübungen. Die Sanitätseinheiten des ASB hatten ein Notlazarett in Form zweier großer Zelte innerhalb einer knappen halben Stunde aus dem Boden „gestampft“ und mit der Funkzentrale durch Feldtelefone verbunden. Vier ASB-Kran-

kenwagen und ein „Vier-Tragen-Wagen“ des Offenbacher Katastrophenschutzes waren aufgefahren. Anleitung zu den Hilfsmaßnahmen gab der Offenbacher Arzt Dr. Axel Borgnis, der sich mit einer Gruppe von weiteren sechs Ärzten dem Offenbacher Katastrophenschutz verpflichtet hat.

Bereits vier Wochen später war für die Offenbacher ASB-Helfer erneuter Einsatz: Diesmal hatte die Feuerwehr zum Auftakt ihrer Brandschutzwoche eingeladen.

Wie notwendig das Zusammenwirken der einzelnen Katastrophenschutzorganisationen ist, wurde dieser Tage in Bremen deutlich. Rund 900 Helfer bewiesen während der Landesübung „Nordstern“ ihr Können. Dort wurde der Ernstfall im wahrsten Sinne des Wortes geprobt. Bundestag und Bundesrat hatten gemäß Artikel 115 a, Absatz 1, des Grundgesetzes einen Verteidigungsfall festgestellt. Die Ausgangslage war dann wie folgt:

Ein gegen 15.00 Uhr erfolgter „Luftangriff“ habe heillose Verwüstungen

angerichtet. Ein chemisches Werk ist in Brand geraten. Zwei Feuerwehrmannschaften, zwei Sanitätsbereitschaften und ein Bergungsteam wurden in Marsch gesetzt. Hauptzweck der Übung, die erfreulicherweise ohne Unfall verlief, war die Erprobung des Zusammenwirkens der Fachdienste im Einsatz. Weitere Übungszwecke: Arbeit von technisch-taktischen Einsatzführungen, Arbeit einer Abschnittsführungsstelle, Versorgung der eingesetzten Einheiten über eine zentrale Versorgungsstelle in Zusammenarbeit mit dem Betreuungsdienst, Registrierungs- und Unterbringungsmaßnahmen des Betreuungsdienstes und Heranführung von Verstärkung über einen langen Weg und unter besonderen Bedingungen.

Die Bremer Bürger brauchen jedenfalls zukünftig nicht beunruhigt zu sein; alles hat bestens funktioniert, wie die Übungsbeobachter anschließend feststellten.

### Ausbildungsprogramm in Frankfurt

Welche Konsequenzen nämlich nach festgestellten Übungsmängeln gezogen werden, zeigt die Stadt Frankfurt. Ohne Aufhebens hat dort ein Ausbildungsprogramm begonnen, das der Katastrophenschutzstab der Stadt für alle Hilfsorganisationen und städtischen Ämtern mit ihren Führungskräften zusammengestellt hat. Dieses bis Anfang 1978 laufende Ausbildungsprogramm soll dazu beitragen, die Mängel und Schwächen zu beseitigen, die sich bei einer Übung vor einem Jahr in der Zusammenarbeit aller Beteiligten ergeben und zu harter Kritik in der Presse geführt hatten. Wie der zuständige Stadtrat Jäckel bestätigte, stehen in der ersten Stufe des Programmes Führungsgrundsätze, taktischer Einsatz, Nachrichtenübermittlung und Kartenkunde zur Diskussion.

In der zweiten Stufe geht es um Stabsfunktionen sowie die Vorbereitung von Alarm- und Teilübungen. Stufe drei befaßt sich mit der internen Schulung der Führungskräfte und ihre Koordination. Jäckel betonte, daß die Einzelorganisationen und Behörden ihr Handwerk zwar verstünden, aber „in den höheren Etagen“ gebe es in Führung und Leitung Lücken, die man jetzt schließen wolle.

Wilhelm Müller



100 ASB-Helfer mit 22 Fahrzeugen brachen in München zu einer Übung auf ...



... zu der auch der erschwerte Einsatz unter der Schutzmaske gehörte.

Ulrich Weidner

## Für Auslandseinsätze bestens gerüstet

Zahlreiche Gäste bei der Inbetriebnahme des neuen Lagers der KELA in Köln-Deutz

In Anwesenheit einer großer Zahl fachkundiger Gäste nahm die Johanniter-Unfall-Hilfe am 13. Januar 1978 die neue Unterkunft für ihre Katastrophen-Einsatzleitung Ausland (KELA) in Köln-Deutz, Siegburger Straße 197, offiziell in Betrieb. Wie bereits berichtet (ZS-MAGAZIN 10/77, Seiten 65-66) stehen der JUH als Bundeska-



JUH-Präsident Wolf von Zawadzky gab bei der Inbetriebnahme der neuen Unterkunft der KELA in Köln-Deutz einen Überblick über die bisherigen Auslandseinsätze der JUH.

tastrophenzug seit kurzem zwei komplette 400-Betten-Feldlazarette – gekauft vom Diakonischen Werk – zur Verfügung.

Zur Inbetriebnahme begrüßte der Bundesgeschäftsführer der JUH, Wilkens, prominente Vertreter des Bundesministeriums des Innern – darunter den Leiter der Abteilung Zivile Verteidigung, Ministerialdirektor Menke-Glückert, und die Ministerialräte Dr. Andrews und Keil –, des Bundesministeriums der Verteidigung, der ev. Kirche, des Diakonischen Werks, des Bundesamtes für Zivilschutz, der Stadt Köln, des Regierungspräsidiums Köln, Angehörige des Johanniter-Ordens und natürlich der eigenen Organisation, der JUH.

Der Präsident der JUH, Wolf von Zawadzky, gab einen Überblick über

die bisherigen Auslandseinsätze der JUH, beginnend mit der Hilfsaktion für Ostpakistan (heute Bangla Desh) im November 1970. Damals mußte innerhalb von vier Tagen die gesamte Ausrüstung erst gekauft und per Charterflugzeug zum Einsatzort geflogen werden. Weitere Feldlazarette und ein Hospital folgten in den Jahren 1971 und 1972, ebenfalls nach Bangla Desh. Im Jahre 1972 schloß die JUH dann einen speziellen Vertrag für solche Hilfseinsätze im Ausland. Danach wird das Gerät beschafft und finanziert vom Diakonischen Werk, während die JUH gut ausgebildetes Personal für den Einsatz bereithält. In Äthiopien, der Türkei – wo erstmals nach Erdbeben auch Holzhäuser montiert wurden – und im oberitalienischen Erdbebengebiet Friaul bewährte sich diese „Arbeitsteilung“. Bisher wurde übrigens nach Beendigung der Einsätze das Material an Ort und Stelle belassen und an örtliche Einrichtungen übergeben.

Nach dem Ankauf eines amerikanischen Feldlazaretts (400 Betten) durch das Diakonische Werk mußte neuer Lagerplatz geschaffen werden. Ein früheres Lebensmittellager in Köln-Deutz wurde deshalb aus- und umgebaut und nunmehr Standort des JUH-Bundeskatastrophenzuges. Nun erwarb das Diakonische Werk gleich noch ein zweites 400-Betten-Lazarett – beide übrigens in tadellosem Zustand – und verstärkte die Hilfsmöglichkeiten der JUH somit beträchtlich.

Personell hat sich die JUH in Köln so eingerichtet, daß ein „Stamm“ von 20 Helfern vorhanden ist; weitere 150 freiwillige Helfer, hauptsächlich Spezialisten und Handwerker, können kurzfristig abgerufen werden, weil alle Vorbereitungen wie Vereinbarung mit den Arbeitgebern, erforderliche Impfungen usw. prophylaktisch getroffen sind.

Die überaus gute Zusammenarbeit der JUH mit dem Diakonischen Werk kam bei der offiziellen Inbetriebnahme des 2200 qm großen Lagers durch die Katastrophenschutz-Referentin des Diakonischen Werks, Frau Backes, die eine Botschaft des leider erkrankten Vizepräsidenten Geissel überbrachte, und den für den gleichen Bereich zuständigen Unterabteilungsleiter Zieger zum Ausdruck. Der Landesbeauftragte der JUH in Nordrhein-Westfalen, Graf Bentheim-Tecklenburg-Rheda, sprach seinen Dank für die Fertigstellung des Lagers an den Katastrophenschutz-Referenten der JUH, Voigt, und die beteiligten Helfer aus.

Im Namen von Bundesinnenminister Prof. Dr. Maihofer sagte Ministerialdi-



Die prominenten Gäste in Köln (erste Reihe von rechts nach links): Zieger (Diakonisches Werk), Peltz (JUH-Bundesausbildungsleiter), Dr. Weber-Höller (Generalarzt des Heeres), von Zawadzky (JUH-Präsident), Menke-Glückert (Leiter der Abteilung Zivile Verteidigung im Bundesministerium des Innern) und Graf Bentheim-Tecklenburg-Rheda (Landesbeauftragter der JUH Nordrhein-Westfalen).

rektor Menke-Glückert der JUH Dank für das humanitäre Engagement. Es könne nicht alles perfekt vom Staat geregelt werden, ein Beispiel sei der Katastrophenschutz, der von den freiwilligen Hilfsorganisationen getragen werde. Menke-Glückert hob besonders die eigene Initiative der JUH hervor und die Tatsache, daß der humanitäre Gedanke bei der JUH stets lebendig sei.

Ein Bericht über die technische Ausstattung der Katastrophen-Einsatzleitung Ausland erscheint auf den vorderen Seiten dieser Ausgabe.

Interview mit Pfarrer Kilger

## Kirchliches Handeln bei Unglücksfällen und Katastrophen

Aufgaben und Wirken der Kirche bei Katastrophen und im Katastrophenschutz

Während einer Fortbildungstagung für „Fahrzeugführer von Einsatzfahrzeugen im Rettungsdienst“ ergab sich folgendes Gespräch der JUH mit Pfarrer Wolfgang Kilger, Polizeipfarrer und Mitarbeiter an einer neuen Handreichung der EKD, zum Thema „Kirchliches Handeln bei Unglücksfällen und Katastrophen“:

**JUH:** Die amtliche Definition einer Katastrophe lautet nach Art. 1, Abs. 1 des Bayerischen Katastrophenschutzgesetzes von 1970 folgendermaßen: „Katastrophe ist eine so erhebliche gemeine Gefahr oder Not oder ein so schwerer Unglücksfall, daß Hilfe und Schutz wirksam nur gewährt werden können, wenn die dazu berufenen Behörden, Dienststellen und Hilfsorganisationen unter einheitlicher Leitung der Katastrophenschutzbehörden zusammenwirken.“ Gibt es hierzu Konzepte der Kirche, die spezielle Verhaltensschemen für kirchliche Beauftragte gegenüber der betroffenen Öffentlichkeit beinhalten?“

**Pfarrer Kilger:** Ja. Die EKD hat soeben eine Handreichung veröffentlicht mit dem Thema: „Kirchliches Handeln in Unglücksfällen und Katastrophen“, 1. Auflage 16 000, an deren Entstehung ich als Polizeipfarrer mitgearbeitet habe. Wir müssen ja damit rechnen, daß Großunglücke oder Katastrophen in einem solchen Ausmaß auf uns zukommen, daß die Kirche nicht untätig sein kann.

**JUH:** Schließt der Katastrophenschutz eines HVB einen Theologen ein, z. B. zum Abbau von Spannungen oder Paniken, zur Benachrichtigung der Angehörigen, oder zur seelischen Betreuung der Opfer bzw. moralischen Unterstützung der Helfer?

**Pfarrer Kilger:** Noch nicht. Aber es bestehen darüber bereits Absprachen mit den zuständigen Stellen. Man muß dazu aber kritisch einräumen: Der Spezialist ist nicht immer dazu geeignet, spontane Seelsorge zu leisten. Weil Seelsorge von so viel Komponenten abhängig ist, daß man sie eigentlich nicht im voraus planen kann. Es stimmt, daß wir bei bisheri-

gen Katastrophenfällen der Belastung der Helfer seelsorgerlich nicht immer gerecht geworden sind. Hier haben wir noch nicht genug getan. Man sollte andererseits auch nicht zu viel reglementieren. Eines ist richtig, auch in Krisenstäbe gehört die Kirche hinein.

**JUH:** Ist die Kirche Ihres Wissens nach jemals von behördlicher Seite konkret aufgefordert worden, im Katastrophen-Abwehrstab mitzuarbeiten?“

**Pfarrer Kilger:** Das ist mir im Augenblick nicht bekannt.

**JUH:** Bei einer Katastrophe gäbe es für einen Pfarrer zwei Möglichkeiten der Hilfe. Einmal den persönlichen, praktisch diakonischen Weg, oder den Weg des pastoral seelsorgerlichen Beistands. Ist es die freie Entscheidung jedes einzelnen, wo er seinen Arbeitsschwerpunkt sieht?

**Pfarrer Kilger:** Leider ist es noch die freie Entscheidung. Sie muß es aber auch weitgehend bleiben. Weil ein unvorhergesehenes Unglück zunächst die Kirche, und zwar die Amtskirche und die Diakonische Kirche, überrascht. Es gibt Beispiele aus jüngster Vergangenheit, in denen Pfarrer praktisch halfen oder betend Beistand leisteten. Die eben veröffentlichte Handreichung versucht das zu ordnen.

**JUH:** Ich sehe in Ihrer Antwort einen Widerspruch. Trotz solcher Widersprüche muß aber für die Praxis eine Lösung feststehen. Gibt es die?

**Pfarrer Kilger:** Sie merken, der Widerspruch den ich sehe, ist nicht der Gegensatz zwischen Seelsorge und Diakonie. Das läßt sich ja nie trennen.

Eine helfende Hand ist gleichzeitig ein gutes Wort. Und ein tröstendes Wort kann körperlich helfen.

Für mich liegt der Gegensatz zwischen Spontaneität einerseits und organisierter Hilfe andererseits.

Es sind zwar die kirchlichen Einrichtungen bis zum letzten Bett hin verplant, aber die Kirche ist dabei von denen, die die Katastrophenschutzpläne ausarbeiten, nicht richtig gesehen.

Die neue Handreichung versucht, die Kirche mit ihren Einrichtungen in den Gesamtzusammenhang eines möglichen Geschehens sachgerecht einzubringen.

Und zwar auch in dem Sinne, daß sie Paniken entgegentritt, Spannungen abbaut, Menschen im Glauben stärkt und zu Taten auffordert, die Gelassenheit ausströmen können.

**JUH:** Die Kirche versucht also, mit der neuen Handreichung den für sie richtigen Ort bei der Bewältigung von Katastrophen in einem gewissen Schema zu fixieren. Gibt es eine Zielvorstellung, wo und wie dieses Schema in die staatlich organisierten Pläne einzubringen ist?

**Pfarrer Kilger:** Ja. Die Kirche betrachtet sich aber dabei nicht als Konkurrenz für bereits bestehende Einrichtungen, Verbände und Organisationen, sondern sie will mit den ihr zu Gebote stehenden Mitteln helfen.

Ich möchte aber noch auf etwas anderes hinaus. Jeder zu einem Unfall oder einer Katastrophe gerufene Helfer hat, auch bei größten persönlichen Anforderungen, so viel Zeit, beispielsweise mit einem Sterbenden zu beten. Und da beginnt schon das Wirken der Kirche im Katastrophenschutz.

**JUH:** Kümmert sich die Kirche gezielt darum, die Helfer der Fachdienste auch zum eben angesprochenen seelischen Beistand zu befähigen?

**Pfarrer Kilger:** Leider noch nicht genug. Wir sollten uns darum kümmern, daß Angehörige von Hilfsorganisationen durch Geistliche aufmerksam gemacht werden, sogar unterrichtet werden, wie man denken kann.

Es wäre für die Zukunft sehr zu überlegen, ob die Kirche – falls das gewünscht wird – auf Katastrophenschutzschulen z. B. ein bestimmtes Stundenkontingent zur Verfügung gestellt bekommt, für Themen wie Zuspruch und Gebet mit einem Sterbenden oder Schwerverletzten, denn so etwas kann man lernen und sollte es nicht nur dem Zufall überlassen.

Es ist kirchliche Aufgabe, im voraus Menschen auf das aufmerksam zu machen, was ihnen begeben kann und daß christlicher Glaube die Kraft geben kann, auch dem härtesten Geschehen zu begegnen.

**JUH:** Herzlichen Dank für dieses Gespräch, Herr Pfarrer Kilger, es beinhaltet für die JUH einige Denkanstöße.

Veronika Besau



Wolfgang Rollik

Ein Jahr nach dem schweren Erdbeben in der Türkei

## In Ostanatolien beginnt eine neue Epoche

MHD-Helfer bauen Schulen, Ambulanzstationen, Wohn- und Sanitärgebäude / 1. Fortsetzung

21 Fertigbauten – auf den ersten Blick wirkt die Zahl wie der berühmte Tropfen auf den heißen Stein. In der Provinz Van hat die Naturkatastrophe vom 24. November 1976 etwa 8 000 Häuser total zerstört, 4 000 wurden mehr oder minder schwer beschädigt. Die Malteser-Helfer und die kirchlichen Organisationen leisten mit den „nur“ 21 Gebäuden jedoch einen erheblichen Beitrag zur Infrastruktur: Neben den Krankenstationen und dreiklassigen Schulen entstehen Wohnhäuser für Ärzte und Lehrer. Die Personalwohnungen sind hier genau so wichtig wie bei uns – kein Akademiker geht freiwillig in die Weltabgeschiedenheit Ostanatoliens. Aber wenn die Wohnhäuser erst mal stehen . . .

Carlo Hahn, staatlich geprüfter Tiefbautechniker aus Dormagen und ehrenamtlicher Rettungssanitäter beim MHD, hat da seine Erfahrungen gemacht: „Auf meiner Baustelle in Caldiran erschien bereits nach ein paar Tagen ein Lehrer, der vor einem der Wohnhäuser Sand vom Ufer des Van-Sees abkippen wollte.“ Der Pädagoge wollte das Haus so schon vorsorglich als sein Eigentum kennzeichnen.

Die einfachen Menschen auf den Dörfern der Provinz Van sind froh über jede Hilfe. Das verheerende Erdbeben traf die Ärmsten der Armen. Hier im ostanatolischen Hochland ist das „Armenhaus“ der Türkei, 90 Prozent der Bevölkerung sind Kurden. Sie leben von Getreide- und Rübenanbau und der Viehzucht. Der Malteser-Hilfsdienst leistet in einem Gebiet Wiederaufbauhilfe, das bislang von der Regierung in Ankara arg vernachlässigt worden war. Die von allen Türken wegen ihrer Lage und dem wenig weltstädtischen Flair ungeliebte Hauptstadt Ankara ist weit.

Die DC-9 der Turkish Airlines THY mit dem Namen „Karadeniz“ („Schwarzes Meer“) trug den Abtei-



Oben: Die Kinder von Umuttepe waren die ersten, die zur Baustelle gerannt kamen, als ein Notstromaggregat zum ersten Male elektrisches Licht in dem abgeschiedenen Viehhirtenhof an der türkisch-persischen Grenze aufflammen ließ. Der MHD errichtete ein neues Schulgebäude (im Hintergrund).



Links: Ein kleiner kurdischer Reitersmann galoppiert mit seinem Roß über die Baustelle in Caldiran. Dahinter stehen die „Pferdestärken“ des MHD. Der geländegängige VW-Jeep tat bei den Fahrten über die Naturpisten in der Osttürkei gute Dienste. In der erdbebensicheren Krankenstation (rechts) sind die Baufachleute des MHD mit den Inneninstallationen beschäftigt.



Links unten: Der letzte von 46 Lkw wird in Muradiye entladen. Über 5000 km mußten die „Kapitäne der Landstraße“ von Stuttgart aus bis ins Einsatzgebiet zurücklegen. Trotz der schlechten Straßenverhältnisse in der Türkei kamen die Bauelemente für die Fertigbauten ohne „Bruch“ an.

lungsleiter des MHD-Auslandsdienstes, Dieter Hürtgen, und den Berichterstatter 90 Minuten lang von der Metropole Richtung Osten. Auf dem Flugplatz der Provinzhauptstadt Van empfing MHD-Einsatzleiter Peter Alefelder aus Köln die Besucher mit nicht gerade aufmunternden Worten: „Willkommen am Ende der Welt!“ Wir merkten es schon am Flugplatz:

Am einzigen – und daher Hauptgebäude – des Airports hängt an zwei dünnen Drähten ein Blechschild mit den drei Buchstaben „VAN“. Auf dem Tower vermaßten wir eine Radaranlage. Da erfuhren wir, daß der Flugplatz keine Navigationshilfen besitzt, keine Möglichkeit zur Nachtlandung bietet und die Fracht noch wie zu Luftpionierszeiten per Hand verladen wird. Die tägliche Maschine aus Ankara (im Winter sind es gar nur drei Flüge pro Woche) – hier ist sie noch Ereignis. Einsatzleiter Peter Alefelder hat dies oft genug beobachtet, wenn er einmal wieder mitten in einer interessierten Menge türkischer Männer – die wenigen Frauen halten sich immer abseits – auf ein dringend benötigtes Ersatzteil aus der Heimat wartete. Dann sah er auch stets einen einsamen Spaziergänger weit hinter den Absperrungen am Rande der Rollbahn auf und ab gehen: den Flughafendirektor von Van. Pünktlich zwei Stunden vor Ankunft des Flugzeugs zieht er sich im Stadtbüro der Turkish Airlines den schwarzen Zweireiher an, setzt den schwarzen Hut auf und fährt hinaus an die Landebahn. Da sieht es dann jedesmal so aus, als wolle er dem Jet ungeduldig entgegengehen. Dabei ist Ungeduld normalerweise ein Fremdwort in Ostanatolien.

Die Malteser-Helfer haben sich während ihres viermonatigen Wiederaufbaueinsatzes in der Türkei ihren eigenen Reim darauf gemacht. Die Helfer mußten gut einen Monat länger „vor Ort“ ausharren als ursprünglich geplant. Die einzelnen Bauelemente für die Fertighäuser waren auf 46 LKW aus der Bundesrepublik in die Türkei geschafft worden. Nur einer der Fahrer wollte übrigens diese Strapazentour durch fünf Länder noch einmal auf sich nehmen! Den anderen waren die Straßenverhältnisse besonders in der Türkei zu katastrophal. Schwierigkeiten traten dann aber in der Türkei auf bei der Beschaffung von Zement. Die MHD-Leute mußten darum öfters auf dem Schwarzmarkt von Muradiye feil-

schen. Weil eine allgemeine Teuerungswelle in der Türkei bevorstand, rückten die Händler den notwendigen Baustoff nur spärlich heraus. Auch das Benzin für die Fahrzeuge des Malteser-Hilfsdienstes floß gelegentlich nicht so, wie es wünschenswert gewesen wäre. Gas für die Heizung der Unterkünfte und zum Kochen mußte sogar mit Hilfe der Polizei beschafft werden. (Den Verkehrspolizisten von der Straßenkreuzung in Van im Namen des MHD ein nach-



**MHD-Koch Ralf Breiter mußte in der Küche des öfteren „zaubern“.** Wenn die Mannschaft das Hammelfleisch nicht mehr mochte, wurden Hühner und Truthähne besorgt. Hier rupft der Koch vor der Kantine gerade ein Hühnchen.

trägliches „Dankeschön“.) Mit Ersatzteilen für die strapazierten Behelfsgeneratoren (sie liefen auf den Baustellen fast 400 Stunden) haperte es. Die Mechaniker Bernhard Roßmann und Engelbert Schuhmann hatten alle Hände voll zu tun, die fünf MHD-Fahrzeuge (drei VW-Busse, 1 Kübelwagen, 1 LKW) „am Laufen“ zu halten. 5000 km Anreise, 5000 km im Arbeitseinsatz auf holprigen Schotterpisten forderten den Maschinen und dem Material das Äußerste ab.

Auch MHD-Koch Ralf Breiter mußte in der Küche „zaubern“. Wenn die Mannschaft das „ewige Hammelfleisch nicht mehr riechen konnte, beschaffte er Hühner und Truthähne. Sogar zwei Kälber wurden im Camp

geschlachtet, um Abwechslung auf den Küchenszettel zu bringen. Einsatzleiter Alefelder: „Man muß in jeder Beziehung improvisieren, ob bei der Reparatur der Fahrzeuge, in der Küche oder auf den Baustellen.“

In Caldiran haben die Maurer des MHD und drei türkische Helfer für Anker und Fußböden der Häuser fünf Tonnen Zement verarbeitet. Mit drei Schaufeln (mehr waren nicht vorhanden) mischten die Arbeiter



**Die Mechaniker Bernhard Roßmann und Engelbert Schuhmann hatten alle Hände voll zu tun, die fünf MHD-Fahrzeuge einsatzfähig zu halten.** 5000 km Anreise und 5000 km Arbeitseinsatz auf holprigen Schotterpisten forderten den Maschinen und dem Material das Äußerste ab.

20 Tonnen Sand dazu (weil Zement fehlte, war es ein bißchen mehr als gewöhnlich). Das Wasser schleppten die Helfer mit Eimern heran, denn in den Neubauvierteln fehlen noch Wasserleitungen und Kanalisation. Brauchwasserfahrzeuge der türkischen Erdbeben- und Katastrophenhilfe AFET versorgten die Baustellen mit dem wichtigen Naß. Ohne Mischmaschine mußten die Maurer des MHD dann den Zement „anmachen“. Was das „Tschai“-(Tee-)Trinken, das Feilschen und Improvisieren angeht, sind die Malteser-Helfer aus der Bundesrepublik von August bis Dezember 1977 richtige „Osttürken“ geworden.

(Fortsetzung folgt)



## Zum Jahreswechsel 1977/78



Diese Seiten  
erscheinen in  
Verantwortung des  
Deutschen  
Feuerwehrverbandes

Beim Rückblick auf das Jahr 1977 werden zwei gravierende Probleme augenfällig, welche die bundesdeutschen Feuerwehren beschäftigt haben und die sie noch unbewältigt mit ins neue Jahr nehmen. Es ist die zu Beginn des Jahres 1977 von der Bundesregierung in Angriff genommene Neuordnung des Katastrophenschutzes und die Sorge um die Finanzierung des Feuerwehrwesens nach den empfindlichen Einbußen in der Feuerschutzsteuer. Die Feuerwehren erwarten im Jahre 1978 eine Lösung dieser Probleme und sind bereit, mit dem Bund und vor allem mit den Ländern Lösungsmöglichkeiten zu erarbeiten und in Gesetzesnovellen umzumünzen.

Das Jahr 1977 brachte mit dem 25. Jahrestag der Wiedergründung des DFV im März in Fulda, mit der Jahrestagung der VFDB im Juni in Bremerhaven, mit den Internationalen Feuerwehrwettkämpfen im August in Trient und mit den vielen Aktivitäten der Feuerwehren in allen Ländern während der Brandschutzwoche im Oktober eine Reihe von Akzenten in der Öffentlichkeitsarbeit und Selbstdarstellung, die bundesweite Beachtung fanden. Allen, die im abgelaufenen Jahr den Brandschutz und das Feuerwehrwesen gefördert haben oder in ihm tätig wurden, Feuerwehrmännern, Regierungs- und Kommunalpolitikern, Parlamentariern und Regierungsmitgliedern, Wissenschaftlern und Männern der Wirtschaft, danke ich für ihre Leistungen.

Das Jahr 1978 wird besonders für die Freiwilligen Feuerwehren nach der Einführung der FwDV 2/1 und 2/2 durch die Länder einen Prozeß veränderter und verstärkter Ausbildung einleiten, der unter dem Motto stehen muß: „Von der Quantität zur besseren und breiteren Qualität“. Dies gilt besonders für die Führungskräfte aller Ebenen. Damit dürfte aber auch bei den Freiwilligen Feuerwehren ein Denkprozeß eingeleitet werden, der sich mit dem Komplex „Ehrenamt, Stabsarbeit und Delegieren, berufliche Tätigkeit – Freiwillig-

keit und Abgrenzung derselben“ befassen muß.

Die eingeleiteten Maßnahmen der Bundesregierung zur Neuordnung des Katastrophenschutzes werden von den Feuerwehren kritisch unter folgenden Gesichtspunkten verfolgt:

- Die volle finanzielle Verpflichtung des Bundes im Erweiterten Katastrophenschutz bleibt bestehen. Aufgaben der zivilen Verteidigung können nicht auf Länder und Gemeinden wegen leerer Bundeskassen abgewälzt werden.
- Die vorgesehene Neuordnung muß zu einer Entlastung des Verwaltungsaufwandes führen und den Verwaltungsapparat und das Finanzgebaren durchschaubarer machen.
- Die Bundesregierung hat bei ihrer Planung davon auszugehen, daß die Ausübung der Technischen Hilfeleistung durch die Feuerwehren eine Pflichtaufgabe für den Frieden und für den V-Fall ist und weder ganz noch teilweise durch bundeseigene Organe übernommen werden kann. Die Feuerwehren sind in Rettung und Bergung eine primäre und selbständige Säule, die für den V-Fall mit entsprechendem Gerät durch den Bund auszustatten ist.
- Die Aufrichtigkeit der Bestrebungen des Bundes um Verbesserung der zivilen Verteidigung werden wir messen an der finanziellen Ausstat-

tung derselben. Bevor nicht das Ziel, das sich die Bundesregierung in ihrem Weißbuch zur zivilen Verteidigung von 1972 – hinsichtlich des Ausgabenverhältnisses zwischen militärischer und ziviler Verteidigung mit 20 : 1 – selbst gesteckt hat, auch nur anvisiert und letztlich erreicht wird, ist alle Neuordnung selbstgefällige Augenwischerei. Im Jahre 1977 ist diese Verhältnis bei 60 : 1 angeht.

Gemeinsam mit den Ländern werden wir für die Wiederherstellung des bisherigen Aufkommens an Feuerschutzsteuer kämpfen. Wir erwarten dabei die Unterstützung des Deutschen Bundestages bei der Novellierung des Feuerschutzsteuergesetzes und eine Mithilfe des Bundesministers der Finanzen, der dabei eine eigene Fehlleistung korrigieren kann.

Die Deutschen Feuerwehren aller Sparten gehen gemeinsam in ein neues Jahr, bewußt, daß ihnen 1978 gute und schlechte Tage bringen wird. Nutzen wir die guten Tage zur Stärkung unserer Gemeinsamkeit, und gehen wir die Probleme der schlechten Tage mit einer bewußten Vorwärtsstrategie an.

Ich wünsche allen, die den großen Kreis des Deutschen Brandschutzes bilden, ein gutes, persönlich gesundes und glückliches neues Jahr.

Albert Bürger, Präsident des DFV

## Ländervertreter unterstützen Jugendfeuerwehr

Dienstzeitanrechnung und kein Anwärterjahr mehr

Auf dem Deutschen Jugendfeuerwehrtag in Hamburg (August 1977) wurde der Deutsche Feuerwehrverband gebeten, dafür einzutreten, daß künftig in den einzelnen Bundesländern die in der Jugendfeuerwehr geleistete Dienstzeit bei der Gesamt-Dienstzeitberechnung mit berücksichtigt wird und daß bei aus der Jugendfeuerwehr übernommenen Aktiven das sonst vorgeschriebene Anwärterjahr entfällt.

Dieses Anliegen der Jugendfeuerwehr wurde aufgegriffen und dem Unterausschuß „Feuerwehrangelegenheiten“ des Arbeitskreises V der Arbeitsgemeinschaft der Innenministerien der Bundesländer ein entsprechender Antrag mit Schreiben vom 11. 10. 1977 zugeleitet. Bereits auf der folgenden Tagung am 2./3. November 1977 befaßte sich dieser Unterausschuß unter Vorsitz von Lt. Ministerialrat Kayser (Wiesbaden) mit dem

Antrag des Deutschen Feuerwehrverbandes. Erfreulich ist festzustellen, daß alle anwesenden Ländervertreter dem Antrag einstimmig zustimmten und damit unter Beweis stellten, daß berechnete und begründete Anliegen der Jugendfeuerwehren auch in den Innenministerien der Bundesländer Gehör finden.

#### Dienstzeitberechnung

Der Deutsche Feuerwehrverband hatte folgenden Antrag gestellt: „Der Deutsche Jugendfeuerwehrtag bittet die in der Jugendfeuerwehr abgeleitete Dienstzeit bei der späteren Dienstzeitberechnung in der aktiven Feuerwehr anzurechnen.

Diese Anrechnung sollte im Bereich der Laufbahnvorschriften und bezüglich der Dienstzeit für die Verleihung der Feuerwehr-Ehrenzeichen erfolgen.

Als anrechnungsfähige Dienstzeit soll diejenige Dienstzeit anerkannt werden, die ab dem gesetzlichen Eintrittsalter abgeleistet wird. Frühzeitiger Eintritt in die Jugendfeuerwehr soll keine Anerkennung finden.

Der Deutsche Feuerwehrverband würde es begrüßen, und er vertritt hier die einheitliche Meinung der Jugendorganisationen der Länder, daß eine bundeseinheitliche Regelung für das Eintrittsalter in die Jugendfeuerwehr festgelegt werden sollte. Zur Zeit werden Dienstzeiten zwischen dem vollendeten 12. bis zum vollendeten 18. Lebensjahr in den einzelnen Ländern praktiziert.“

Aufgrund dieses Antrages beschloß der Unterausschuß einstimmig:

*Anrechnung der Dienstzeit in der Jugendfeuerwehr*

„Der Unterausschuß ist der Auffassung, daß bei der Frage, ob die in der Jugendfeuerwehr abgeleitete Dienstzeit bei der späteren Dienstzeitberechnung in der aktiven Feuerwehr anzurechnen ist, großzügig verfahren werden sollte, soweit es die gesetzliche Regelung in dem jeweiligen Land zuläßt.“

#### Anwärter-Jahr

Als weiteren Antrag hatte der Deutsche Feuerwehrverband gestellt:

„In den Bundesländern überwiegt die Regelung, daß ein neues Mitglied eine einjährige Anwärterzeit beim Eintritt in die Feuerwehr abzuleisten hat. Dieses Anwärterjahr soll ein Probejahr in der Feuerwehr sein, um

festzustellen, ob sich das neue Mitglied für die Feuerwehr eignet und in die Gemeinschaft der Feuerwehren sich einzupassen vermag. Nach Ablauf des Anwärterjahres wird das Mitglied als Feuerwehrmann übernommen.

Der Deutsche Jugendfeuerwehrtag ist der Meinung, daß bei Jungfeuerwehrmännern, die eine Mindestzeit von 2 Jahren der Jugendfeuerwehr angehört haben, das Anwärter- oder Probejahr entfallen soll. Zweijährige Jungfeuerwehrmänner sollen bei Übernahme in die aktive Feuerwehr unter Fortfall der Anwärterzeit als „Feuerwehrmann“ übernommen werden.

Der Deutsche Feuerwehrverband schließt sich dieser Meinung des Deutschen Jugendfeuerwehrtages an. Er schlägt vor, diese Regelung einheitlich in allen Bundesländern zu übernehmen. Er bittet deshalb den Unterausschuß „Feuerwehrrangelegenheiten“, einen entsprechenden Beschlußvorschlag an die Innenministerkonferenz zu fassen.“

Aufgrund dieses Antrages beschloß der Unterausschuß einstimmig:

*Fortfall der Anwärterzeit für Mitglieder der Jugendfeuerwehren*

„Vom Unterausschuß wird die Auffassung vertreten, daß bei der Frage, ob bei Jungfeuerwehrmännern, die eine Mindestzeit von 2 Jahren der Jugendfeuerwehr angehört haben, das Anwärter- oder Probejahr entfallen soll, großzügig verfahren werden sollte, soweit es die gesetzliche Regelung im jeweiligen Land zuläßt.“

Aufgrund der beiden zuvor genannten Beschlüsse liegt es jetzt an den Innenministerien der einzelnen Bundesländer, ob und wann diese bundeseinheitliche Regelung im jeweiligen Bundesland eingeführt wird. Die Landes-Feuerwehrverbände wurden vom Deutschen Feuerwehrverband gebeten, entsprechend dieser beiden Beschlüsse und unter Beachtung der Antragstexte des DFV beim zuständigen Innenministerium des Landes einen Antrag auf Einführung zu stellen.

#### Geänderte Anschrift des DFV

Mit Wirkung vom 1. Januar 1978 hat die Deutsche Bundespost in der Stadt Bonn aufgrund der Gebietsneuordnungen Änderungen bei den postalischen Anschriften vorgenommen.

Die Anschrift des Deutschen Feuerwehrverbandes und der Deutschen Jugendfeuerwehr lautet wie folgt:

Hochkreuzallee 89, Postfach 24 01 45,  
5300 Bonn 2,  
Telefon 0 22 21 / 31 04 44,  
47 33 33 (außerhalb der Dienstzeit)

Das Versandhaus des DFV hat folgende Anschrift und Telefonnummer:

Hochkreuzallee 89, Postfach 24 01 25,  
5300 Bonn 2,  
Telefon 0 22 21 / 31 04 86

#### Erinnerung an Statistiken für den DFV

Da dem Deutschen Feuerwehrverband noch zahlreiche Statistiken der Kreise und kreisfreien Städte fehlen, werden die zuständigen Stellen hieran erinnert.

1. Der DFV bittet um umgehende Zusendung der noch fehlenden Feuerwehr-Jahresstatistiken 1977. Um eine schnelle Zusendung wird gebeten, damit die Bundesübersicht erstellt werden kann. Außerdem werden die Unterlagen für das diesjährige Feuerwehr-Jahrbuch benötigt.

2. Mit den im Dezember 1977 verschickten DFV-INFORMATIONEN 1/77 wurden auch einige Fragebogen verteilt. Der DFV bittet die Kreisbrandmeister/-brandräte/-brandinspektoren der Kreise und der kreisfreien Städte, diese Fragebogen umgehend an die Bundesgeschäftsstelle des DFV ausgefüllt zurückzusenden. Die Angaben werden für dringend zu erstellende Übersichten benötigt:

Aufstellung über Feuerwehr-Ärzte  
Im Rettungswesen tätige Feuerwehren  
Musikgruppen in den Feuerwehren  
Aufstellung über Werkfeuerwehren.

Bei der von der Bundesgeschäftsstelle zu erledigenden Aufgabenstellung sind diese Aufstellungen von Wichtigkeit. Senden Sie die Bogen auch zurück, wenn „Fehlanzeige“.

3. Auf den Seiten 39/40 der DFV-INFORMATIONEN hatte der DFV um weitere zusätzliche Informationen gebeten. Es wird um Beachtung und umgehende Beantwortung gebeten.

Der Deutsche Feuerwehrverband hofft, bis Ende Februar 1978 alle erbetenen Unterlagen aus den Kreisen und den kreisfreien Städten vorliegen zu haben.

DLRG und DRK übten gemeinsam

## 220 Helfer im Katastropheneinsatz

27 DLRG-Rettungsboote in Lüdinghausen zusammengezogen

Dichter Nebel liegt über der „alten Fahrt“ bei Lüdinghausen. Eine Schwanenfamilie zieht ruhig ihren Weg. Plötzlich Motorenlärm. Und da sind sie: 27 DLRG-Motorrettungsboote preschen ihrem Einsatzort zu.

Was war geschehen? Der DLRG-Landesverband Westfalen und der DRK-Landesverband Westfalen-Lippe hatten eine gemeinsame Übung ausgeschrieben. In vier Marschgruppen waren insgesamt 27 DLRG-Rettungsboote von Marl, Münster, Dortmund und Hamm aus unterwegs. Drei Marschgruppen, seit dem Vortage bereits auf dem Wasser, übernachteten „einsatzmäßig“. Im Morgenrauen des nächsten Tages wird das Katastrophengebiet erreicht. Anhal-

tende Regenfälle haben mit enormen Wassermassen das ganze Gebiet überschwemmt. Zwei Jugendlager mit ca. 90 Jugendlichen sind von der Umwelt abgeschnitten. Auch Verletzte sind zu beklagen, da ein Scheunendach, unter das sich Jugendliche geflüchtet hatten, eingestürzt ist.

Der Regierungspräsident in Münster deklariert den „alten Hafen Hiddingssel“ zum Treffpunkt für die 27 DLRG-Rettungsboote und drei K-Sanitätsboote des DRK. Mit den Booten werden Sanitäter zum Einsatzort gebracht. Nach der Versorgung der Verletzten erfolgt der Transport der Jugendlichen auf dem Wasser zum Standort der Krankenfahrzeuge oder direkt zum alten Hafen. Generalin-

spektion dann an der Sammelstelle und anschließend gemeinsames Mittagessen aller 220 Beteiligten.

Fazit der Übung: Keiner der Verletzten nahm ein unfreiwilliges Bad, vorsorglich waren jedoch Rettungstau-



DLRG-Rettungstaucherin auf dem Weg zum Einsatzort.

cher im Einsatz. Die Zusammenarbeit zwischen DRK und DLRG klappte ausgezeichnet. Rosemarie Keßler vom DRK-Landesverband und Dr. Konrad Gelzer als DLRG-Landesverbandsleiter waren sich einig: Wir haben voneinander gelernt und gemerkt, beide Organisationen liegen auf der selben „Wellenlänge“.

### DLRG nahm an BVS-Lehrgang teil

21 Ausbilder und Riegenführer der DLRG-Ortsgruppe und Jugendgruppe Schwelm nahmen an einem Grundlehrgang über lebensrettende Sofortmaßnahmen beim Bundesverband für den Selbstschutz teil. An vier Abenden mit insgesamt 12 Stunden wurden die Teilnehmer von BVS-Ausbilder Siegfried zum Bruch in den Sofortmaßnahmen am Unfallort unterrichtet. Alle waren bei den praktischen Übungen mit Eifer bei der Sache. Nach einer schriftlichen Prüfung (programmierte Fragen) fand im Freien die Brandbekämpfung an einer Puppe statt sowie die Handhabung eines Feuerlöschers.

Siegfried zum Bruch bedankte sich für die gute Mitarbeit und überreichte allen die Bescheinigung für die Grundausbildung.



Ein Teil der DLRG-Rettungsboote und DRK-Krankenfahrzeuge am alten Hafen Hiddingssel, dem Einsatzort der großen gemeinsamen Übung

## DLRG aktiv bei der Ausstellung „Rund um den Katastrophenschutz“

DLRG-Bezirk Bremen stellte gemeinsam mit allen Organisationen aus

Unter der Schirmherrschaft des Senators für das Innere veranstaltete der Bundesverband für den Selbstschutz (BVS), in Zusammenarbeit mit den Hilfsorganisationen, die Demonstrationsschau „Rund um den Katastrophenschutz“. Die Ausstellung fand auf dem Parkgelände des großen Einkaufszentrums in Bremen-Huchting, dem Roland-Center, statt.

Täglich war eine Organisation vertreten und zeigte außer den typischen Geräten und Kraftfahrzeugen auch einige kleine Darstellungen aus ihrem aktiven Dienst. Im einzelnen waren

Der DLRG-Bezirk Bremen zeigte bei der Ausstellung „Rund um den Katastrophenschutz“ seine umfangreiche Ausrüstung.



beteiligt DRK, MHD, JUH, ASB, THW, DLRG, die Berufsfeuerwehr und die freiwilligen Feuerwehren.

Um die Ausstellung zu vervollständigen, hatte der BVS ein großes Informationszelt aufgebaut. Darin gab es nicht nur Prospekte und persönliche Beratungsgespräche, sondern auch sieben Nachbildungen von Katastrophen wie zum Beispiel Flugzeugabsturz, Massenkarambolage auf der Autobahn und Explosionen. Die Nachbildungen bestanden aus kleinen Fahrzeugen und Geräten, Häusern und Geländen, die auf einer runden Platte aufgebaut waren. Nach und nach wurden die einzelnen Schaupunkte angestrahlt und über Lautsprecher für den Zuschauer erklärt.

Am Samstag war nun die DLRG, Bezirk Bremen, auf dieser Ausstellung vertreten. Gezeigt wurden die „Mobile Wachstation“, das Weserstreifenboot „Triton“, diverse Funkgeräte, das Tauchereinsatzboot mit den erforderlichen Tauchgeräten und Anzügen. Darüber hinaus auch die Boote, die speziell im Katastropheneinsatz ein-

gesetzt werden können, dazu die jeweilige Gerätekiste mit Scheinwerfer, Motorsäge und weiteren technischen Hilfsmitteln.

Für Kinder wurde ein Rettungsring-Zielwerfen organisiert. Bei einiger Übung brachten es die Kleinen zum Teil auf beachtliche Treffer. Auf alle Fälle hat es den Kindern Spaß gemacht, denn die Schlange der Ringwerfer wurde nie kürzer. Als Preise winkten nicht nur Bonbons, sondern auch Einkaufsgutscheine der Einkaufsgemeinschaft des Roland-Centers.

### Katastrophenschutzübung war der Höhepunkt

Relativ früh hatte die Saison für die aktive DLRG-Ortsgruppe Konstanz im Jahr 1977 begonnen, was nicht zuletzt daran liegt, daß Konstanz in der Nähe des Bodenseebades Horn ein beheiztes Schwimmbad besitzt, das schon Anfang April seine Pforten für die wasserbegeisterten Konstanzer geöffnet hat. Am ersten Tag war der Eintritt frei. Die DLRG Konstanz führte dort unter starkem Beifall einige Rettungsübungen vor. Besonderes Lob erhielt die Jugend der DLRG, die unter ihrem Leiter Karsten Lemcke einige bravouröse Rettungen zeigte. Auch die Tauchergruppe stieg mit ihren Anzügen in das 28 Grad warme, 50 m lange Becken, was die jüngeren Zuschauer besonders begeisterte.

Für die Tauchergruppe begann aber die Saison noch früher als für die Rettungsschwimmer. Der Höhepunkt war eine Katastrophenschutzübung, an der die Bundesbahn, die Stadt-

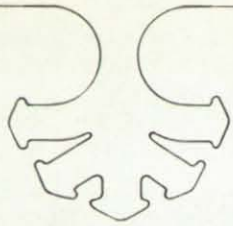
werke, Wasserschutzpolizei, DRK, THW, Feuerwehr und die DLRG beteiligt waren. Als Unfall wurde ein Schiffsbrand auf einem Kursschiff der Bundesbahn angenommen. Der Kapitän setzte den Notruf ab, und die Bundesbahnzentrale alarmierte die einzelnen Hilfsorganisationen.

Schnellstens trafen die Rettungsboote an der Unfallstelle ein. Drei Wasserschutzpolizeiboote bargen die Passagiere, die über Bord gesprungen waren. Eine Bodenseefähre wurde aus dem Linienverkehr gezogen und mit Feuerwehr- und Rotkreuzfahrzeugen zur Unfallstelle beordert. DLRG-Taucher wurden mit Booten des THW zur Unglücksstelle gebracht. Das Feuerwehrlöschboot hatte die Flammen bald unter Kontrolle. Ölwehrboote kümmerten sich inzwischen um ausgelaufenes Öl. Die Übung, die hervorragend klappte, war durch dichten Nebel, der nur eine Sicht von etwa 20 m zuließ, sehr erschwert. Es konnte nur mit Radar und Hupsignalen gefahren werden.

Diese Ernstfallprobe kam der Zusammenarbeit der einzelnen Organisationen sehr zugute.

### „Sicherheitsfahrt – damit Hilfe keine Zufall bleibt“

Unter diesem Leitsatz wurde vom Bundesverband für Selbstschutz in Zusammenarbeit mit der Feuerwehr, dem DRK, dem THW, der JUH, der Verkehrswacht und der DLRG-Ortsgruppe (OG) Lüdenscheid eine Sicherheitsfahrt veranstaltet. Schirmherr dieser Veranstaltung war der Bürgermeister der Stadt Lüdenscheid, Jürgen Dietrich. Die Fahrt sollte bei den Teilnehmenden das Interesse wecken, sich in der Selbst- und Nächstenhilfe aus- bzw. weiterbilden zu lassen und unter anderem die Möglichkeit der Zusammenarbeit verschiedener Organisationen aufzuzeigen. Die OG Lüdenscheid, die ihren Standpunkt an der Versetalsperre hatte, stellte den Teilnehmern zur Beantwortung einen Fragebogen zur Verfügung mit der Frage: Wie würden Sie sich verhalten, wenn Sie mit Ihrem Pkw in ein Gewässer fahren? Die Frage wurde zufriedenstellen beantwortet. Abends trafen sich Teilnehmer und Veranstalter im Schulungsheim der Feuerwache, wo die besten Fahrer aus der Hand des Bürgermeisters wertvolle Preise entgegennahmen.



## PRESSESCHAU DES INLANDS

### Landfrauen informierten sich

Es ist eine altbekannte Tatsache, daß in weiten Kreisen der Bevölkerung zugegeben wird, über den Zivilschutz und den Selbstschutz in keiner Weise informiert zu sein.

Zu der gleichen Feststellung gelangte die Sprecherin einer Gruppe von Vorsitzenden von Landfrauenverbänden in einem vom BVS veranstalteten Seminar in Mainhardt.

„Jetzt, nach dieser Tagung jedoch, können wir sagen, daß wir zumindest angeregt wurden, unser hier erworbenes Wissen an unsere Damen zu Hause weiter zu geben und sie auf die Wichtigkeit dieser Sache, die uns alle angeht, hinzuweisen.“

Jeweils zwei Tage lang wurde informiert und diskutiert. Fast 60 Frauen aus der Region Hohenlohe – Franken beteiligten sich an diesen Veranstaltungen. Eleonore Elsässer, BVS-Referentin für Frauenfragen, führte in die Tagung ein. Sie betonte besonders den staatsbürgerlich-humanitären Charakter des Anliegens an die Frauen.

Die Dienststellenleiter des BVS in Schwäbisch Hall und Heilbronn hatten diese Tagungen initiiert. Sie gaben einen Überblick über zahlreiche Schutzmöglichkeiten, die selbst bei modernen Angriffswaffen noch gegeben sind. Schutzraumfragen, Vorratshaltung und Brand- und Bergungsmaßnahmen gehörten ebenfalls zu den Unterrichtsthemen.

(Südwestpresse, Schwäbisch Hall)

### Friedliche Nutzung von Nuklearbomben

Bereits seit einigen Jahren werden in den USA und in der Sowjetunion Versuche unternommen, nukleare Explosionen auch für friedliche Zwecke anzuwenden. Die bisherigen Versuche waren sehr vielversprechend; dies jedenfalls wurde kürzlich auf einer internationalen Konferenz herausgestellt.

Das Spektrum der Möglichkeiten reicht von der Ausnutzung der Sprengwirkung von A-Bomben zur Aushebung von Tagebauen, Häfen und Kanälen über die Schaffung riesiger unterirdischer Speicher und die Aufschüttung von Dämmen bis zu kontinuierlich unterirdisch arbeitenden Nuklearbomben-Kraftwerken.

Unterirdische Kernzündungen tragen aber auch zur Wiederbelebung sogenannter „lahmer“ Erdgas- und Erdölfelder bei. Selbst dort, wo bisher kein Erdöl gefördert wurde, bringt es die friedliche Kernexplosion zum Fließen. Dies bei erdölhaltigen Teersand- und Ölschieferlagern. Erste Versuche in Australien und Kanada waren bereits erfolgreich. Ungeahnte Möglichkeiten eröffnen sich bei der Bekämpfung von Katastrophen. In wenigen Sekunden können durch gezielte Kernexplosionen Staudämme aufgeworfen werden, Flüsse können umgelenkt und Material für die Baustellen an Staudämmen mit einem Schlag dorthin befördert werden.

In Mittelasien in der UdSSR wurde sogar eine brennende Erdölgasquelle durch den Einsatz einer 30-Kt-Bombe in Sekunden gelöscht, nachdem ein halbes Jahr lang alle Versuche gescheitert waren, mit herkömmlichen Mitteln zu helfen.

(Freiheit, Halle/Saale)

### DDR: ZV-Verdienstmedaille in Gold

Die intensive Schulung, die in der DDR den Einheiten der Zivilverteidigung vermittelt wird, ist in ihren Einzelheiten bei uns weitgehend unbekannt. Wenn allerdings ein Kommandeur der Einsatzkräfte der Zivilverteidigung mit der Verdienstmedaille der Zivilverteidigung in Gold ausgezeichnet wird, läßt dies doch Rückschlüsse auf das System der ganzen Ausbildung zu. Eng verzahnt sorgt eine ständige Kette von Übungen, Wettbewerben und Manövern, bei denen es eine ganze Reihe von Auszeichnungen zu erringen gilt, dafür, daß die Ausbildung im Zivilschutz ständig verbessert wird.

Mit Begeisterung spricht Genosse Jäger, Mitglied des Führungsorgans der Zivilverteidigung, von seinem Kommandeur: „In kürzester Zeit ist es uns möglich, die Einsatzkräfte der Zivilverteidigung aus den verschiedensten Betrieben des Kreises Bad Freienwalde zu formieren. Wir

erreichten unter Führung unseres Kommandeurs Werner Schröder die höchste Einsatzstufe. Erlaubt es der Einsatzplan, so wird die Ausbildung praxisnah durchgeführt.

Der Bau kleiner Brücken oder der Abriß baufälliger Gebäude kommt der Öffentlichkeit zugute. Bisher wurde hier ein ökonomischer Nutzen von über 145 000 Mark erbracht. Durch eine entsprechende Führungsarbeit ist sichergestellt, daß im Führungsstab ein Genosse auch die Arbeit des anderen übernehmen kann. Uns allen ist die Auszeichnung des Genossen Schröder ein Ansporn.“

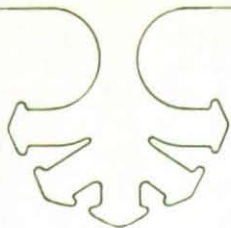
(Neuer Tag, Angermünde)

### Vorwarnzeiten werden kürzer

Die Vorwarnzeiten für die NATO werden noch kürzer, die Streitkräfte des Warschauer Paktes haben im konventionellen und im nuklear-taktischen Bereich einen „gewaltigen Sprung nach vorn“ gemacht. Dies jedenfalls ist die Meinung des stellvertretenden Stabschefs des NATO-Oberkommandos Europa, Generalleutnant Domröse. Domröse sagte dies bei der Gründung der Sektion Hannover der Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik. Diese Entwicklung, so führte er aus, habe dazu geführt, daß mögliche Angriffsvorbereitungen des Ostens für die NATO sehr viel schwerer erkennbar geworden seien.

Die „dritte Generation“ der sowjetischen Kampfflugzeuge sei technisch so verbessert worden, daß sie direkt von ihren geschützten Basen im Heimatland aus eingesetzt werden könnten, ohne vorher in westliche Gebiete der Warschauer-Pakt-Staaten verlegt werden zu müssen. Damit sei für den Westen ein wichtiges Warnzeichen verloren gegangen. Inzwischen ist auch sicher, daß sechs im Baltikum stationierte Raketen-U-Boote als „Plattform für Europa“ dienen. Die Aufklärungsarbeit der NATO wird nach Ansicht Domröses durch die neu entwickelten sowjetischen Mittelstreckenraketen „SS-X 20“, die ihre Basen ständig wechselten, erschwert. Dem zunehmenden Ausfall von Indikatoren für mögliche Angriffsvorbereitungen muß die NATO nach Ansicht von Domröse mit technischem Gerät begegnen, das ein Höchstmaß an Reaktionsgeschwindigkeit gewährleistet.

(Die Welt, Bonn-Bad Godesberg)



## presseschau DES AUSLANDS

### Hilfspolizei für ZV-Notstand



#### information bulletin

#### DEFENSE CIVIL PREPAREDNESS AGENCY

Für die Hilfspolizei, die in einem ZV-Notstand eingesetzt werden soll, wurden Ausbildungsrichtlinien herausgegeben, die jetzt den entsprechenden Stellen zur Verfügung stehen. Diese Richtlinien, im Auftrag des Notstandsplanungsausschusses der internationalen Vereinigung der Polizeichefs ausgearbeitet, sollen zwei Probleme lösen. Sie sollen die Ausbildung von Laien regeln, die als Hilfspolizisten bei Großkatastrophen die reguläre Polizei verstärken sollen – und eine Ausbildung vermitteln, die Selbstschutz gegen die Wirkung atomarer Waffen möglich macht. (Washington, Nr. 291)

### Zivilverteidigung und Heimwehr



## CIVILT FÖRSVAR

Die Aufgabe der Zivilverteidigung ist es, im Kriege Menschenleben zu schützen und zu retten. Dafür sind im Frieden zwei Organisationen zuständig – das Gesundheits- und Krankenhauswesen und der Rettungsdienst. Mit dem Aufbau des Rettungsdienstes ist man bereits seit mehreren Jahren befaßt, sein Kerngebiet ist der Brandschutz.

Im Kriege soll die Zivilverteidigung die Rettungs- und Brandschutzaufgaben übernehmen, das Gesundheits- und Krankenhauswesen setzt seine Aufgaben – wenn auch in etwas veränderter Form – fort. Zu erwähnen ist, daß auch die schwedischen Gemeinden mit ihren im Frieden wahrzunehmenden Aufgaben diese im Kriege in erheblich stärkerem Umfang fortzusetzen haben.

Die schwedische Heimwehr, deren

Aufgaben in einer besonderen Durchführungsverordnung festgelegt sind, wird in eine allgemeine Heimwehr und in die Betriebswehr gegliedert. Die Betriebswehr, die betriebseigene Anlagen und die Arbeit in Behörden oder Betrieben zu schützen hat, dürfte kaum Zeit finden, die Zivilverteidigung zu unterstützen. Die allgemeine Heimwehr wäre jedoch durchaus geeignet, die Zivilverteidigung zu unterstützen – sowohl ihrer Gliederung nach als auch von den Erfahrungen her. Immerhin wird sie im Frieden doch bei vielerlei Katastrophen zur Hilfeleistung eingesetzt.

Die vielfach ergangenen Anregungen zu einer Zusammenarbeit dürften allerdings an völkerrechtlichen Problemen scheitern, die eine Vermischung von reinen Hilfsorganisationen und – eben doch – militärischen Kräften nicht zulassen.

(Stockholm, Nr. 9/10 1976)

### Schweiz: 3 Milliarden Dollar für Zivilschutz

## HERALD TRIBUNE

Die Schweiz baut zielstrebig vor für den Fall der atomaren Massenvernichtung oder einer weniger schlimmen Katastrophe, die von kriegerischen Ländern ausgehen könnte. Diese 6,4-Millionen-Nation befindet sich mitten in einer Zivilschutzaktion, die als die ehrgeizigste der westlichen Welt gilt.

Etwa 50 % der Schweizer fänden heute bereits Schutz in wirklich modernen, gut ausgestatteten Schutzräumen; weitere 25 % könnten in älteren Schutzräumen Platz finden. Bis zum Jahre 2000 wird das vom Gesetz her vorgesehene Programm beendet sein und jeder Schweizer einen Schutzplatz haben. Den Steuerzahler kostet das etwa 3 Milliarden Dollar.

Im allgemeinen aber muß immer dann, wenn ein Einfamilienhaus oder Mehrfamilienhaus gebaut oder umgebaut wird, der Besitzer für Schutzräume sorgen, die den anspruchsvollen eidgenössischen Maßstäben entsprechen müssen – und die Hälfte der Kosten übernehmen. Ähnliche Vorschriften gelten für öffentliche Gebäude, Fabriken, Bürogebäude und Hotels.

Eine Zivilschutzausbildung ist Pflicht für 420 000 Schweizer. Die laufenden Schutzbauprogramme in der Sowjet-

union und in China bekräftigen die Meinung der Schweizer, daß ihr Programm sinnvoll ist.

(Paris, 20. Oktober 1977)

### Der nordvietnamesische Bevölkerungsschutz

#### VÄESTÖNSUOJELULEHTI



Die Bevölkerungsschutzmaßnahmen in Nordvietnam werden in konkreten Einzelheiten in einem Buch geschildert, welches der sowjetische Korrespondent Vasiljev unter dem Titel „Raketen über der Lotosblume“ veröffentlicht hat. Nguen Djem, ein Mitglied des Komitees des Verwaltungsbezirkes Ngean, gab an: „Schlimm war es zu Anfang, von April bis Juni 1965. Zwar wurden Vorbereitungen getroffen, doch die Wucht der Angriffe stellte uns vor viele unerwartete Probleme.

Es gab enorme Schwierigkeiten bei der Evakuierung von Menschen und Betrieben, dem Ablauf der Transporte und auch der Organisation in den Aufnahmegebieten für die Evakuierten. Die Bevölkerungsstärke des Wohnzentrums Vinh beispielsweise wurde auf ein Siebentel reduziert; 220 000 Menschen wurden in das Gebirgsgebiet außerhalb der Stadt transportiert.“

Die Behörden von Nordvietnam haben erklärt, daß Evakuierungen und Schutzbauten eine entscheidende Rolle spielten. Hanoi wurde am 1. Juli 1966 erstmals bombardiert. Daraufhin wurden rund 85 % – 1,2 Millionen – der Bevölkerung evakuiert. Industrie wurde in Gebirgsgegenden verlegt.

Krankenhäuser in ständig angegriffenen Gebieten wurde unter die Erde verlegt.

Öl- und Treibstofflager wurden dezentralisiert. Man füllte die Bestände in Fässer um und deponierte diese unmittelbar an Hauptstraßen und Kreuzungen. Diese Lagerstellen waren etwa 2–3 Kilometer voneinander entfernt. Als Schutzbauten wurden die bekannten Ein-Mann-Löcher mit Deckeln und unterirdische Bunker, die eine Betondecke oder Holzstammdecke hatte, errichtet. Die Ein-Mann-Löcher baute man an offenen Plätzen oder in Parkanlagen.

Die Warnung der Bevölkerung vor Luftangriffen erfolgte durch Sirenen oder über Lautsprecheranlagen.

(Helsinki, Nr. 2/1975)



# WISSENSCHAFT UND TECHNIK

## Größte Feuerwehr-Einsatzzentrale in Betrieb

In Hamburg hat jetzt die größte computergesteuerte Feuerwehr-Einsatzzentrale Europas ihren Betrieb aufgenommen. Bei den über 200 000 Einsätzen, die hier jährlich abzuwickeln sind, wird es in Zukunft nicht länger als 30 Sekunden dauern, bis ein telefonischer Notruf (über die Notrufnummer 112) mit Hilfe des sogenannten Einsatzleitrechners an eine der 18 Feuerwachen, der zwölf Außenstellen oder an die Rettungswache weitergeht.

Die für die Einsätze notwendigen Daten der zentral ankommenden Notrufe werden am Einsatzleitplatz über eine Tastatur sofort in das Computersystem eingegeben, worauf in Sekundenschnelle ein vom Rechner ermittelter Einsatzplan auf dem Bildschirm des Datensichtgeräts erscheint. Er schlägt vor, von welcher Feuerwache aus und mit welchen Fahrzeugen und Geräten der Einsatz durchgeführt werden soll. Akzeptiert der Beamte am Leitplatz den Computervorschlag, so geht der Alarm unverzüglich an die ausgewählte Feuerwache weiter, wo ein Alarmschreiber den Einsatzplan ausdruckt. Die 96 freiwilligen Feuerwehren Hamburgs werden – sofern sie im Einsatzplan vorgesehen sind – automatisch über Funk alarmiert.

Die Einsatzzentrale umfaßt insgesamt 16 Leitplätze, die für spezielle Aufgaben wie Notrufannahme, Rettungsdienst (Disposition Krankenbeförde-



lung), Großeinsätze und Katastrophen vorgesehen sind. Der Rettungsdienst wird – ebenfalls mit Computerunterstützung – im engen Kontakt mit den Hilfsorganisationen und dem Krankenhaus-Bettennachweis der Gesundheitsbehörde abgewickelt.

## Kontrolle für Masken-Dichtigkeit

Von der Dichtigkeit einer Maske ist im Einsatz die Sicherheit des Geräteträgers abhängig. Masken müssen daher besonders nach Wasch- und Reinigungsvorgängen oder Austausch von Einzelteilen auf ihre Dichtigkeit geprüft werden. Zur besseren Kontrolle gibt es jetzt das neue Masken-Dichtprüfgerät Nova als Prüfzubehör für die Nova-Vollmasken.



Das Gerät – in einem Kunststoffkoffer übersichtlich untergebracht – besteht aus Prüfblase, verschiedenen Prüfanschlußstücken, Druckmesser mit Absperrhahn sowie einer Ballpumpe mit zwei Ventilen zur Über- und Unterdruckerzeugung und zum Aufpumpen der Blase.

Die Maske wird bei der Dichtprüfung an der aufgepumpten Prüfblase angelegt. Wenn der Zeiger während der Prüfzeit auf dem Manometer im grün gekennzeichneten Bereich stehen bleibt, ist die Dichtprüfung in Ordnung. Anderenfalls kann bei Leckagen – beispielsweise an Masken mit Ausatemventilen – über ein weiteres Prüfanschlußstück die etwaige Undichtigkeit an den Ausatemventilen festgestellt und behoben werden.

Sollte an anderer Stelle der Maske nach wie vor eine Leckage vorhanden sein, wird durch Anschluß der Ballpumpe ein Überdruck in der Maske erzeugt. Durch Blasenbildung in einem Wasserbad lassen sich Leckstellen dann lokalisieren.

## Geprüfte Sicherheit

Das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung hat ein neues Zeichen eingeführt: GS = geprüfte



Sicherheit. Bisher waren es gerade die Prüfzeichen, die in ihrer Vielfalt immer wieder Anlaß zur Kritik gaben. Nur wenige Eingeweihte waren in der Lage, zu beurteilen, ob eine Plakette an einer Maschine – und dazu gehören auch Mixer, elektrische Eisenbahnen, Rasenmäher, Waschmaschinen – nun ein Prüfzeichen darstellt oder ob es sich um ein sonstiges Symbol handelt.

Jetzt garantiert das Gesetz über technische Arbeitsmittel – kurz: Maschinenschutzgesetz –, daß Geräte mit dem GS-Zeichen sicher sind. Sie sind nach allen Regeln der Technik und nach den neuesten Arbeitsschutz- und Unfallverhütungsvorschriften, DIN-Normen und VDE-Bestimmungen auf Sicherheit geprüft. Will man Unfälle verhüten, sollte man beim Einkauf Erzeugnissen mit dem GS-Sicherheitszeichen den Vorzug geben.

## Feuerrettungsleiter

Diese zusammenlegbare Feuerrettungsleiter, 15 m lang ausziehbar, in einem 15-kg-Päckchen von 30 x 40 cm zusammenfaltbar, war eine der Neuheiten der Internationalen Ausstellung für Ideen und Erfindungen, die im November in Nürnberg stattfand.





neue BÜCHER

### **Grundzüge des praktischen Strahlenschutzes**

Von H. Schultz / H. G. Vogt,  
Thiemig-Taschenbücher,  
Karl Thiemig Verlag, München  
Bd. 62

Für alle, die sich mit dem Thema Strahlenschutz befassen, ist das vorliegende Buch ein hervorragendes Nachschlagewerk. Es basiert auf wissenschaftlichen Grundlagen, die jedoch allgemeinverständlich niedergeschrieben sind. Wer Umgang mit radioaktiven Stoffen, Strahlenquellen und Röntgenanlagen hat, findet eine in der Praxis verwendbare Sammlung von Daten, Verfahren, Vorschriften und Regeln; die Zusammenhänge sind leicht erkennbar.

Physikalische Grundlagen, wie der Aufbau der Materie, Strahlenarten, die Ausbreitung und Wechselwirkung von Strahlung in Materie, die biologische Wirkung der Strahlen, Strahlenmessung, Schutzmaßnahmen gegen Strahlenfelder, um nur einige Bereiche zu nennen, sowie die Rechtsvorschriften im Strahlenschutz und viele andere Bereiche werden umfassend behandelt. Graphische Darstellungen sind eingefügt.

Wenn das Buch in der Ausbildung Verwendung findet, ist von Nachteil, daß man bereits jetzt – gewissermaßen im Vorgriff – von SI-Einheiten spricht, obwohl diese Einheiten, z. B. Becquerel und Gray, noch nicht für die Bundesrepublik Deutschland gesetzlich maßgebend sind. Hier wäre eine nähere Erläuterung notwendig gewesen. Auch die graphischen Darstellungen im Anhang sind für den Laien ohne nähere Erklärung verwirrend.

### **ABC-Schutz-Fibel / ABC-Schutz II**

Von Klaus Vollmer  
Verlagsgruppe:  
Maximilian-Verlag; E. S. Mittler & Sohn; Verlag offene Worte, Herford

Dieser Teil II der ABC-Schutz-Fibel behandelt den Einsatz des ABC-Abwehr-Trupps. Wenn hier auch das Beispiel eines militärischen ABC-Abwehr-Trupps gegeben ist, so muß man davon ausgehen, daß an diesem Beispiel die Tätigkeit kleiner Spezialgruppen demonstriert wird – also genau solcher Gruppen, wie sie in ähnlicher Art für den zivilen Bevölkerungsschutz gebildet werden.

Im Grunde genommen geht dieses Büchlein also alle an; es will den Angehörigen von ABC-Abwehr-Trupps und ihren Ausbildern Stoffsammlung und Ratgeber sein. Ergänzend zu den ABC-Vorschriften der Bundeswehr wurden auch Quellen aus Ost und West ausgewertet.

Das Büchlein ist reich illustriert, sowohl durch Fotos als auch durch Zeichnungen. Sein Inhalt beschreibt nach Darstellung der Aufgaben und der Ausrüstung der ABC-Abwehr-Trupps den Spüreinsetz bei Strahlen, biologischen Kampfmitteln und chemischen Kampfstoffen, auch die Entseuchungs- und Entgiftungseinsätze.

### **Zivilschutzforschung Bände 1 und 2**

Herausgegeben vom Bundesamt für Zivilschutz – Schriftenreihe der Schutzkommission beim Bundesminister des Innern  
Osang Verlag, Bad Honnef-Erpel

#### **Band 1 25 Jahre Forschung für den Zivil- und Katastrophenschutz**

Mit dieser neuen Schriftenreihe „Zivilschutzforschung“ stellt sich die Schutzkommission beim BMI der Öffentlichkeit vor. Die neuesten Forschungsergebnisse der Kommission sollen künftig mehrmals jährlich publiziert werden.

Mit einer Vielfalt von Beiträgen verschiedener Autoren wird in diesem ersten Band ein Überblick über die bisherige Forschungsarbeit gegeben.

#### **Band 2 Beiträge zur Frage der Erholung von Strahlenschäden**

Der vorliegende Band macht die Forschungsarbeiten der Ausschüsse III „Strahlendosis und Strahlenwirkung“ und IV „Strahlenschäden und Strah-

lenkrankheiten“ der Schutzkommission der Öffentlichkeit zugänglich.

Die Beiträge beschäftigen sich mit dem Phänomen der Erholung von Säugetieren nach einer Strahlenbelastung durch ionisierende Strahlen. Diese Fragen rücken in letzter Zeit immer mehr in den Mittelpunkt des Interesses. Es besteht die Hoffnung, daß bei tierischen und menschlichen Zellen durch Anwendung chemischer Strahlenschutzstoffe Strahlenschäden erheblich reduziert werden können.

### **Adreßbuch für Zivilverteidigung 1978**

Herausgegeben von Rainer Schwierczinski  
4. Ausgabe  
Osang Verlag, Bad Honnef

Mit rund 300 Seiten übertrifft die 4. Auflage des Adreßbuches an Umfang alle bisherigen Ausgaben um rund 200 Seiten. Der Herausgeber hat sämtliche für den Gesamtbereich der zivilen Verteidigung wichtigen Anschriften zusammengetragen und übersichtlich gegliedert.

Das „Adreßbuch für Zivilverteidigung“ ist das einzige Nachschlagewerk seiner Art; es nimmt im einschlägigen Schrifttum einen bedeutenden Platz ein.

Die Adressen aller Behörden, Katastrophenschutzorganisationen, Verbände und Rettungseinrichtungen sind auf Anhieb zu finden. Hersteller und Lieferanten von Gerät und Material für den Selbstschutz, den Schutzraumbau und die Katastrophenhilfe sind ebenfalls verzeichnet.

### **Empfehlenswerte Hand- und Sachbücher**

Loseblattsammlung Druckgase  
Von Rolf-Heinz Müller  
19. Ergänzungslieferung  
Deutscher Fachschriften-Verlag  
Braun & Co. KG, Mainz – Wiesbaden

Handbuch des Rettungswesens  
Herausgeber: Dr. med. Arno F. Biese u. a.  
Achte Ergänzungslieferung, 3/77  
– Erste Hilfe, Rettungsdienst und Krankentransport –  
v. d. Linnepe Verlagsgesellschaft  
KG, Hagen

Helmut Freutel

# Das Minimagazin

In diesem Monat: Unser Blut

## Wußten Sie schon, daß . . .

. . . unser Blut und seine Funktion im Körper im Rahmen der Lebensretenden Sofortmaßnahmen und der Ersten Hilfe eine Sonderstellung einnimmt? Zum besseren Verständnis der in Notfallsituationen zu ergreifenden Maßnahmen sollte jeder Ersthelfer so gut wie möglich über die Aufgaben des Blutes unterrichtet sein. Jeder sollte wissen, daß es für einen ungestörten Ablauf der Lebensvorgänge die Voraussetzung ist, daß alle Organe, Gewebe und Zellen des Körpers mit den Nährstoffen, die für ihre normale Funktion notwendig sind, versehen, und daß umgekehrt Schlackenstoffe aus den Geweben in die Ausscheidungsorgane abtransportiert werden. Diese Aufgabe erfüllt der Blutkreislauf zusammen mit dem Lymphstrom. Die Lymphe kann aber als ein Teil des Blutkreislaufs aufgefaßt werden, da sie wieder in den Blutkreislauf zurückgeleitet wird.

## Wußten Sie schon, daß . . .

. . . die Menge des Blutes bei einem Erwachsenen fünf bis sieben Liter beträgt? Das Blut ist zusammengesetzt aus den sogenannten Formelementen, den weißen und roten Blutkörperchen und den Blutplättchen sowie einer Flüssigkeit, dem Plasma, in dem die Formelemente ganz fein verteilt sind. Die Farbe des Blutes beruht auf dem in den roten Blutkörperchen enthaltenen Blutfarbstoff. Der Anteil des Plasmas am Gesamtblut beträgt etwa 56 Prozent, der der Formelemente etwa 44 Prozent. Der ungerinnbare Teil des Plasmas wird als Serum bezeichnet. Der gerinnbare Teil besteht aus Fibrinogen, das sich bei der Gerinnung in Fibrin verwandelt und sich als unlöslicher Faserstoff ausscheidet. Entfernt man das Fibrin aus dem geronnenen Plasma, so bleibt das Blutserum, das noch Eiweißstoffe, Fette, Kohlenhydrate, Farbstoffe, Mineralstoffe, Hormone und Fermente enthält.

## Wußten Sie schon, daß . . .

. . . der Sauerstoff der Luft für die Herz- und Kreislauffunktion, aber auch für alle Teile und Funktionen des menschlichen Organismus eine dominierende Rolle spielt? Die schon erwähnten roten Blutkörperchen enthalten einen eisenhaltigen Eiweißstoff, das Hämoglobin. Es nimmt in der Lunge den Sauerstoff der eingeatmeten Luft auf und transportiert ihn über die Arterien in das Gewebe. Arterien sind dickwandig und elastisch. Arteriell Blut ist von hellroter Farbe und sauerstoffreich. Vom Herzen gehen nur Arterien aus, gleichgültig, ob sie sauerstoffreiches oder – wie die vom Herzen zur Lunge führende Lungenschlagader – kohlendioxidreiches Blut führen. Die zum Herzen führenden Adern sind dagegen stets Venen. Sie sind gegenüber den Arterien dünnwandiger. Venöses Blut ist dunkler als arterielles, da sauerstoffärmer und kohlendioxidbeladen.

Die weißen Blutkörperchen, unter denen es je nach Größe und Form verschiedene Arten gibt, besitzen kleine lappenartige Fortsätze, mit denen sie Zellrümpfer und in den Organismen eingedrungene Fremdkörper umschließen und unschädlich machen.

## Wußten Sie schon, daß . . .

. . . das Serum, das frei von Formelementen ist und auch kein Fibrinogen mehr enthält, eine gelbliche, durchsichtige Flüssigkeit darstellt, die zu rund 90 Prozent aus Wasser und zu sieben Prozent aus Eiweißstoffen besteht, während sich der Rest auf die übrigen Substanzen verteilt? Die wichtigsten Bestandteile des Serums sind seine Eiweißstoffe, das Albumin und die Globuline. Das Albumin spielt für den Wasserhaushalt des Körpers eine große Rolle und vermag andere Substanzen wie Hormone und Fermente, ferner Arzneimittel, wie Sulfonamide und Antibiotika, zu binden

und in die Blutbahn zu transportieren. Seine größte Bedeutung gewinnt das aus Serum isolierte Albumin für die Medizin, da der Arzt in der Lage ist, mit Albuminlösungen durch schnelle und sichere Kreislaufauffüllung Schock- und Kollapszustände von Patienten erfolgreich zu bekämpfen.

## Wußten Sie schon, daß . . .

. . . man mit den Maßnahmen der Ersten Hilfe bei bedrohlichen Blutungen aus Wunden die Blutung selbst, den Schmerz und drohende Infektion vorübergehend bannen kann? Bei Gewebedurchtrennungen, Gefäßverletzungen und Quetschungen treten Blutungen auf, die aus Arterien, Venen oder Kapillaren erfolgen. Bei arteriellen Blutungen spritzt Blut hoch im Bogen und stoßweise vom Körper weg. Bei Verletzungen kleiner Arterien spritzt Blut stoßweise in feinem Strahl. Werden tiefgelegene große Gefäße verletzt, entleert sich das arterielle Blut im Strom. Bei venösen Blutungen schwappt oder fließt das Blut, wogegen die kapilläre Blutung eine Sickerblutung ist. Bei Quetschungen, die zunächst kaum bluten, können Spätblutungen eintreten. Bei bedrohlichen Blutungen zwingen der Schock und die Gefahr des Verblutens zu sofortigem Handeln. Während kleinere Blutungen, z. B. aus Schnittwunden, meist von selbst aufhören, muß bei größeren das blutende Gefäß unterbunden werden. Jede Blutung läßt sich durch direkten Druck auf die Blutungsstelle stoppen. Die Erste Hilfe kennt eine ganze Reihe von Maßnahmen, angefangen vom Druck auf die Wunde mit bloßen Fingern über den Druckverband bis zum Herstellen einer Bluteleere durch Abbinden. Alle diese Maßnahmen setzen lange Übung voraus. Unser Blut ist schon ein ganz besonderer Saft. Wir sollten seine Eigenschaften kennen, damit wir in Notfallsituationen wissen, wie wir mit dem besonderen Saft umzugehen haben.

Postvertriebsstück – Gebühr bezahlt  
Vertrieb: A. Bernecker,  
Postfach 140, 3508 Melsungen  
Vertriebskennzahl G 2766 EX

# Auf die Bergwacht ist Verlaß



Seit über fünf Jahrzehnten haben die Männer der Bergwacht im Bayerischen Roten Kreuz – oft unter schwierigsten Bedingungen – in selbstlosem, kameradschaftlichem Einsatz bei Bergnot geholfen. Sie haben darüber hinaus mit zur Erhaltung einer heilen Natur beigetragen und sich der wachsenden Bedrohung der Umwelt entgegengestellt. Ein illustrierter Beitrag im Innern dieser Ausgabe berichtet von den Aufgaben der Bergwacht, von ihrer Entstehung und Entwicklung. Er zeigt auf, welche Mittel dieser Organisation neben dem persönlichen Einsatz der Bergretter zur Verfügung stehen und wie sie in Rettungsdienst und Katastrophenschutz des Freistaates Bayern eingebunden ist. Unser Titelbild zeigt einen Angehörigen der Bergwacht mit der Gebirgstrage, die hier mit einem Einrad versehen ist. Die Bilder dieser Seite zeigen Phasen der Ausbildung in den Bergen, wozu ein gutes Konditionstraining gehört wie auch der Umgang mit Sprechfunkgeräten und besonderem Erste-Hilfe-Material, wie z. B. mit der Bergwachtstretkschiene.